

ETHIK UND MILITÄR

KONTROVERSEN
IN MILITÄRETHIK UND
SICHERHEITSPOLITIK

AUSGABE 02/2022

Krieg in der Ukraine

SPECIAL

Die Rückkehr der Gewalt

KRIEG IN DER UKRAINE

Editorial Seite 3

„Russland spielt mit hohem Einsatz“
Interview mit Tatiana Zhurzhenko Seite 4

Der Ukrainekrieg als Herausforderung zur Weiterentwicklung christlicher Friedensethik
Markus Vogt Seite 10

Zeitenwende in der Friedensethik? Der Pazifismus im Angesicht des russischen Angriffs auf die Ukraine
Friedrich Lohmann Seite 18

Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen – altes Motto brandaktuell!?
Generalinspekteur Eberhard Zorn Seite 26

Getrimmt auf Abschreckung und Verteidigung? Der NATO-Gipfel in Madrid und die Zukunft der Allianz
Anna Clara Arndt/Göran Swistek Seite 34

Wettstreit in der Risikobereitschaft: Russlands Krieg gegen die Ukraine und die Risiken nuklearer Eskalation
Peter Rudolf Seite 44

„Die Frage der Effektivität von Sanktionen ist komplex“
Interview mit Clara Portela Seite 49

SPECIAL: DIE RÜCKKEHR DER GEWALT

„Wir denken nur selten daran, dass unser Beruf auch den Einsatz des Lebens erfordern kann“
Interview mit Generalstabsarzt Dr. Stephan Schoeps Seite 54

„Die Soldatinnen und Soldaten erleben eine ganz Andere Realität“
Die katholischen Militärseelsorger Dr. Petro Stanko und Iurii Kulliievych im Gespräch Seite 58

„Man kann beobachten, was passiert, wenn man Ethik und Militär voneinander abkoppelt“
Interview mit Jan Claas Behrends Seite 62

Niemand wird als Psychopath geboren“
Interview mit Danutė Gaillienė Seite 66

Impressum/Alle Ausgaben Seite 71

EDITORIAL

Seit dem 24. Februar 2022 herrscht wieder Krieg in Europa, ein mit allen militärischen Mitteln geführter *full-scale war*. Die Folgen sind entsetzlich: Zigtausende getötete Soldaten und Zivilisten, Millionen Geflüchtete, massenhafte Deportationen und Misshandlungen, immenses Leid und Zerstörungen in der Ukraine sowie globale wirtschaftliche Auswirkungen. Zudem droht beständig eine Ausweitung des Konflikts, zuletzt durch die auf polnischem Territorium niedergegangenen Rakentrümmer.

Auch wenn diese Ausgabe von *Ethik und Militär* nicht auf einem diffusen Gefühl basiert, kann „Verstörung“ als Leitmotiv für das Editorial dienen. Ist es nicht immer wieder zutiefst verstörend, wie sich die Führung eines Landes in nationalreligiöse Mythen und Kriegsrhetorik hineinsteigern kann? Zur Einführung haben wir daher die ukrainische Politikwissenschaftlerin Tatiana Zhurzenko zu den Rechtfertigungsnarrativen und den ideologischen Hintergründen des russischen Angriffs befragt.

Wie darf, wie soll die Ukraine bei der Verteidigung unterstützt werden? Möglicherweise spiegeln die heftigen Debatten, die hierzulande darüber geführt werden, auch die Erschütterung über das Ende des (für selbstverständlich gehaltenen) Friedens in Europa wider. Selbst innerhalb der Kirchen streiten Befürworter von Waffenlieferungen mit denjenigen, die sofortige Friedensverhandlungen fordern und jegliche militärische Unterstützung ablehnen. Bedarf der gerechte Frieden, das friedensethische Leitbild der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland, nun einer Revision – oder einer Rückbesinnung auf wesentliche Inhalte? Die beiden Beiträge von Markus Vogt und Friedrich Lohmann setzen sich damit auseinander.

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgefahrene sicherheitspolitische „Zeitenwende“ wird vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der massiven materiellen Ertüchtigung der Bundeswehr diskutiert. Darüber sollten die Soldatinnen und Soldaten, die ihren Eid auf das Grundgesetz geschworen haben, keinesfalls vergessen werden. Wie verändern die Ereignisse in der Ukraine den Blick auf ihren Beruf? Welche Haltung ist in diesen Zeiten „neuer Unsicherheit“ gefragt, und welche Rolle spielt die Innere Führung, aber auch die Persönlichkeits-

bildung in diesem Zusammenhang? Derartige Fragen richten sich an die oberste militärische Führung. Generalinspekteur Eberhard Zorn gibt in dieser Ausgabe sein Leitbild für den Kernauftrag Landes- und Bündnisverteidigung und das erforderliche „Mindset“ vor.

„Es kann jederzeit losgehen“, so der Generalinspekteur. Die daraus resultierende Ernsthaftigkeit ist auch im Special „Die Rückkehr der Gewalt“ Thema. Generalstabsarzt Dr. Stephan Schoeps spricht im Interview über die Versorgung ukrainischer Verwundeter sowie die psychischen und moralischen Belastungen des Kriegs. Die beiden katholischen Militärpfarrer Iurii Kuliievych und Dr. Petro Stanko blicken auf ihre Arbeit als Seelsorger und schildern unter anderem, wie sie die Soldatinnen und Soldaten in Rukla/Litauen kurz vor bzw. zu Kriegsbeginn begleitet haben.

Seit Beginn des Krieges überschattet der mögliche Einsatz von Atomwaffen das Geschehen. Dass in diesem bedrohlichen „Nuklearpoker“ höchste Vorsicht geboten ist, zeigt Peter Rudolf von der Stiftung Wissenschaft und Politik in seinem Beitrag auf.

Abschließend geben der Osteuropa-Experte und Gewaltforscher Jan Claas Behrends und die litauische Psychologin Danutė Gailienė Erklärungsansätze für die verstörende Brutalität der russischen Kriegsführung. Sie machen zugleich deutlich, dass generalisierte Schuldzuweisungen oder Feinbilder in die Irre führen. „Ich würde sagen, jede Gesellschaft kann sich ändern“: Mit dem Zitat von Professor Behrends möchte ich diesen kurzen Überblick durchaus hoffnungsvoll abschließen – und bedanke mich im Namen der Redaktion bei allen, die die aktuelle Ausgabe mitgestaltet haben.

Rüdiger Frank
Redakteur



„RUSSLAND SPIELT MIT HOHEM EINSATZ“

Worum geht es in dem Krieg in der Ukraine: um Russlands Sicherheit oder um die Wiederherstellung einer „ewigen russischen Zivilisation“? Wie ideologisch aufgeladen ist dieser militärische Konflikt, wie verhärtet sind die Fronten? Die Redaktion von „Ethik und Militär“ hat die ukrainische Politikwissenschaftlerin und Osteuropa-Expertin Dr. Tatiana Zhurzhenko um Einschätzungen gebeten. Im Interview erklärt sie zentrale geschichtspolitische Konzepte und weltanschauliche Hintergründe.

Frau Dr. Zhurzhenko, die Begründungen für den russischen Angriffskrieg sind erstaunlich vielfältig: Er wird mal ethnisch (Schutz der russischsprachigen Bevölkerung in der Ostukraine), mal historisch (Einheit der Ukrainer und Russen), mal moralisch (Nazi-Regime in der Ukraine), mal sicherheitspolitisch (Einkreisung durch die NATO) legitimiert. Was steckt dahinter?

Zum einen bietet die auf den ersten Blick heterogene Vielfalt der Begründungen einige Vorteile: Je nach Situation und Kontext kann der Kreml auf jeweils passende Motive zurückgreifen und so verschiedene Adressaten, im Land selbst oder international, ansprechen sowie flexibel auf neue Entwicklungen reagieren.

Zum anderen kann man diese Begründungen als Elemente eines Narrativs verstehen. Danach ist Russland mehr als ein Staat, es ist eine Zivilisation, die staatliche Grenzen überschreitet. Diese Zivilisation ist ewig, sie kämpft von jeher gegen ihre Feinde und erhebt ständig neu. In seiner Rede auf der diesjährigen Konferenz des Waldai-Clubs beschwor Putin eine „Symphonie von menschlichen Zivilisationen“, die auf Gesellschaften mit traditionellen Werten baut. Diese Vision ist gegen den Westen gerichtet, der der Welt angeblich eine unipolare Ordnung aufzwingen will. Gegen diesen Hegemonialanspruch wehrt sich Russland und versteht sich als Fürsprecher der nicht-westlichen Welt.

Und die Ukraine wird dabei als Teil dieser Welt gesehen?

Sie ist Schauplatz des Kampfs gegen den Westen. Sie spielt in dem Narrativ eine wichtige Rolle, insofern sie – nach diesem Narrativ – immer ein Teil des ewigen Russlands war und jetzt

vom Westen gekapert wurde. Als die Sowjetunion im Kalten Krieg auseinanderbrach, wurde das russische Volk durch neue, aus russischer Sicht künstliche Grenzen geteilt. Nach dieser Logik verpflichtet dies Russland, jene Russen und Russischsprachigen, die jenseits der neuen Grenzen leben, zu schützen. (Dieses Argument gebrauchte Putin schon bei der Annexion der Krim.) Die Ukrainer seien in Wahrheit Russen, und wer von ihnen auf einer separaten ukrainischen Identität insistiert, ist ein Nationalist oder ein Nazi, den man bekämpfen muss, um das ukrainische Volk in das russische Reich heimzuholen. Diese Rhetorik korrespondiert mit der Schlüsselrolle des Großen Vaterländischen Kriegs und des Siegs über Nazideutschland.

Was die angebliche Einkreisung durch die NATO betrifft, die zu dem erwähnten Bedrohungsszenario gehört, so zeigt die schwache Reaktion auf den Beitrittsprozess von Finnland und Schweden, dass es Russland bei dem neutralen Status der Ukraine weniger um Sicherheit geht als um die symbolische Grenze der russischen Zivilisation.

Diese Begründungen knüpfen an verschiedene Vorstellungen von Russland bzw. seiner Rolle in der Welt an. Können Sie die wichtigsten wie zum Beispiel *ruskij mir* und *Novorossija* kurz erklären?

Diese Begriffe überschneiden sich und werden zum Teil als Synonyme gebraucht, haben aber verschiedene Ursprünge und Konnotationen.

Ruskij mir ist ein vieldeutiges Konzept, das geopolitische, kulturelle und religiöse Aspekte hat und von verschiedenen politischen Akteuren benutzt wird. Es kam in den frühen 1990er-Jahren in Umlauf und bezeichnete die transnationale Gemeinschaft von Trägern der russischen Kultur und Sprache. Zu der alten russischen Emigration kam nach dem Zerfall der Sowjetunion die neue russischsprachige Diaspora in den postsowjetischen Ländern hinzu. Bis heute sieht sich Moskau als ihre Schutzmacht. Darüber hinaus fungiert die Förderung der russischen Kultur im Ausland als Instrument der russischen Soft Power.

Mit der Entwicklung des russischen Regimes zum Autoritarismus wurde das Konzept des

ruszkij mir zunehmend konservativer und entwickelte sich zu einer Alternative zur westlichen Zivilisation. Damit verschob es sich vom rein Kulturellen zum Geopolitischen. Mit Russlands Krieg gegen die Ukraine schließlich wurde *ruszkij mir* fast zu einem Synonym für Moskaus neo-imperiale territoriale Ansprüche.

Der Begriff *Novorossija* hat historische Ursprünge und war der übergreifende Name für die Territorien der nördlichen Schwarzmeerküste vom heutigen Odessa bis Dnipro, die das russische Imperium in mehreren Kriegen gegen die Osmanen erobert und kolonisiert hatte. Diese Territorien wurden von verschiedenen Völkern neu besiedelt, vor allem von ethnischen Ukrainern. Nach dem Zerfall des russischen Imperiums wurden sie Teil der ukrainischen Sowjetrepublik. Im Frühling 2014 hat man in Russland das Konzept wieder ausgegraben, noch in der Hoffnung, dass die Proteste gegen Kyiv und die prorussische Mobilisierung zu einer Spaltung der Ukraine führen würden.

Daneben existieren auch mehr oder weniger religiös aufgeladene Konzepte wie der Neo-Eurasianismus oder die „Heilige Rus“ ...

Der Begriff „Neo-Eurasianismus“ geht zurück auf eine Gruppe von Intellektuellen der russischen Emigration der 1920/30er-Jahre. Für sie war Russland mehr als nur ein europäisches Land – sie verstanden es als Eurasien, das heißt als eine eigenständige Zivilisation, die Elemente des Westens mit solchen des Ostens vereint.

In den 1990er-Jahren wurde der eurasische Diskurs in mehreren postsowjetischen Ländern wiederentdeckt, die ihren Platz zwischen Ost und West suchten, wie zum Beispiel in Kasachstan. In Russland entwickelte vor allem Alexander Dugin eine besonders aggressive Form. Für ihn geht es weniger um das Zusammenleben europäischer und asiatischer Kulturen als um einen Kampf, den Russland-Eurasien gegen den „Atlantizismus“ führt (darunter versteht er vor allem die USA und ihre Alliierten in Europa). Viele Experten sehen in Dugins Neo-Eurasianismus eine rechtsradikale Ideologie, die ein totalitäres, von Russland dominiertes eurasisches Imperium als Alternative zum westlichen Liberalismus imaginiert.

Das Konzept der „Heiligen Rus“ wiederum wurzelt tief in der russischen Geschichte. Es kommt aus einer Tradition russischen religiösen Denkens, die Moskau als Drittes Rom verstand, also als Nachfolger von Byzanz und als Zentrum der orthodoxen Welt. Aus dieser Perspektive geht die 1000-jährige Geschichte der russischen Orthodoxie zurück bis auf das frühmittelalterliche Königreich der Kiewer Rus, das als Wiege der russischen Zivilisation verstanden wird. Die Tatsache, dass Kyiv jetzt die Hauptstadt der Ukraine ist, die ebenfalls das Erbe der Kiewer Rus beansprucht, ist eine Herausforderung für die russisch-orthodoxe Kirche. Daher beklagt Patriarch Kyrill die Spaltung der Heiligen Rus durch die Gegner Moskaus.

Die russisch-orthodoxe Kirche spielt ohnehin eine wichtige Rolle in der Legitimation des Krieges?

Die russisch-orthodoxe Kirche in Gestalt von Patriarch Kyrill hat sich von Putins „Spezialoperation“ nicht distanziert, unterstützt sie vielmehr voll. Zwar bedauert Kyrill das Blutvergießen in der Ukraine, segnete aber das russische Militär vor dem Einsatz. Das bringt die ukrainische orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats, die in der Ukraine gerne als fünfte Kolonne Russlands betrachtet wird, in eine schwierige Situation. Aus der Perspektive der russisch-orthodoxen Kirche gehören, wie eben schon gesagt, die Ukraine und Belarus untrennbar zur Heiligen Rus. Insofern spielt dieser Diskurs Putin in die Hände.

Obwohl die russisch-orthodoxe Kirche ein wichtiger Verbündeter von Putins Regime ist und zur konservativen Wende beigetragen hat,

Zur Person

Tatiana Zhurzhenko ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZOiS (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien), Berlin, wo sie zum Projekt „Das liberale Skript in den umstrittenen Grenzregionen der Ukraine“ forsch (Exzellenzcluster Contestations of the Liberal Script – SCRIPTS). Zu ihren Forschungsinteressen zählen Gedächtnispolitik sowie Grenzen und Grenzregionen im postsowjetischen Raum. Zuletzt erschien von ihr „Terror, Kollaboration und Widerstand. Russlands Herrschaft in den neu besetzten Gebieten der Ukraine“, in: Osteuropa, Heft 6–8 (2022).



macht das Russland noch nicht zu einer orthodoxen Theokratie. Es ist wahr, dass Putin sich gern beim Gebet in der Kirche zeigt und dass von regimetreuen Unternehmern Spenden für neue Kirchen und Heiligenstatuen erwartet werden. Man darf aber nicht die sowjetische Sozialisation und KGB-Herkunft Putins und seiner Leute vergessen. Ihre Religiosität ist nicht genuin; sie sehen sich als die neue Elite des russischen Imperiums, und der orthodoxe Glaube gehört einfach dazu. Die russische Gesellschaft ist im Grunde säkular geblieben, und die Kirche mischt sich nicht in das Privatleben ein.

Sie haben auf das antiwestliche Moment hingewiesen. Man inszeniert sich als Bewahrer traditioneller Werte und Institutionen, etwa der klassischen Familie; westliche Staaten werden demgegenüber auch mal als dekadentes und libertäres „Gayropa“ karikiert. Woher stammt diese Sichtweise?

Dieses Denken ist Resultat der konservativen Wende, deren Beginn man mit dem Auftritt von Pussy Riot 2012 in der Christ-Erlöser-Kathedrale datieren kann. Das darauffolgende Gerichtsverfahren hat einen Kulturkrieg entfacht und die russische Gesellschaft tief gespalten. 2013 trat das Gesetz zum Verbot von „LGBT-Propaganda“

Die heutige Ideologie dient nur noch der Legitimation des Regimes. Auf Kohärenz scheint niemand mehr Wert zu legen

gegenüber Minderjährigen in Kraft. Gerade wird ein neues Gesetz in der Duma diskutiert, das eine neue Verschärfung darstellt und nun die „Förderung nicht traditioneller sexueller Orientierungen“ bei Erwachsenen und die „Leugnung familiärer Werte“ unter Strafe stellen soll.

Woher kommt dieser Konservatismus? Er ist ein nützliches Instrument, um die russische Gesellschaft in Konservative und Liberale zu spalten und sie so zu schwächen. Zudem kann man auf diese Weise die liberale Opposition mit der LGBT-Frage kurzschließen und marginalisieren. Gleichzeitig hilft diese Politik, den Westen in den Augen der russischen Bevölkerung zu dämonisieren und sie von ihm zu entfremden.

Wie sehr glauben die russischen Eliten, letztlich Präsident Putin selbst, ihren Narrativen? Ist das alles nur zynische Propaganda, um die eigene Macht zu sichern?

Vielleicht sind nicht alle in Russland davon überzeugt, dass LGBT eine Gefahr für die Nation ist (obwohl es sicher viele Homophobe gibt). Viele hatten, zumindest bis vor Kurzem, Immobilien im Westen und schickten ihre Kinder auf westliche Schulen. Von daher teilen sie wohl kaum das für das Volk produzierte Bild vom Westen als Feind, und sie dürften kaum glücklich sein über den Krieg, der sie von Europa abgeschnitten hat. Aber was zum Beispiel die Ukraine betrifft, so glaube ich gerne, dass die meisten in Putins Elite und er selbst davon überzeugt sind, dass sie keine Nation, sondern ein künstliches Gebilde ist und kein Recht auf nationale Souveränität hat.

Sie sprechen ja auch von einer Quasi-Ideologie aus verschiedenen weltlichen und religiösen Elementen. Wo sehen Sie den Gegensatz zu einer echten, kohärenten Ideologie?

Die heutige russische Ideologie kann man nicht mit der sowjetischen vergleichen. Letztere war echt, insofern sie den Anspruch hatte, eine Alternative zum kapitalistischen Westen zu sein, und ein Versprechen auf eine bessere Zukunft war – das machte sie einst attraktiv. Sie stützte sich auf Parteischriften und kanonische Autoren – Marx, Engels, Lenin – und war als Dogma festgeschrieben. Die heutige Ideologie hingegen dient nur noch der Legitimation des Regimes. Sie ist flüssig, „postmodern“, eklektizistisch – es scheint, niemand legt mehr Wert auf Kohärenz oder stößt sich an inneren Widersprüchen.

Wie ist es zu erklären, dass all diese Verbstücke, die ja an Ideen aus der vorsowjetischen Zeit anknüpfen, die Sowjetunion überdauert haben? War die Sowjetunion für die Russen auch nichts anderes als ein russisch dominiertes Imperium 2.0?

Nach der Oktoberrevolution hatte man die imperiale Tradition radikal entsorgt, auch weil man internationalistisch dachte und an die baldige Weltrevolution glaubte. Der Kern der kommunistischen Ideologie war, dass man

eine neue Kultur der Arbeiterklasse schafft, dass Frauen gleichgestellt werden und die Völker ein Recht auf Selbstbestimmung und nationale Entwicklung haben. Die föderale Struktur der Sowjetunion war eine Antwort auf die Herausforderung, wie man die Vielfalt der ethnischen Gruppen auf nicht-imperiale Weise behandelt und diese sogar affirmativ stärkt.

Doch schon Ende der 1930er-Jahre, als das sowjetische Regime sich für den Krieg rüstete, hat man bestimmte symbolische Figuren und Narrative aus der Geschichte zurückgeholt, wie etwa Alexander Newski¹. Noch stärker wurde diese Tendenz dann im Laufe des Krieges, als die russisch-orthodoxe Kirche teilweise rehabilitiert wurde. In der Nachkriegszeit blieb der sowjetische Internationalismus eine heilige Kuh, aber der russischen Sprache und Kultur wurde ein immer größeres Gewicht gegeben. Außerdem wurde die russische imperiale Geschichte in der späten Sowjetzeit popularisiert und die russische Emigration rehabilitiert und positiv dargestellt.

Und schließlich beseitigte der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Verschwinden der kommunistischen Ideologie die letzten Hindernisse für eine Renaissance der Ideen aus der vorsowjetischen Zeit.

Andererseits hat Präsident Putin den Zusammenbruch der Sowjetunion bekanntermaßen „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ genannt. Trifft er damit einen Nerv?

Der Zusammenbruch der Sowjetunion passierte nicht über Nacht, er war das Ergebnis einer Dauerkrise. Die letzten Jahre waren für die Menschen durch wirtschaftliche Probleme und Alltagsorgen geprägt. In vielen Republiken, aber auch in Russland selbst, war die Auflösung ein emanzipatorischer Moment. Jelzin verkörperte die demokratische Alternative, einen Neuanfang für Russland. Die damit verbundenen Hoffnungen sind dann schnell zerstoßen angesichts der wirtschaftlichen Rezession und der Arbeitslosigkeit infolge der Privatisierung in den 1990er-Jahren, des Tschetschenienkriegs und der Herausbildung des oligarchischen Systems, das die junge Demokratie erwürgte.

Diese Kette von Krisen und Niederlagen (und die damit verbundenen negativen Erfahrungen) hat Putin auf den Zusammenbruch der Sowjetunion projiziert. Als dann in den frühen 2000er-Jahren Wirtschaft und Wohlstand stiegen, hat er das als sein Verdienst reklamiert. Paradoxe Weise entwickelten die Menschen, sobald es ihnen besser ging, eine Nostalgie für die Sowjetunion. Gerne vergaß man die Not und die Absurditäten des Systems und sehnte den Respekt zurück, den die Sowjetunion als Großmacht genoss.

Es scheint, in der letzten Zeit sind die nach dem Ende der Sowjetunion neu gezogenen Grenzen zwischen den ehemaligen Sowjet-

Paradoxe Weise entwickelten die Menschen, sobald es ihnen besser ging, eine Nostalgie für die Sowjetunion

republiken, welche die Menschen damals im Alltag kaum bemerkt hatten, weil sie andere Sorgen plagten, für das neue russische Bewusstsein zu eng geworden.

Warum spielen solche Reminiszenzen an „einstige Größe“ eine solche Rolle, warum halten sie sich so lange? Schließlich haben die Menschen nichts davon, könnte man sagen.

Besonders im Falle Russlands lässt sich in der Tat fragen, ob das Land nicht schon groß genug ist. Vor 2014 haben Millionen Russen Urlaub auf der Krim gemacht, sie brauchten dafür kein Visum und konnten sich überall in ihrer Sprache verständigen. Kaum jemand hat die Krim als Teil Russlands vermisst. Wozu also die Krim annektieren?

Diese Entscheidung hat Putin in engem Kreis oder sogar alleine getroffen. Es ist aber nicht zu leugnen, dass sie in der Bevölkerung breite Unterstützung und sogar Begeisterung fand. Die Propaganda hatte den Boden dafür bereitet mit dem Argument, dass die auf der Krim lebenden Russen vor dem angeblichen faschistischen Putsch in Kiew gerettet werden müssen und dass dieses Stück Land, das in der imperialen Geschichte Russlands eine so große

Rolle spielte, endlich heimgeholt wird. Vor allem, dass die Krim so leicht in die Hände Russlands fiel, ohne Krieg und Blutvergießen, hat die Menschen begeistert und zur Popularität Putins beigetragen. Wie wir heute wissen, war die Annexion der Krim keine Ausnahme, sondern ein Präzedenzfall, der zu der Überzeugung führte, Russland habe das Recht, seine Grenzen nach Gutdünken neu zu ziehen. Die Annexion der neu okkupierten Gebiete traf allerdings auf weniger Begeisterung, weil die Kosten für das Land ungleich höher sind und der Krieg zu Hause angekommen ist. Ob dieser Schock zur Heilung des imperialen Komplexes beitragen wird

Natürlich kann man immer behaupten, dass bestimmte russische Interessen nicht berücksichtigt wurden. Aber rechtfertigt das einen Krieg?

oder das Ressentiment noch verstärkt, wird erst die Zukunft zeigen.

Mitverantwortlich für die Politik der territorialen Expansion ist die russische intellektuelle und kulturelle Elite, die sich kaum kritisch mit der imperialen Vergangenheit auseinandergesetzt hat. Ganz im Gegenteil haben viele Kulturschaffende zu ihrer Glorifizierung beigetragen.

Steht damit auch das Verbot von Organisationen wie Memorial in Zusammenhang, die die Erinnerung an stalinistische Verbrechen wachhielt?

Ja. Memorial war die wichtigste Institution zur Aufarbeitung der Vergangenheit und hat einen großen Beitrag zur Aufklärung der breiten Bevölkerung geleistet. Sie hat die Arbeit gemacht, die der russische Staat versäumt hat. Das Trauma der stalinistischen Vergangenheit betrifft die meisten Familien in Russland. Dass es in der Gesellschaft eine große Nachfrage nach Aufklärung gibt, beweist die Gulag-Dokumentation des populären russischen Bloggers Juri Dud von 2019², die 27 Millionen Mal aufgerufen wurde. Dud hat eine Sprache gefunden, die das Thema auch für junge Leute zugänglich macht.

Hat man im Westen die Bedeutung und Langlebigkeit der geschilderten Befindlichkeiten und daraus resultierender Ansprüche unterschätzt? Hätte man mehr darauf eingehen müssen?

Meiner Ansicht nach war Russland auf vielen Ebenen – politisch, wirtschaftlich et cetera – international integriert und gut repräsentiert. 30 Jahre lang hat man daran gearbeitet, dass Russland ein integraler Teil von Europa und der internationalen Sicherheitsarchitektur wird. Selbst nach der Annexion der Krim haben viele in Europa versucht, mit Russland weiterzuarbeiten – man denke an Nord Stream 2. Natürlich kann man immer behaupten, dass bestimmte russische Interessen nicht berücksichtigt wurden. Aber rechtfertigt das einen Krieg?

Durch das Verhalten Russlands wird die in 30 Jahren aufgebaute Vertrauensbasis nun zerstört. Was also, fragt man sich, hat es von diesem Krieg und von seiner Feindseligkeit gegen den Westen?

Welche Erkenntnisse lassen sich aus alldem für die Ukraine gewinnen, die sich jetzt gegen den russischen Angriff verteidigt, und für die Staaten, die sie unterstützen?

Aus Sicht der Ukraine geht es in diesem Krieg nicht nur um ihre Souveränität und territoriale Integrität, um ihre Existenz als Nation, vielmehr geht es auch um den Kampf der Demokratie gegen den Autoritarismus. Es ist die Demokratie – wie unvollkommen sie auch sein mag –, welche die Ukraine von den meisten anderen postsowjetischen Ländern unterscheidet. Die acht Monate dieses Krieges haben den Wert der Demokratie bewiesen: dass sie auch unter schwierigsten Bedingungen funktioniert und das Land widerstandsfähiger gemacht hat. Was wir beobachten können, ist Vertrauen in die gewählten Volksvertreter, ist eine aktive Zivilgesellschaft, die nicht nur die Armee unterstützt, sondern in vielen anderen Bereichen erfolgreich arbeitet. Dass der ukrainische Staat und die ukrainische Gesellschaft jetzt viel mehr Resilienz als 2014 zeigen, ist auch die Frucht der Reformen der letzten Jahre, vor allem der Dezentralisierungsreform. Von daher ist es aus Sicht der Ukraine nur selbstverständlich, dass man Unterstützung

aus dem Westen erwartet, denn man teilt dieselben Werte. Das ist umso wichtiger, als derzeit auf der anderen Seite die autoritären Regime Koalitionen bilden – Russland mit Belarus und kürzlich mit dem Iran ... Die ambivalente Position von China gehört auch dazu.

Und wie bewerten Sie die Kompromissfähigkeit Russlands?

Dieser Krieg scheint tatsächlich durch Russlands neoimperiale Ideologie motiviert. Rationalität gibt es auf russischer Seite kaum. Russland wird nicht nur wirtschaftlich durch Sanktionen geschwächt, sondern isoliert sich international. Darüber hinaus werden die Reste der unabhängigen Zivilgesellschaft, Medien und kulturellen Institutionen zerstört. Es gibt einen dramatischen Braindrain. All das wirft Russland Jahrzehnte zurück. Es ist ein Spiel mit hohem Einsatz: Russlands Wette ist, dass der Westen irgendwann aufgibt und es eine neue Weltordnung errichten kann. Für dieses Ziel opfert es alles.

Zwar beteuert Russland ständig seine Kompromissbereitschaft, will aber den Status der neulich annektierten Gebiete nicht zur Diskussion stellen. Verhandlungen unter dieser Bedingung wäre für die Ukraine eine Kapitulation, zu der niemand bereit ist. Selbst wenn beide Seiten sich auf einen Waffenstillstand einigen würden, kann er nicht von Dauer sein. Eine Situation, in der zum Beispiel Cherson ein Teil Russlands wird, Mykolajiw und Odessa aber in der Ukraine bleiben, lässt sich nicht stabilisieren.

Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang jüngste erinnerungs- und kulturpolitische Maßnahmen der Ukraine wie Straßenumbenennungen und die mögliche Streichung russischer Literatur aus den Curricula?

Die Dekolonisierung der ukrainischen Kultur und des öffentlichen Raums ist mit Beginn des Krieges ein heißes Thema geworden. Vorher wurde die Diskussion, inwiefern sich die Ukrainer durch die Linse der hegemonialen russischen Kultur wahrnehmen, eher in intellektuellen Kreisen geführt. Der Krieg hat diese Diskussion zu einem Kulturkampf gemacht, der jetzt auch auf der Straße geführt wird. Natürlich wünschte man sich, dass das da-

mit einhergehende Umdenken nicht die Form der Zerstörung von kulturellen Objekten annimmt, die mit der russischen imperialen Geschichte verbunden sind, wie zum Beispiel der Sturz von Puschkin-Denkmalern. In einer idealen Welt würde man diese Objekte vielleicht unter Schutz stellen, bis ein Konsens über ihr Schicksal gefunden wird. Wir befinden uns aber mitten in einem grausamen Krieg, in dem zahllose Menschen getötet werden und ukrainisches Kulturerbe vernichtet wird.

Wir wissen nicht, welche Ukraine aus diesem Krieg hervorgehen wird. Seit das Land unabhängig geworden ist, hat man für eine politische Nation plädiert, die sich nicht im engen ethnischen und kulturellen Sinne definiert und in der die russische Sprache und Kultur einen selbstverständlichen Platz haben. Vor allem seit dem Maidan hat sich eine Nation formiert, die sich zunehmend über gemeinsame Werte – nationale Souveränität, Demokratie, Protestkultur – definiert. Die ukrainische Sprache ist daher nicht ein Marker kultureller Identität, sondern ein wichtiges Symbol dieser übergreifenden Werte, auch für die Russischsprachigen, Krimtataren und andere. Aus diesem Krieg könnte eine politische Nation entstehen, in der die russische Kultur ihr historischen Platz verliert und die russische Identität problematisch wird.

Frau Zhurzhenko, vielen Dank für das ausführliche Interview!

Die Fragen stellten Rüdiger Frank und Kristina Tonn (schriftlich).

1 Der russische Nationalheld und Heilige der russisch-orthodoxen Kirche lebte im 13. Jahrhundert und war Fürst von Nowgorod und Großfürst von Wladimir. Siehe <https://www.owep.de/artikel/alexander-newski-russlands-unsterblicher-held> (Stand: 2.11.2022).

2 <https://www.youtube.com/watch?v=oo1Woul38rQ> (Stand: 2.11.2022).

DER UKRAINEKRIEG ALS HERAUSFORDERUNG ZUR WEITERENTWICKLUNG CHRISTLICHER FRIEDENSETHIK

Autor: Markus Vogt

Die friedensethischen Konsequenzen des Christseins in einer fragilen Welt

Die friedensethischen Konsequenzen des Christseins in einer fragilen Welt müssen neu ausgelotet werden.¹ Die bedrängende Wirklichkeit des Bösen wird gegenwärtig im Ukrainekrieg neu erfahren und ruft nach differenzierten Antworten. Es gilt sehr genau zu prüfen, wo das Wunschdenken einer endgültigen Überwindung der Institution des Krieges und einer Versöhnung der Völker möglicherweise dazu beigetragen hat, die sich lange anbahnende Gefahr einer neuen Eskalation militärischer Konflikte zu unterschätzen. Der vorliegende Beitrag unternimmt einen Versuch, nüchtern aktuelle Erfahrungen und Herausforderungen zu bilanzieren.

Zugleich ist christliche Friedensethik, die sich weigert, primär in den Kategorien von Gewalt und Gegengewalt zu denken, gerade in Zeiten militärischer Konfrontation und Aufrüstung, die Europa selbst nach einem Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine erwartungsgemäß bevorstehen, ein wichtiger Gegenpol. Der Vorwurf, dass sie angesichts einer Welt von Aggression, Konflikt und Gewalt naiv sei, ist keineswegs neu. Dieser setzt ihre Standpunkte ungerechtfertigterweise mit einem „gesinnungsethischen“ Pazifismus gleich. Eine solche Haltung würde in der Tat dem biblischen Realismus nicht gerecht. Dieser benennt schonungslos die Wirklichkeit von Gewalt und traut dem Menschen dennoch immer wieder neu die Fähigkeit zu Vernunft, Umkehr und Versöhnung zu. Angesichts der Ausweglosigkeit von Spiralen der Gewalt eignet der radikalen Friedensbereitschaft der Bibel eine eigene Art von Realismus. Zu diesem gehört freilich auch die Tugend der Tapferkeit, die mitunter die Bereitschaft fordert, Feindbilder zu überwinden, gewohnte Denkmuster und Sicherheitsvorstellungen zu verlassen, immer neu auf den Gegner zuzugehen und mit dem eigenen Leben für den Glauben an Freiheit und Gerechtigkeit einzustehen.

Abstract

Das Paradigma des gerechten Friedens bildet eine der Hauptströmungen christlicher Friedensethik. Dessen Pointe ist nicht die Ablehnung militärischer Sicherheitspolitik und Schutzverantwortung, sondern vielmehr eine Horizonterweiterung hinsichtlich der komplexen Herausforderungen von Frieden und Versöhnung. Gerechter Friede setzt auf eine Professionalisierung der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Kräften sowie des interkulturellen und interreligiösen Dialogs. Er begreift eine Kultur echter menschlicher Begegnung als „Handwerk des Friedens“. Angesichts der Identitäts- und Anerkennungskonflikte im Kampf um eine neue Weltordnung, die sich im Ukrainekrieg mit massiver Gewalt entladen, braucht er jedoch darüber hinaus eine europäische und globale Verflechtung unterschiedlicher Institutionen der Sicherheitspolitik als Architektur der Friedenssicherung. Auch die Rationalisierung des ethischen Diskurses um die Moderne mit ihren Ansprüchen von Menschenrechten, Pluralismus und Gewaltenteilung ist ein wichtiger Friedensdienst, den die christliche Theologie zu leisten hat. Sie schließt auch auf westlicher Seite Klärungs- und Lernprozesse ein.

Überwindung der Institution des Krieges durch Recht und Dialog?

Die Enzyklika *Fratelli tutti* (FT), die Papst Franziskus im Oktober 2020 veröffentlicht hat² und die zu Unrecht kaum als dritte Friedenszyklika (nach *Pacem, Dei munus pulcherrimum*, 1920, und *Pacem in terris*, 1963) wahrgenommen wurde, weist eindringlich darauf hin, dass der Weltfriede akut gefährdet sei. Sie erkennt in der „Politik der Abschottung“, die ausgrenzt und Feindbilder schürt, den Ausgangspunkt für das allmähliche Hineinschlittern in einen „dritten Weltkrieg in Abschnitten“ (FT 25 und 259). Aufgrund der immensen Zerstörungsmacht der ABC-Waffen sei jeder Krieg heute „ein Versagen der Politik und der Menschheit, eine beschämende Kapitulation, eine Niederlage gegenüber den Mächten des Bösen“ (FT 261) und in keinem Fall zu rechtfertigen. Schon den Besitz und erst recht das Androhen des Einsatzes von atomaren Waffen beurteilt der Papst als moralisch verwerflich.

Problematisch ist aus meiner Sicht das Fehlen einer systematischen Unterscheidung zwischen Angriff und Verteidigung. Dies wird der Notwendigkeit, den bewaffneten Gewaltexzessen wehrhaft entgegenzutreten und sich nicht beliebig durch die Drohung mit dem Einsatz von ABC-Waffen erpressen zu lassen, nicht gerecht. Die kategorische Ablehnung jeder Kriegsführung entspricht nicht der Hauptströmung christlicher Friedenethik. So wird das Recht auf Selbstverteidigung beispielsweise in der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* (Nr. 79) explizit anerkannt.

Entscheidend für das christliche Profil der Friedenethik ist nicht das Ideal bedingungsloser Gewaltlosigkeit, sondern dasjenige einer Überwindung der Gewalt durch Recht und Dialog.³ Schon die Idee des Rechts beinhaltet nach Kant die Befugnis zu zwingen und damit ein staatliches Gewaltmonopol, das nicht ohne polizeiliche bzw. militärische Macht denkbar ist. Die Leitidee der Friedenszyklika *Pacem in terris* (1963) ist es, das auf nationaler Ebene etablierte Gewaltmonopol des Staates auf die internationale Ebene unter Führung der UNO zu übertragen. Leider wurde

und wird der Sicherheitsrat der UNO zunehmend von den Vetomächten für ihre Partikularinteressen missbraucht und hat daher seine Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Unabhängig von möglichen Differenzen hinsichtlich der Reichweite pazifistischer Ideale enthält die Enzyklika *Fratelli tutti* allerdings eine ganze Reihe von Überlegungen, die gerade jetzt bei der mühsamen Suche nach Auswegen aus den Spiralen der Gewalt wegweisend sein können. Am Anfang steht die nüchterne Analyse der Situation: Krieg sei „kein Gespenst der Vergangenheit, sondern ist zu einer ständigen Bedrohung geworden“

Entscheidend für das christliche Profil der Friedenethik ist nicht das Ideal bedingungsloser Gewaltlosigkeit, sondern dasjenige einer Überwindung der Gewalt durch Recht und Dialog

(FT 256). Nach der Einschätzung von Franziskus wurde das Ende des Kalten Krieges nicht ausreichend genutzt, um dauerhaften Frieden zu schaffen und die Architektur einer neuen Weltordnung unter anderem durch Reformen der UNO voranzutreiben. Leitender Maßstab ist für den Papst – wie schon für Johannes Paul II. – das Prinzip der Menschheitsfamilie, das zu grenzüberschreitender Geschwisterlichkeit verpflichtet, die Kategorie der Nation relativiert und durch eine Verteidigung der universalen Menschenrechte zu sichern sei (FT 26, 100, 127, 141, 205). Eine Kultur des Dialogs und echter menschlicher Begegnung wird als „Handwerk des Friedens“ (FT 228–235) adressiert.

Für die Einordnung der Enzyklika *Fratelli tutti* scheint es mir wichtig, trotz der aus meiner Sicht nötigen Kritik an der generellen Absage an den Krieg (FT 261 f.) nicht die differenzierenden Seiten des Rundschreibens zu übersehen. Dass Franziskus bereits vor dem Ausbruch des Ukrainekrieges die Frage der Friedenssicherung als zentrale ethische Herausforderung der gegenwärtigen Epoche hervorhob und dabei die kulturellen Entfremdungsprozesse durch eine „Politik der Abschottung“ (vgl. FT 10–12) als Ausgangspunkt der destruktiven

Dynamik in den Mittelpunkt stellt, ist wegweisend. Berechtigt ist auch die Warnung, dass vermeintliche Schutzverantwortung in der Kriegsrhetorik leicht zur Legitimation von Angriffskriegen missbraucht werden kann. Zudem sind seine Aussagen zu Gewalt nicht ganz eindeutig: So hält er die individuelle Verteidigung der Familie und Gemeinschaft ausdrücklich für erlaubt, solange sie nicht von Hass und Vergeltungsstreben getragen ist (FT 241–243). Darüber hinaus rekurriert der Papst auf die UN-Charta, die das Recht auf Selbstverteidigung und Beistand verbrieft (FT 257). Wesentliche Aspekte dessen, was Franziskus zu Dialog, Begegnung und Versöhnung als „Handwerk des Friedens“ sowie politisch zur „Architektur des Friedens“ sagt (FT 228–254), kann man als wichtige päpstliche Entfaltung des Paradigmas des gerechten Friedens einordnen.

Horizontenerweiterung durch das Paradigma des „gerechten Friedens“

Lange wurde christliche Friedensethik unter der von Augustinus geprägten Überschrift „gerechter Krieg“ diskutiert. Seit gut zwanzig Jahren hat sich der Terminus „gerechter Friede“ als Leitgedanke etabliert.⁴ Dabei geht es nicht einfach um ein pazifistisches Gegenmodell, sondern um eine Horizontenerweiterung im

an einer Professionalisierung der zivilgesellschaftlichen Konfliktbewältigung fehlt, um dauerhaft Frieden zu gewährleisten. Mit Waffen allein kann man einen Krieg, aber niemals den Frieden gewinnen.

Gerechter Friede setzt auf die wache und frühzeitige Benennung von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. Er impliziert Bildung zum Widerstand gegen Ideologien, repressive Politikformen und Ausgrenzung.⁵ Eine akute Herausforderung ist für ihn die Manipulation der öffentlichen Meinung in den digitalen Medien, in deren Schatten sich nationalistisch-aggressive Denkmuster ausbreiten. Die Akteur:innen des gerechten Friedens treten generalisierenden Feindbildern entgegen und suchen immer wieder neu über die Grenzen von Nationen, Kulturen, Religionen und sozialen Schichten hinweg die Kraft der Versöhnung. Sie begreifen Völkerverständigung als eine Herausforderung, die heute zunehmend auch Entwicklungs-, Klima- und Migrationspolitik einschließt. Bei alledem wird Friede nicht als Abwesenheit von Gewalt definiert, sondern vielmehr als primäre Kategorie verstanden, als eine auf die Humanisierung der Verhältnisse hinwirkende geistige Macht, was man mit Eugen Biser als „Inversion“ der Fragestellung sowie der Begriffshierarchie auffassen kann.⁶

Das ideologische Vakuum des zynischen Nihilismus als Kriegsfaktor

In vieler Hinsicht erscheint der brutale Angriffskrieg gegen die Ukraine, den der russische Präsident von langer Hand vorbereitet und persönlich vorangetrieben hat, irrational. Die Begründung, dass die Ukraine „entnazifiziert“ werden müsse, die unterdrückte russische Minderheit in der Ostukraine nach Befreiung rufe und die Sicherheitsinteressen Russlands durch die NATO-Osterweiterung gefährdet seien, ist konstruiert. Insbesondere der Nazivorwurf ist eine absurde, infame und bössartige Lüge. Letztlich geht es um einen ideologischen Konflikt, bei dem eine eigenartige Mischung aus nationalistischen und pseudoreligiösen Motiven ausschlaggebend

Beim gerechten Frieden geht es nicht einfach um ein pazifistisches Gegenmodell zum gerechten Krieg

Blick auf die vielschichtigen Voraussetzungen des Friedens und die Notwendigkeit, diesen auf allen Ebenen anzustreben. „Gerechter Friede“ nimmt die Vielfalt und Vernetzung von militärischen, diplomatischen und zivilgesellschaftlichen Arenen des Ringens um Frieden, Freiheit und Sicherheit in den Blick. Am Afghankonflikt wurde exemplarisch deutlich, dass die westlichen Mächte zwar stark mit Waffen ausgestattet sind, es aber erheblich

ist: Treibender Faktor ist die Vorstellung, dass die „Russische Welt“ (*Russkij Mir*) als identitäts- und einheitsstiftendes Band der Staaten der ehemaligen Sowjetunion gegen den dekadenten westlichen Einfluss geschützt werden müsse.

Ob die religiös und moralisch überhöhte nationalistische Identitätskonstruktion, die der russische Präsident vorgibt, treibende Motivation oder vorgeschobene Fassade ist, lässt sich schwer entscheiden. Schon früh hat er den Zerfall der Sowjetunion als „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“⁷ bezeichnet. Konsequenter Schritt für Schritt versucht er, die Vergangenheit wiederherzustellen, wobei nicht der Kommunismus, sondern die Fiktion einer großrussischen Identität, der andere osteuropäische Nationen ohne Eigenrechte untergeordnet werden, als Leitidee fungiert.

Eine kritische Aufarbeitung der Repressionen der Sowjetzeit fand in Russland nur marginal statt, sodass die Wende 1989 von der Mehrheit nicht als Befreiung, sondern als Zerfall gedeutet wird. Als Kompensation für die vermeintlich große Vergangenheit und Einheit des osteuropäischen Raumes entstand in den 1990er-Jahren die Idee der Russischen Welt. An deren Weiterentwicklung und Aneignung haben auch Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche (ROK) mitgewirkt. Nicht zuletzt hat sich der heutige Patriarch Kyrill diese Ideenwelt zu eigen gemacht und leitet daraus wesentlich sein Selbstverständnis und seinen vermeintlichen Sendungsauftrag sowie seine Legitimation des Krieges ab: Es geht nach seiner Ansicht um einen „metaphysischen Kampf“ der Verteidigung orthodoxer Werte gegen den moralisch dekadenten Westen.⁸ Man kann von einem tiefen wechselseitigen Einvernehmen zwischen Putin und Kyrill, die sich schon früh in gemeinsamen KGB-Zeiten kennengelernt haben, ausgehen.

Bereits seit vielen Jahren und gebündelt in seinem Essay „On the Historical Unity of Russians and Ukrainians“ (12. Juli 2021) hat der russische Präsident der Ukraine das Existenzrecht abgesprochen und einen russischen Hegemonieanspruch deklariert.⁹ Wie wir im Rückblick erkennen, war es blind, die Vielzahl

der russischen Aggressionen, die eng verbunden sind mit dem politischen Aufstieg und der Präsidentschaft Putins, die sich immer mehr zu einer Diktatur entwickelt hat, nicht in ihrem Zusammenhang zu sehen: Tschetschenienkrieg 1994–96 und 1999–2009, Georgienkrieg 2008, Syrienkrieg 2015, Annexion der Krim 2014, hybrider Krieg in der Ostukraine seit 2014.

„Tatsächlich ist der Krieg in der Ukraine nur möglich geworden, weil die russische Staatsführung seit Jahren konsequent lügt und weil sich die Menschen in Russland belügen lassen.“¹⁰ Sie haben keine innere Abwehr gegen

Friedensethik muss künftig ernsthafter als bisher mit der destruktiven Dynamik des Bösen, der Verführbarkeit der Massen durch Feindbilder sowie dem Missbrauch von Macht rechnen

die Lüge, weil das pathetisch und zugleich so verführerisch einfach zusammengelogene Weltbild Putins für sie bequemer ist als die mit irritierenden Widersprüchen behaftete Realität. Weil für die Mehrheit der Russ:innen die Situation sozial und wirtschaftlich so desolat ist, klammern sich viele an den vermeintlichen Trost einer einseitig verklärten Geschichte. Das ideologische Vakuum des auf Lüge und Propaganda aufgebauten Systems Putin wird mit dem Trugbild der Russischen Welt zu füllen gesucht. Friedensethik muss sich künftig viel früher, wacher, kritischer und differenzierter mit solchen Entwicklungen christlich aufgeladener Kriegsrhetorik auseinandersetzen. Sie muss ernsthafter als bisher mit der destruktiven Dynamik des Bösen, der Verführbarkeit der Massen durch Feindbilder sowie dem Missbrauch von Macht rechnen.

Rationalisierung des ethischen Diskurses um die Moderne als Friedensdienst

Auf Initiative von Patriarch Kyrill entstand eine eigenständige russisch-orthodoxe Soziallehre,

die in zwei umfangreichen Dokumenten ihren Ausdruck gefunden hat. Diese Schriften aus den Jahren 2000 und 2008 sind im Wesentlichen eine massiv abwertende Auseinandersetzung mit den Leitwerten der westeuropäisch-amerikanischen Moderne.¹¹ Die Kritik der Menschenrechte als Inbegriff eines säkularen und liberalen Gesellschaftsmodells, weil sie

Es geht im Kern nicht um einen Gegensatz westlicher und östlicher Werte, sondern um die Abwehr eines auf Lüge, Spaltung und Repression aufgebauten Herrschaftssystems

vermeintlich dem Vorrang kultureller und religiöser Werte nicht gerecht werden, spielt insbesondere im Dokument von 2008 eine zentrale Rolle. Mit seiner aggressiven Abgrenzung gegen den vermeintlich säkular-areligiösen und durch Werteverfall geprägten Westen steht Kyrill keineswegs alleine, sondern trifft einen breiten Mainstream, der in Russland durch die staatlich gleichgeschalteten Medien seit vielen Jahren propagandistisch gefördert wird.

Am Ende ist es eine religiös-mythisch untermauerte identitätspolitische Illusion, der Kyrill sowie der russische Präsident als vermeintliche Rechtfertigung des Krieges anhängen. Religiöse Aufklärung tut not. Es wäre ein Befreiungsschlag von unschätzbare Wirkung, wenn sich möglichst viele orthodoxe Gläubige davon emanzipieren und zum Vorrang des Friedens als zentraler Christenpflicht bekennen würden. Viele Bischöfe der ROK in der Ukraine haben bereits Kyrill aus dem Hochgebet gestrichen, was nach orthodoxem Verständnis einer Aufkündigung der Gemeinschaft gleich-

kommt. Auch unter Theolog:innen gibt es zunehmend Widerspruch gegen die Ideologie der Russischen Welt und ihre imperialistische Funktionalisierung für die Legitimation des Krieges. So hat eine Gruppe von inzwischen mehr als 1400 Wissenschaftler:innen mit einem starken Anteil orthodoxer Theolog:innen diese Lehre als unorthodox, unchristlich und häretisch bezeichnet.¹² Bei der schweigenden Mehrheit hat Kyrill aber wohl nach wie vor starken Rückhalt. Aus der Sicht einer christlichen Friedensethik ist es in höchstem Maße bedrückend, welche zentrale Rolle der Faktor Religion in diesem Krieg spielt. Im Kern geht es um das ungeklärte Verhältnis zwischen Religion und Moderne.

Diesen Diskurs zu rationalisieren, wäre ein unschätzbare Friedensdienst des ökumenischen Dialoges. Dabei sollte es nicht einfach um eine apologetische Verteidigung der Werte „des“ Westens und der Moderne auf der einen und der Werte „des“ Ostens und der Orthodoxie auf der anderen Seite gehen. Vielmehr kommt es gerade darauf an, solche Pauschalisierungen und blockartig typologische Entgegensetzungen zu überwinden. Die 2020 unter der Führung von Patriarch Bartholomaios von Konstantinopel veröffentlichte panorthodoxe Sozialdoktrin *For the Life of the World*¹³, die sich erheblich von der Sozialdoktrin der ROK unterscheidet, bietet für einen solchen Diskurs viele konstruktive Anknüpfungspunkte.

Von der proeuropäischen Seite her ist zu konzedieren, dass die Moderne selbstverständlich mit vielen Ambivalenzen verbunden ist¹⁴ und dass die Frage der Bedeutung der spezifisch theologischen Zugänge zur Ethik angesichts der Dominanz eines säkularen Humanismus und eines säkular-individualistischen Verständnisses der Menschenrechte keineswegs leicht zu beantworten ist.¹⁵ Entscheidend ist jedoch, dass bei diesem Diskurs der Blick für die elementare friedensstiftende Funktion der Menschenrechte und des Humanismus sowie der Demokratie und der Gewaltenteilung nicht verloren geht. Gerade angesichts der massiven Repressionen des „Systems Putin“ gewinnt die humanistische Menschenrechtsethik neu an Strahlkraft. Es

Der Autor



Prof. Dr. Markus Vogt (geb. 1962) ist Ordinarius für Christliche Sozialethik an der katholisch-theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er studierte katholische Theologie und Philosophie in München, Jerusalem und Luzern. 2007 übernahm er den Lehrstuhl für Christliche Sozialethik an der LMU. Markus Vogt ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Theologie und Frieden sowie des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften. Seit 2019 ist er Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste.

geht im Kern nicht um einen Gegensatz westlicher und östlicher Werte, sondern um die Abwehr eines auf Lüge, Spaltung und Repression aufgebauten Herrschaftssystems. Die Frage der Menschenrechte hat für die christliche Friedensethik eine zentrale Bedeutung. In ihnen liegt nach *Pacem in terris* das Geheimnis des Friedens. Zugleich muss der Vorwurf, die Menschenrechte seien ein Instrument „des Westens“, um anderen Kulturen seine Wertvorstellungen aufzuzwingen, kritisch geprüft werden.¹⁶

Anerkennungskonflikte im Kampf um eine neue Weltordnung

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Ukrainer:innen nicht nur ihre eigene Freiheit verteidigen, sondern die Werteordnung Europas und der Vereinten Nationen. Unter diesem Eindruck entstand eine in der bisherigen Geschichte beispiellose Welle weltweiter Solidarität, die mit politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Sanktionen unterlegt ist. Russland selbst schadet sich massiv mit dem Angriff auf die Ukraine und wird mit internationaler Isolation gestraft. Auch wenn Deutschland beim Thema Waffenlieferungen an die Ukraine lange zögerte und diese beispielsweise von Pax Christi als Verrat an den Grundsätzen christlicher Friedensethik eingeschätzt werden, sind diese aus meiner Sicht sowie derjenigen von Justitia et Pax¹⁷ ethisch geboten: Es gibt das Recht auf Selbstverteidigung. Es wäre unterlassene Hilfeleistung, diese der Ukraine, die sich mit dem Mut der Verzweiflung der russischen Übermacht erwehrt, nicht zu gewähren. Man kann in dieser Lage das Gebot „Du sollst nicht töten“ auch im Sinne einer Schutzverantwortung interpretieren: „Du sollst nicht töten lassen“.

Die Ukrainer:innen haben 1994 im Buda- pester Memorandum freiwillig auf Atomwaffen verzichtet und dafür von europäischer Seite Schutzversprechen erhalten, die es einzulösen gilt. Wenn solche Versprechen nichts zählen, ermutigt dies zu neuem atomaren Wettrüsten. Am Beispiel des aktuellen Krieges lernen wir schmerzhaft, dass demokrati-

sche Werte proaktiv und existenziell verteidigt werden müssen, denn seit gut zehn Jahren erstarken weltweit autoritäre Regime und Parteien. Der Glaube an Freiheit und Wahrheit sowie Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung muss verteidigt werden, auch gegen mediale Manipulationen durch populistische Politiker:innen und autoritäre Regime, die durch postfaktische Kommunikationsformen ihre Verachtung für die Wahrheit zeigen. Heute ist deutlicher denn je: Wir brauchen eine nach innen und außen wehrhafte Demokratie. Unter dem Schutzschirm der von den USA garantierten Sicherheit hat die deutsche christliche Friedensethik dies über Jahrzehnte sträflich vernachlässigt.

Wir leben in einer Zeit der multiplen Krisen und des beschleunigten Wandels einer multipolaren Welt, die zunehmend durch

Heute ist deutlicher denn je: Wir brauchen eine nach innen und außen wehrhafte Demokratie

eine höchst vielschichtige „Evolution der Gewalt“¹⁸ geprägt ist. Dabei verlieren bekannte Ordnungsmuster in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an Geltung, ohne dass die künftige Ordnung schon erkennbar ist. Als Reaktion auf die daraus resultierende Unsicherheit wird das Streben nach Sicherheit und Resilienz von Individuen und Gesellschaften zu einem zentralen ethisch-politischen Ziel. Dabei kann die Weltgesellschaft dem Wandel der internationalen Ordnung nicht gleichgültig gegenüberstehen. Toleranz muss heute mehr denn je aktiv gegen repressive Gesellschaftsmodelle verteidigt und als integraler Bestandteil christlicher Friedensethik begriffen werden.¹⁹

Der Ukrainekonflikt ist Teil eines vielschichtigen Kampfes um eine neue Weltordnung. Er kann auf Dauer nicht ohne die Schaffung einer den heutigen Herausforderungen und Konfliktlinien Rechnung tragenden Friedens- und Sicherheitsordnung gelöst werden. Eine vorrangige Bedeutung kommt hier der Reform des Weltsicherheitsrates zu, der nicht mehr

angemessen die Kräfteverhältnisse in der Welt widerspiegelt. Durch den partiellen Rückzug der USA als Weltordnungsmacht ist ein Vakuum entstanden, das durch eine Verdichtung der vielfältigen supranationalen Verflechtungen kompensiert werden muss.²⁰ Dazu könnte auch ein europäischer Sicherheitsrat gehören, um die Handlungsfähigkeit der EU zu erhöhen. Die verschiedenen Institutionen, die sich sicherheitspolitisch engagieren (unter anderem UNO, NATO, OSZE, EU), sind komplementär aufeinander abzustimmen. Eine solche Verdichtung und Verflechtung sicherheitspolitischer Institutionen, die auch Schwellenländer sowie Staaten des ehemaligen Ostblocks einschließt, gehört heute unverzichtbar zur „Architektur des Friedens“, wie sie Papst Franziskus in *Fratelli tutti* entwirft.

Für eine aufgeklärte Religion

Dauerhafter Friede braucht Vergebung und Versöhnung auch mit der eigenen Geschichte und den eigenen Ambivalenzen. Die historische Dimension des Ukrainekrieges zeigt sich nicht zuletzt darin, dass geschichtsklitternde Narrative zur Konstruktion eines Kriegsgrundes herangezogen werden. An diesen Erzählungen wird deutlich, dass es dem russischen Präsidenten und einem wohl nicht unerheblichen Teil der russischen Bevölkerung und der russisch-orthodoxen Kirche an einer Versöhnung mit dem Zerfall der UdSSR fehlt. Das Gefühl der Kränkung durch die vermeintliche Zurücksetzung und Nichtanerkennung als Weltmacht scheint die treibende Kraft der aktuellen Aggression.

Angesichts der katastrophalen Folgen des Ukrainekrieges für alle, auch für Russland selbst, wird die Kränkung zunächst verstärkt. Ihre Überwindung wird sicherlich lange Zeit beanspruchen. Hier haben die Kirchen und Religionsgemeinschaften eine originäre Aufgabe, da Versöhnung immer auch eine religiöse Dimension hat.²¹ Denn die Suche nach Frieden und die Bereitschaft zu Versöhnung sind ein Kern der biblischen Botschaft. Sie stellen eine notwendige Konsequenz der Gottesbeziehung dar. Die Überwindung von Feindbildern, die sich im Falle des Ukrainekrieges

tief in das kollektive Bewusstsein eingegraben haben, braucht Bildung und echte menschliche Begegnung. Aussöhnung und Konfliktachsorge sind ein integraler Bestandteil des gerechten Friedens und als eine wichtige Horizontenerweiterung künftiger Sicherheitspolitik zu begreifen.²²

Die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich, die lange für unmöglich gehalten wurde und die heute ein Motor der europäischen Integration ist, sollte dazu ermutigen, dass dies – mit entsprechendem Abstand – auch zwischen Russland und der Ukraine nicht undenkbar ist. Es geht nicht um einen ethnischen Konflikt, sondern um die Anerkennung von Wahrheit und Freiheit als Grundlage des Friedens. Christliche Friedensethik widerspricht generalisierenden Feindbildern auch gegen das russische Volk.

Bei alledem muss nüchtern im Blick bleiben, dass die Rolle der Religionen hinsichtlich der Überwindung von Gewalt ambivalent ist: Immer wieder haben die Kirchen durch starre Wahrheitsansprüche und Ausgrenzungen sowie die Abwehr von Freiheitsrechten zu gewaltsamen Konflikten beigetragen. Auch heute ist Religion häufig ein Eskalationsfaktor von Gewalt in den vielschichtigen weltpolitischen Identitätskonflikten. Dies gilt keineswegs nur für Russland. Es braucht vor diesem Hintergrund neue Formen religiöser Aufklärung. Es braucht eine aufgeklärte, dialogoffene und toleranzfähige Religion. Im Schatten des Ukrainekrieges sowie anderer genozidartiger Kriegsverbrechen muss christliche Friedensethik jedoch auch klarstellen, dass sie nicht einfach zuschauen darf. Es gibt Situationen, in denen Christen Partei ergreifen müssen für die Opfer und an ihrer Seite den Kampf für Recht und Freiheit unterstützen sowie im Anspruch des gerechten Friedens vor- und nachsorgend für Versöhnung eintreten müssen.

- 1 Vgl. Vogt, Markus (2022): Christsein in einer fragilen Welt – Revisionen der Friedenethik angesichts des Ukrainekrieges. <https://www.zebis.eu/veroeffentlichungen/positionen/christsein-in-einer-fragilen-welt-revisionen-der-friedensethik-angesichts-des-ukrainekrieges-von-markus-vogt/> (Stand: 4.10.2022).
- 2 Franziskus (2021): Fratelli tutti. Enzyklika über Geschwisterlichkeit und soziale Freundschaft, hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Bonn. Zur Interpretation von Fratelli tutti als Friedenszyklika mit ihren Stärken und Schwächen vgl. Vogt, Markus (2021): Die Botschaft von Fratelli tutti im Kontext der Katholischen Soziallehre, in: MThZ 72, S. 108–123.
- 3 Justenhöven, Heinz-Gerhard (2015): Frieden durch Recht. Zur ethischen Forderung nach einer umfassenden und obligatorischen Gerichtsbarkeit, in: Bock, Veronika u. a. (Hg.): Christliche Friedensethik vor den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Baden-Baden, S. 113–129.
- 4 Die deutschen Bischöfe (2000): Gerechter Friede. Hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Bonn.
- 5 Vgl. Schellhammer, Barbara und Goerdeler, Berthold (2020): Bildung zum Widerstand. Darmstadt.
- 6 Man müsse die Denkrichtung umkehren: So wie die Dunkelheit keine eigenständige ontologische Kategorie sei, sondern lediglich die Abwesenheit des Lichts, so sei der Krieg nicht der Vater aller Dinge, sondern lediglich die Abwesenheit des Friedens.; vgl. Biser, Eugen (2003): Wege des Friedens. Augsburg, S. 41.
- 7 Winkler, Heinrich August (2015): Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart. München, S. 303. Für diesen Hinweis sowie zahlreiche Anregungen bedanke ich mich bei meinem ukrainischen Promovenden Michael Fetko.
- 8 Kyrrill (2022): Predigt in der Kathedrale in Moskau am 6. März 2022; vgl. <https://www.kath.ch/newsd/moskauer-patriarch-kyrrill-krieg-soll-glaebige-vor-gay-parade-schuetzen/> (Stand: 4.10.2022).
- 9 Vgl. Luchterhandt, Otto (2022): Russlands Geisel: Die militärische Einkreisung der Ukraine und das Völkerrecht. <https://zeitschrift-osteuroopa.de/blog/russlands-geisel> (Stand: 4.10.2022).
- 10 Schor-Tschudnowskaja, Anna (2022): Russlands tiefe Leere – Wladimir Putin hat einen Autoritarismus erschaffen, der mit zynischem Nihilismus und nicht mit der Aussicht auf eine bessere Zukunft wuchert. <https://www.nzz.ch/meinung/russland-tiefe-leere-putins-autoritarismus-ist-ein-nihilismus-ld.1676539?reduced=true> (Stand: 4.10.2022).
- 11 Die antiwestliche Stoßrichtung wird zusätzlich durch Interpretationen Kyrills verstärkt; vgl. Wissenschaftliche Enquete der Stiftung PRO ORIENTE (2003): Die Sozialkonzeption der Russischen Orthodoxen Kirche. Ein Dokument der sozialen Verantwortung. Wien, bes. S. 25–33.
- 12 Vgl. Public Orthodoxy (2022): A Declaration on the „Russian World“ (Russkii mir) Teaching. <https://publicorthodoxy.org/2022/03/13/a-declaration-on-the-russian-world-russkii-mir-teaching/> (Stand: 4.10.2022).
- 13 Zum Dokument „For the Life of the World“ vgl. Orthodox Times (2020): For the Life of the World: Toward a Social Ethos of the Orthodox Church. <https://orthodoxtimes.com/for-the-life-of-the-word-toward-a-social-ethos-of-the-orthodox-church-is-now-available-online/> (Stand: 8.10.2022).
- 14 Vgl. Vogt, Markus und Gigl, Maximilian (2022): Christentum und moderne Lebenswelten. Ein Spannungsfeld voller Ambivalenzen. Paderborn.
- 15 Vogt, Markus (2013): Theologie der Sozialethik. Freiburg.
- 16 Die kosmopolitische Ethik der Menschenrechte ist aus vielen Gründen in die Defensive geraten. Aus der Sicht von Arnd Pollmann muss ihr revolutionärer Gehalt je neu angesichts von konkreten Unrechtserfahrungen erschlossen werden. In gewisser Weise bleiben sie immer prekär. Ihre konkrete praktische Bedeutung muss von der gegenwärtigen Gesellschaft, insbesondere von den Ländern des Ostens und des Globalen Südens, vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Erfahrungen der Würdeverletzung selbst neu gefunden werden; vgl. Pollmann, Arnd (2022): Menschenrechte und Menschenwürde. Zur philosophischen Bedeutung eines revolutionären Projekts. Berlin.
- 17 Vgl. Deutsche Kommission Justitia et Pax (2022): Erklärung zum Krieg in der Ukraine, Nr 3. https://www.justitia-et-pax.de/jp/aktuelles/20220328_Krieg-gegen-die-Ukraine.php (Stand: 5.12.2022).
- 18 Vgl. Münkler, Herfried (2017): Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert. Reinbek.
- 19 Vogt, Markus und Husmann, Rolf (2019): Proaktive Toleranz als ein Weg zum Frieden. Bestimmung und Operationalisierung des Toleranzbegriffs. Mönchengladbach.
- 20 Vgl. Schockenhoff, Eberhard (2018): Kein Ende der Gewalt? Friedensethik für eine globalisierte Welt. Freiburg, S. 639–665.
- 21 Vgl. Vogt, Markus (2021): Christian Peace Ethics and Its Relevance for Tolerance and Reconciliation in Ukraine. In: Vogt, Markus und Küppers, Arnd (Hg.): Proactive Tolerance. The Key to Peace. Baden-Baden, S. 117–137; zur Kategorie der Versöhnung als Schlüssel christlicher Friedensethik vgl. auch Benedikt XV. (1920): Pacem, Dei Munus pulcherrimum. Rundschreiben über den Völkerfrieden. In: AAS XII, 209–218.
- 22 Vgl. Die deutschen Bischöfe (2000), s. Endnote 4, Nr. 108 f.

ZEITENWENDE IN DER FRIEDENSETHIK?

DER PAZIFISMUS IM ANGESICHT DES RUSSISCHEN ANGRIFFS AUF DIE UKRAINE

Autor: Friedrich Lohmann

Seit dem 24. Februar 2022 wird der Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine, der bereits 2014 als hybrider Krieg begann, offen und mit dem Einsatz großer militärischer Mittel geführt. Dieses Datum wird seither als historischer Epochenbruch bezeichnet. Auch in der Friedensethik ist von einer Zeitenwende oder doch zumindest von einer nötigen Neuausrichtung die Rede. Insbesondere der Pazifismus und sein Insistieren auf dem Primat gewaltfreier Konfliktlösung werden kritisiert. Karl-Heinz Paqué, Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung, sieht mit der politischen Zeitenwende „Das Ende des (bedingungslosen) Pazifismus“ gekommen; Sascha Lobo schrieb in einer Kolumne des *Spiegel* vom „deutschen Lumpen-Pazifismus“; Jagoda Marinić verliert „langsam die Beherrschung, wenn ich jenen zuhöre, die sich gerade als Pazifisten inszenieren“.¹ Die Angesprochenen, wie die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann, verteidigen sich: „Warum ich auch 2022 Pazifistin geblieben bin“.²

Die Debatte geht über die bekannten friedensethischen Akteure weit hinaus und wird in allen Leitmedien geführt. Verschiedene offene Briefe mit gegenläufigen Forderungen kursieren, Polemik und Schwarz-Weiß-Rhetorik bleiben nicht aus. Zwei Fragestellungen haben sich dabei als zentrale Konfliktpunkte herauskristallisiert: Dürfen, ja sollen Waffen an die Ukraine geliefert werden, um sie bei ihrer Selbstverteidigung gegen die russische Aggression zu unterstützen? Soll die Ukraine dazu gedrängt werden, möglichst rasch Friedensgespräche aufzunehmen und die Kampfhandlungen aufzugeben, auch wenn dies mit territorialen und anderen Konzessionen verknüpft ist?

Analysiert man die Debatte genauer, dann stößt man auf ein bestimmendes, die Friedensethik schon immer prägendes Kontroversthemata, das all den aktuellen Diskussionen zugrunde liegt: die Frage nach der Legitimierung militärischer Gewalt.

Abstract

Weit über friedensethische Fachkreise hinaus hat der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zu einer teils polemischen Debatte geführt. Im Zentrum der Kontroverse, die an Einzelthemen wie der Zulässigkeit von Waffenlieferungen aufgehängt ist, steht die Frage nach der Legitimierung militärischer Gewalt. Bellizistische oder pazifistische Extrempositionen – also die uneingeschränkte Bejahung militärischer Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele bzw. die Ablehnung jeglichen Gewalteinsetzes zur Beendigung eines bewaffneten Konflikts – werden dabei aktuell nicht vertreten.

Mit ihrem Nein zu Waffenlieferungen bei gleichzeitiger Anerkennung des Selbstverteidigungsrechts der Ukraine vertreten Teile der Friedensbewegung einen gemäßigten Pazifismus, der ungerechtfertigterweise als abstrakte „Gesinnungsethik“ im Sinne Max Webers qualifiziert wird. Denn mit ihren zentralen Thesen erhebt diese Strömung gerade für sich den Anspruch auf Rationalität und Wissenschaftlichkeit. Ihre Hauptargumente – sowohl die Eskalationsgefahr angesichts eines atomar bewaffneten Aggressors und die größere Effektivität zivilen Widerstands gegenüber der Verteidigung mit Waffen – halten jedoch einer genaueren Betrachtung nicht stand.

Dass sich viele in der Friedensbewegung angesichts des Kriegs in der Ukraine ohnehin von pazifistischen Positionen abwenden und – gemäß dem Leitbild des gerechten Friedens – staatliche militärische Gewaltanwendung unter bestimmten Bedingungen und Einschränkungen zu akzeptieren bereit sind, markiert dennoch keine friedensethische „Zeitenwende“, sondern setzt einen länger beobachtbaren Trend fort.

Die friedensethischen Extrempositionen

Zwischen einem kategorischen Ja und einem kategorischen Nein zum Einsatz militärischer Gewalt gibt es ein ganzes Spektrum möglicher Positionen, und die gesamte gegenwärtige ethische Debatte spielt sich innerhalb dieses Spektrums ab, ohne dass jemand die beiden Extrempositionen beziehen würde. Dennoch ist es sinnvoll, sich zunächst diesen zuzuwenden, um einen zuverlässigen Analyseschlüssel an die Hand zu bekommen. Auf der einen Seite steht ein uneingeschränktes Ja zur militärischen Gewalt, das keine weitere Rechtfertigung für deren Einsatz verlangt als ihre realpolitische Opportunität. Politische Interessen dürfen aus dieser Sicht ohne irgendwelche Vorbehalte und besonderen Legitimationsbedarf militärisch durchgesetzt werden. Kommt noch eine Kriegsbegeisterung hinzu, sprechen wir von Bellizismus. Man mag versucht sein, diese Position im aktuellen Konflikt der Russischen Föderation zuzuschreiben, und für einige Moskauer Hardliner und Nationalisten dürfte das auch zutreffend sein. Die offizielle russische Kommunikation versucht gleichwohl, auf klassische Rechtfertigungskriterien der Lehre vom gerechten Krieg zurückzugreifen, indem sie die Invasion der Ukraine als ein notwendiges Übel deklariert, das Russland aufgezwungen wurde: um dem laufenden „Genozid“ an der russischstämmigen Bevölkerung des Donbass Einhalt zu gebieten; als legitime Selbstverteidigung im Sinne eines Präventivschlags, um einem militärischen Angriff auf russisches Gebiet von ukrainischem Boden zuvorzukommen; als Rückeroberung russischer Erde, die vom illegitimen ukrainischen Staat fälschlich für sich beansprucht wird. Obwohl diese Argumente vorgeschoben erscheinen, so manifestiert sich in ihnen ein Legitimationsbedarf, der die aktuelle russische Position vom klassischen Bellizismus unterscheidet, wie er das „freie Kriegsführungsrecht der Staaten“ der Westfälischen Ordnung auszeichnete, auf dem die imperialistischen Eroberungskriege bis ins 20. Jahrhundert hinein beruhten. Auf der anderen Seite ist eindeutig, dass sich das russische

Vorgehen gegen die Ukraine keinesfalls mit den Kriterien der Lehre vom gerechten Krieg als „*just and limited warfare*“ in Einklang bringen lässt. Waffenlieferungen an die Ukraine zur Eindämmung der russischen Aggression hingegen schon. Die Befürwortung der Waffenlieferungen mit Bellizismus³ und dem Geist von 1914⁴ gleichzusetzen, ist daher völlig unangemessen.

Dem Bellizismus als Extremposition gegenüber steht ein radikaler Pazifismus, der jede Form von militärischer Gewaltanwendung für illegitim hält, auch zum Zweck der Selbstver-

Das russische Vorgehen lässt sich keinesfalls mit den Kriterien der Lehre vom gerechten Krieg als „just and limited warfare“ in Einklang bringen. Waffenlieferungen an die Ukraine zur Eindämmung der russischen Aggression hingegen schon

teidigung. Grundlage ist eine Haltung absoluter Gewaltlosigkeit, die vom privaten auf den politischen Bereich extrapoliert wird. Zu den von ihren Anhängerinnen und Anhängern erörterten Fragen gehört zum Beispiel die, ob es legitim ist, in einer persönlichen Bedrohungssituation die Polizei zu rufen, im Wissen, dass die Polizei zur Gewaltanwendung bereit ist.⁵ Oft wird dem Pazifismus eine Passivität unterstellt, die sich aus allem heraushalten möchte. Doch dies ist eine Fehlinterpretation. Es geht dem Pazifismus durchaus um aktive Handlungen. Nur sollen diese gewaltlos sein. Einer der Protagonisten, Gene Sharp, hat in den 1970er-Jahren zusammengezählt und ist auf 198 „*methods of nonviolent action*“ gekommen.⁶ Im Blick auf militärische Konflikte zu nennen sind etwa die Christian Peacemaker Teams, die sich 2003 im Irakkrieg unter Einsatz des eigenen Lebens in die Frontlinien gestellt haben, um die Kämpfenden zum Einstellen des Feuers zu bewegen.⁷ In den Anfangstagen nach der russischen Invasion der Ukraine wurde in diesem Sinne vorgeschlagen, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer auf militärischen Widerstand verzichten und sich gewaltlos verteidigen, etwa durch Demonstrationen oder einen Generalstreik. Nachdem

in Kherson Demonstrierende in den ersten Tagen nach der Besetzung niedergeschossen wurden, sind diese pazifistischen Stimmen allerdings leiser geworden. In der deutschen Friedensbewegung wird das Recht der Ukrainer auf militärische Selbstverteidigung nicht

Es geht der deutschen Friedensbewegung angesichts der Ereignisse nicht um absoluten Verzicht auf Gewalt, sondern um ihre Minimierung und die Einbeziehung gewaltfreier Mittel

mehr bestritten.⁸ Der Bund für Soziale Verteidigung weist auf seiner Website auf ein „System einer totalen Verteidigung“ hin, „zu der auch (!) ziviler Widerstand gehört“.⁹ Es geht der deutschen Friedensbewegung angesichts der Ereignisse nicht um absoluten Verzicht auf Gewalt, sondern um ihre Minimierung und die Einbeziehung gewaltfreier Mittel. Mit solchen Äußerungen ist der radikale Pazifismus aufgegeben.

Das pazifistische Nein zu Waffenlieferungen

Auch wenn sich die Friedensbewegung hinsichtlich des Selbstverteidigungsrechts der Ukraine zu einem Ja durchgerungen hat, so bleibt sie der radikalen Gewaltfreiheit insofern verhaftet, als sie Waffenlieferungen anderer Staaten, die die Ukraine bei ihrer militärischen Selbstverteidigung unterstützen, skeptisch gegenübersteht. Der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Friedrich Kramer, hat sein Nein zu Waffenlieferungen auf der EKD-Synode im November 2022 gegenüber innerkirchlicher Kritik bekräftigt. In anderen neueren Erklärungen wird der Punkt nicht explizit genannt, aber der Aufruf „Stoppt das Töten in der Ukraine – Aufrüstung ist nicht die Lösung!“, unter dem ein gemeinsamer Aktionstag verschiedener Gruppen der deutschen Friedensbewegung am 19.11.2022 stand, zeigt die Richtung an. Man könnte nun fragen, wie dieses Nein damit zusammengebracht werden kann, dass der Ukraine ein

Recht auf Selbstverteidigung, auch mit militärischen Mitteln, zugestanden wird. Muss dieses Recht nicht, einmal zugestanden, implizieren, dass es mit bestmöglichen Mitteln wahrgenommen werden kann, was dann auch Unterstützung von außen legitimiert? Handelt es sich hier um einen der Selbstwidersprüche, die jedem Versuch anhaften, einen der Extremposition gegenüber, wie sie oben beschrieben wurde, gemäßigten Pazifismus zu vertreten?¹⁰

Die hinter dem Aufruf stehenden Gruppen würden dies bestreiten. Trotz des Zugeständnisses, dass die Ukraine ein Recht auf militärische Selbstverteidigung hat, handelt es sich aus ihrer Sicht dabei um eine, wenn überhaupt, dann nur temporär ethisch zulässige Strategie. Waffenlieferungen werden kritisch gesehen, weil sie eine „Spirale“ der Gewalt befeuern und damit letztlich dem Frieden nicht dienlich sind: „Die aktuelle Rüstungsspirale, an der viele Staaten der Welt, darunter Deutschland, beteiligt sind, muss zum Wohle aller Menschen gestoppt werden.“¹¹ Die Frage an die Friedensbewegung verschiebt sich somit vom möglichen Selbstwiderspruch hin zu der Frage, ob sich ihre allgemeine Kritik an einem zu leichtfertigen und zu großzügigen Umgang mit militärischer Gewalt auf die Waffenlieferungen an die Ukraine im gegenwärtigen Konflikt übertragen lässt.

Gesinnungs- und Verantwortungspazifismus

Hinter der pazifistischen Kritik an den Waffenlieferungen lässt sich unschwer eine These heraushören, die bereits Max Weber als unumstößliches „Pragma“ formuliert hat: „Gewalt und Bedrohung mit Gewalt gebiert aber nach einem unentrinnbaren Pragma alles Handelns unvermeidlich stets erneut Gewalttätigkeit.“¹² In diesem Sinn heißt es etwa in einer Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland kurz nach der russischen Invasion: „Waffenlieferungen beenden keinen Krieg, sondern heizen ihn an und ermöglichen erst Kriegsführung und Menschenrechtsverletzungen. Sie gebieten weder den Gewalttreibern Einhalt noch können sie

die Bedrohten schützen.“¹³ Wegen des kategorischen Festhaltens an diesem „Pragma“ wird dem Pazifismus oft unterstellt, eine Gesinnungsethik im Sinne Webers zu vertreten, der eine Verantwortungsethik entgegengesetzt wird, die die konkreten Handlungsumstände in ihr Urteil einbezieht und dadurch allein dem Politischen angemessen ist. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat das einmal so formuliert: „Ich glaube also nicht, daß man aus irgendwelchen abstrakten ethischen Grundsätzen erschöpfende oder auch nur halbwegs ausreichende politische Leitideen oder politische Maximen für konkrete Situationen herauslesen kann.“¹⁴

Man wird der pazifistischen Argumentation gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aber nicht gerecht, wenn man sie unter das Etikett „abstrakte Gesinnungsethik“ stellt. Vielmehr wird von ihr umgekehrt der Vorwurf erhoben, dass die Befürworterinnen und Befürworter der militärischen Option ihr ethisches und politisches Urteil an den empirischen Fakten vorbei bilden, während man selbst die möglichen Konsequenzen der verschiedenen Optionen geprüft habe und auf *dieser* Basis, empirisch aufgeklärt, zu einem anderslautenden Urteil gekommen sei. Das Stichwort lautet: „Verantwortungspazifismus“.¹⁵ Im konkreten Fall wird für ihn auf zwei Ebenen argumentiert. Gegen Waffenlieferungen wird auf die Eskalationsgefahr hingewiesen, die von diesen ausgehe, insbesondere im Kampf gegen eine Atommacht. „Welches Ziel kann bewaffnete Gegenwehr gegen eine atomar bewaffnete Macht überhaupt verfolgen? Sollte bewaffnete konventionelle Gegenwehr eine atomar bewaffnete Macht konventionell besiegen, ist sie darauf angewiesen, dass diese Macht auf ihre atomaren Machtmittel nicht zurückgreift. Ein solches Vertrauen auf Zivilität und Humanität eines Aggressors (!) erscheint uns irrational.“¹⁶ Und für die Unterstützung eines gewaltfreien Widerstands der Ukraine wird auf empirische Forschung verwiesen, die im historischen Vergleich dessen überlegene Effizienz gezeigt habe. Beide Argumente verdienen eine genauere Betrachtung.

Ist gewaltloser Widerstand immer die bessere Option?

Für die These, dass gewaltloser Widerstand empirisch bewährt die erfolgreichere Option als militärische Maßnahmen sei, wird in der Friedensbewegung vor allem auf eine Studie von Erica Chenoweth und Maria Stephan verwiesen, die für einen Zeitraum von gut 100 Jahren Daten zu gewaltfreien und gewaltförmigen Aufstandsbewegungen ausgewertet haben, mit folgendem Ergebnis: „*The most striking finding is that between 1900 and 2006, nonviolent resistance campaigns were nearly*

Der pazifistischen Argumentation gegen Waffenlieferungen wird man nicht gerecht, wenn man sie unter das Etikett „abstrakte Gesinnungsethik“ stellt

twice as likely to achieve full or partial success as their violent counterparts.“¹⁷ Direkte Verweise auf die Studie in der Debatte um den Ukraine-Krieg finden sich etwa in Beiträgen der Friedensforscherin Véronique Dudouet und des Koordinators der Initiative „Sicherheit neu denken“, Ralf Becker.¹⁸

Becker weist in seinem Beitrag ehrlicher Weise darauf hin, dass in der Chenoweth/Stephan-Studie auch über Misserfolge gewaltfreien Widerstands berichtet wird, und ebenfalls verschweigt er nicht, dass neue Zahlen der beiden für die Jahre bis 2019 eine deutlich geringere Erfolgsquote ausweisen. Aber: „im Durchschnitt ist gewaltfreier Widerstand zur Erreichung politischer Ziele auch 2019 immer noch doppelt so wirksam wie gewaltsamer Widerstand.“¹⁹ Eine solche Folgerung mag man ziehen, doch ist die Frage, was damit für die konkrete Entscheidungsfindung im Umgang mit der russischen Invasion gewonnen ist. Durchschnittszahlen sind in einer komplexen Wirklichkeit, in der jede Situation anders zu bewerten ist, keine Hilfe. Hinzu kommt, dass die meisten von Chenoweth und Stephan ausgewerteten Aufstandsbewegungen innerstaatlich konfiguriert sind – Widerstand gegen die eigene Regierung –,

während die Ukraine von außen militärisch überfallen wurde. Wer beides miteinander vergleicht, vergleicht Äpfel mit Birnen. Und drittens sollte man die nachlassenden Erfolgszahlen, die Erica Chenoweth konstatiert, nicht so leicht abtun, wie Becker das tut. In einer neuen Veröffentlichung schreibt sie den Niedergang zwar vor allem Problemen in den Widerstandsgruppen selbst zu; sie erwägt aber auch, dass autoritäre Regime

Die Angst vor einer atomaren Eskalation des Ukraine-Kriegs ist berechtigt, wird sie doch von der Russischen Föderation immer wieder gezielt geschürt

ihr Vorgehen verändert haben: „in the past decade authoritarian leaders have also established a savvy playbook by which to suppress domestic challengers“²⁰. Wenn man die Erfahrungen der letzten Jahre in Myanmar, Hongkong, Weißrussland und nun eben auch in der Ukraine zusammennimmt, dann wird man diese Erwägung sehr ernst nehmen müssen – ernster jedenfalls als diejenigen in der Friedensbewegung, die unter Rückgriff auf Chenoweth eine generelle Erfolgswahrscheinlichkeit gewaltfreien Widerstands herbeireden.

Der Autor



Friedrich Lohmann ist seit 2011 Professor für Evangelische Theologie mit dem Schwerpunkt Angewandte Ethik an der Universität der Bundeswehr München. Zuvor war er von 2008 bis 2011 als Professor für Systematische Theologie und Ethik an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin tätig. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift „zur sache bw“ sowie eines zweibändigen Handbuchs zur militärischen Berufsethik. Von 2016 bis 2019 war er Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Konsultationsprojekts

„Orientierungswissen zum gerechten Frieden“ an der FEST Heidelberg und ist weiter im daraus entstandenen Heidelberger Forum zur Friedensethik engagiert.

Das Argument der globalen und atomaren Eskalationsgefahr

Die Angst vor einer atomaren Eskalation des Ukraine-Kriegs ist berechtigt, wird sie doch von der Russischen Föderation immer wieder gezielt geschürt. Es verwundert daher nicht, wenn die Eskalationsgefahr weit über die Friedensbewegung hinaus als Grund angeführt wird, der Ukraine militärische Zurückhaltung und ein sofortiges Eintreten in Waffenstillstandsverhandlungen anzuempfehlen. So heißt es im Appell „Waffenstillstand jetzt!“, der am 29.6.2022 in der Wochenzeitung *Die Zeit* erschien: „Der Westen muss alles daransetzen, dass die Parteien zu einer zeitnahen Verhandlungslösung kommen. Sie allein kann einen jahrelangen Abnutzungskrieg mit seinen fatalen lokalen und globalen Folgen sowie eine militärische Eskalation, die bis zum Einsatz nuklearer Waffen gehen kann, verhindern.“²¹

Auch hier wird also, ganz im Sinne des Verantwortungspazifismus, mit den kurz- und langfristigen Folgen heutiger Handlungen argumentiert. Zur Bewertung dieses Arguments ist zunächst darauf hinzuweisen, dass Folgeabschätzungen notorisch unsicher sind. Gerade deshalb ist es ein guter ethischer Rat, bei ihnen der Vernunft und nicht spontanen Affekten Gehör zu geben. Wie wahrscheinlich ist es, bei Lichte besehen, dass die Russische Föderation den Ukraine-Konflikt auf eine ganz neue Ebene bringt und zur nuklearen Option greift? Die Frage muss mit dem Verlauf des Konflikts immer wieder neu gestellt und möglicherweise anders bewertet werden, wobei neben dem Diskurs der russischen Führung auch durch Satellitenaufklärung beobachtbare Vorgänge eine Rolle für die Bewertung spielen (siehe dazu auch den Beitrag von Peter Rudolf in dieser Ausgabe). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind sich Expertinnen und Experten weitgehend einig, dass diese Wahrscheinlichkeit sehr gering ist. Es wäre gerade nicht der „gesichtswahrende“ Ausgang des Konflikts für die Russische Föderation, den diejenigen, die im Westen für sofortige Verhandlungen plädieren, als Wunsch des Kreml imaginieren. China und Indien haben unmissverständlich signa-

lisiert, dass sie diesen Schritt verurteilen und entsprechende Konsequenzen ziehen würden. Es würde auch den russischen Interessen mit der Ukraine, seien sie nun Befreiung oder Bodenschätze, widersprechen, ukrainischen Boden für Jahrzehnte atomar zu verseuchen. Überdies würde die eigene Bevölkerung durch möglichen Fallout gefährdet.

Angesichts dieser – gegenwärtig – geringen Eintrittswahrscheinlichkeit des atomaren Szenarios ist es unangemessen, daraus ein ethisch gefordertes Nachgeben gegenüber der russischen Aggression abzuleiten, das sofortige Waffenstillstandsverhandlungen unvermeidlich implizieren würden. Das Argument „Abnutzungskrieg“ ist anders gelagert und erfordert eine eigene Betrachtung. Auch hier geht es um eine Folgenabschätzung, bei der sich die lokalen und globalen Konsequenzen der Entscheidung, die militärische Verteidigung der Ukraine fortzusetzen, und die Konsequenzen der Entscheidung, dem Aggressionsdrang der Russischen Föderation wie schon 2014 nachzugeben, gegenüberstehen. Diese Entscheidung haben die Ukrainerinnen und Ukrainer, aber auch diejenigen, die sie militärisch unterstützen, zu fällen. Würde ein Nachgeben die Region tatsächlich pazifizieren? Und wie würde es sich global auswirken auf andere Konfliktszenarien, in denen die regelbasierte Weltordnung auf dem Spiel steht? Auf beiden Ebenen entspricht ein Nachgeben nicht dem Leitbild eines nachhaltigen, gerechten Friedens. Der Kampf der Ukraine ist auch ein Kampf um Menschenrechte, und wer hier die Unterstützung aufgibt, muss sich fragen lassen, was ihm oder ihr die Idee der Menschenrechte überhaupt bedeutet.

Auch im Blick auf mögliche Eskalationen erscheinen die pazifistischen Argumente gegen ein Weiterführen der militärischen Verteidigung der Ukraine somit wenig überzeugend.

Zeitenwende in der Friedensethik?

Der Pazifismus als friedensethische Option steht angesichts der russischen Invasion der Ukraine unter Druck. Die gegen eine militärische Verteidigung der Ukraine vorgebrachten Argumente überzeugen nicht, und tatsächlich

gibt es in der Friedensbewegung inzwischen Stimmen, die das auch militärische Selbstverteidigungsrecht der Ukraine anerkennen und Waffenlieferungen befürworten. Impliziert das eine friedensethische Zeitenwende?

Die Rede von einer Wende suggeriert eine Änderung um 180 Grad. Eine solche Änderung des friedensethischen Diskurses kann ich nicht erkennen, und sie scheint mir auch nicht notwendig. Zum einen ist zu berücksichtigen, dass weite Teile der Friedensbewegung die oben beschriebene radikalpazifistische Extremposition schon vor der russischen Invasion aufgegeben hatten. Die Etablierung des Konzepts des „Just Policing“, das in pazifistischen Kreisen schon seit Jahrzehnten

Weiterhin wichtig bleibt das Insistieren darauf, dass immer nach möglichst gewaltfreien Optionen zu suchen ist, ebenso wie die Stärkung zivilgesellschaftlicher Friedensarbeit durch staatliche Unterstützung

im Gespräch ist und zum Beispiel auch von Margot Käßmann geteilt wird²², impliziert ein grundsätzliches Ja zu staatlicher Gewaltanwendung und lässt die Grenzen zur Rechtfertigung begrenzter militärischer Gewaltanwendung im Sinne der Lehre vom gerechten Krieg verschwimmen.²³ Zum anderen bleiben einige pazifistische Forderungen weiterhin wichtig: das Insistieren darauf, dass immer nach möglichst gewaltfreien Optionen zu suchen ist, ebenso wie die Stärkung zivilgesellschaftlicher Friedensarbeit durch staatliche Unterstützung.

Es ist sicher richtig, dass radikale pazifistische Forderungen wie die nach der Abschaffung der Bundeswehr durch die veränderte Sicherheitslage desavouiert wurden. Auch das Auseinanderdividieren einer „Friedenslogik“ und einer „Sicherheitslogik“²⁴ erscheint noch weniger überzeugend als zuvor. Dies sind aber immer schon friedensethische Randstimmen gewesen. Das Leitbild des gerechten Friedens, das in den beiden großen Kirchen Deutschlands und weit darüber hi-

naus Zustimmung gefunden hat, integriert unter dem Titel „rechtserhaltende Gewalt“ das Recht auf Selbstverteidigung und Menschenrechtsschutz mit militärischen Mitteln. Ihre Anwendung ist immer ein Übel, kann aber unter bestimmten Umständen – und die sind mit der russischen Invasion der Ukraine zweifellos gegeben – ethisch gerechtfertigt werden. Die darin bestehende Kontinuität zur traditionellen Lehre vom gerechten Krieg wurde oft übersehen, was aber nichts daran ändert, dass sie besteht. Insofern besteht mehr Anlass zu einer Akzentverschiebung in der Friedensethik als zu einer „Zeitenwende“. Viel wichtiger als solche Neujustierungen in der friedensethischen Reflexion ist gegenwärtig aber, dass alles dafür getan wird, um den vom Ukraine-Krieg betroffenen Menschen mit militärischen und humanitären Mitteln beizustehen, ohne dabei die Leitperspektive eines gerechten Friedens aus dem Auge zu verlieren.

- 1 <https://www.freiheit.org/de/krieg-europa-das-ende-des-pazifismus>; <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/ukraine-krieg-der-deutsche-lumpen-pazifismus-kolumne-a-77ea2788-e80f-4a51-838f-591843da8356>; <https://taz.de/Intellektuelle-zum-Krieg-in-der-Ukraine/15867320/> (Stand aller Internetquellen: 25.11.2022).
- 2 <https://www.forumzfd.de/de/warum-ich-auch-2022-pazifistin-geblieben-bin>.
- 3 So Hartmut Rosa: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bellizismus-und-der-ukraine-krieg-haltet-ein-a-7aa8cd9d-5fe3-4227-b14c-181407f0b9d0>.
- 4 So Nathalie Weidenfeld: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/ukrainekrieg-intellektuelle-kriegsbegeisterung-weidenfeld-1.5670106?reduced=true>.
- 5 York, Tripp und Barringer, Justin Bronson (Hg.) (2012): *A Faith Not Worth Fighting For: Addressing Commonly Asked Questions about Christian Non-violence*. Eugene OR.
- 6 <https://www.aeinstein.org/nonviolentaction/198-methods-of-nonviolent-action/>.
- 7 Kern, Kathleen (2009): *In Harm's Way: A History of Christian Peacemaker Teams*. Eugene OR.
- 8 „Es besteht Einvernehmen, dass wir das Recht der ukrainischen Bevölkerung auf militärische Verteidigung nicht in Frage stellen.“ So in Punkt 15 der Stellungnahme zum Ukraine-Krieg, die die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden am 24.9.2022 beschlossen hat. <https://friedensdienst.de/sites/default/files/Anhang/agdf-die-vermeidung-und-verminderung-von-gewalt-bleibt-unser-ziel-friedensverband-verabschiedet.pdf>.
- 9 <https://www.soziale-verteidigung.de/artikel/ziviler-widerstand-gegen-krieg-ukraine>, unter Hinweis auf eine CNN-Reportage vom 27.8.2022: <https://edition.cnn.com/2022/08/27/politics/russia-ukraine-resistance-warfare/index.html>.
- 10 Zu diesen Selbstwidersprüchen vgl. Lohmann, Friedrich (2018): *Myth and Reality: Pacifism's Discourse on Violence Revisited*. In: *Studies in Christian Ethics* 31, S. 186–200 (doi: 10.1177/0953946817749092).
- 11 <https://www.friedenskooperative.de/aktion/dezentraler-aktionstag-am-19-november>.
- 12 Weber, Max (1920; 2012): *Religion und Gesellschaft*. Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. Darmstadt, S. 541.
- 13 <https://www.mennoniten.de/wp-content/uploads/2022/03/AMG-Ko%CC%88nnten-wir-doch-ho%CC%88ren-Ukraine.pdf>.
- 14 Schmidt, Helmut (1976; 1980): *Gesinnungsethik oder Verantwortungsethik*. In: Reinhard Gramm u. Peter H. Blaschke (Hg.): *Ernstfall Frieden*. Christsein in der Bundeswehr. Stuttgart/Berlin, S. 203–204.
- 15 Schweitzer, Christine (2000): *Pazifismus heute*. <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/pazifismus-heute>.
- 16 Freise, Josef u. a. (2022): „Die Perspektive des Evangeliums fehlt“. Stellungnahme zur Erklärung der deutschen Kommission „Justitia et Pax“ zum Krieg gegen die Ukraine vom 26. März 2022, S. 2. https://www.academia.edu/75126591/_Die_Perspektive_des_Evangeliums_fehlt_.
- 17 Chenoweth, Erica/Stephan, Maria J. (2011): *Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict*. New York, S. 7.
- 18 Dudouet: <https://taz.de/Friedensforscherin-ueber-den-Ukrainekrieg/15846168/>. Becker: <https://zeitzeichen.net/node/9624>. Beide Beiträge wurden in

den ersten Wochen nach der russischen Invasion publiziert. In einem später, am 2.11.2022, veröffentlichten Interview stimmt Becker den Waffenlieferungen an die Ukraine zu: „Ich persönlich bin für diese Waffenlieferungen. Ich glaube, dass es jetzt, wo der Krieg begonnen hat – was man hätte verhindern können – tatsächlich sinnvoll ist, Präsident Putin dieses Zeichen der Stärke entgegenzusetzen.“ <https://www.evangelisch.de/inhalte/207683/02-11-2022/friedensethiker-becker-raet-wir-muessen-raus-aus-eskalationsdynamik>.
19 <https://zeitzeichen.net/node/9624>.
20 Chenoweth, Erica (2021): *Civil Resistance: What Everyone Needs to Know*[®]. Oxford/New York, S. 233.
21 <https://www.zeit.de/2022/27/ukraine-krieg-frieden-waffenstillstand>.
22 Vgl. Käßmann, Margot (2015): Plädoyer für eine Prima Ratio. In: Margot Käßmann/Konstantin Wecker (Hg.): *Entrüstet Euch! Warum Pazifismus für uns das Gebot der Stunde bleibt. Texte zum Frieden*. Gütersloh, S. 85–108, 103: „Wir können uns aber positiv für eine internationale Friedenstruppe einsetzen, die nur von den Vereinten Nationen legitimiert sein kann. So kann dieser schmale Korridor legitimierbarer Gewalt um des Aufbaus von Frieden und der Verteidigung der Menschenrechte willen im Sinne der Friedensdenkschrift der EKD aus dem Jahr 2007 aussehen.“
23 Werkner, Ines-Jacqueline (2017): *Militärische versus polizeiliche Gewalt. Aktuelle Entwicklungen und Folgen für internationale Friedensmissionen*. Wiesbaden; Lohmann, Friedrich (2018), s. Endnote 10.
24 Informationsstelle Wissenschaft und Frieden in Zusammenarbeit mit der Plattform Zivile Krisenprävention (Hg.) (2014): *Friedenslogik statt Sicherheitslogik. Theoretische Grundlagen und friedenspolitische Realisierung*. Wissenschaft und Frieden, Dossier 75.

KÄMPFEN KÖNNEN, UM NICHT KÄMPFEN ZU MÜSSEN – ALTES MOTTO BRANDAKTUELL?!

Autor: Eberhard Zorn

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat eine Zeitenwende in allen Lebensbereichen ausgelöst. Das entsetzliche Leid der Zivilbevölkerung zwingt Millionen von Menschen, ihre Heimat zu verlassen und Zuflucht vor allem in europäischen Partnerländern zu suchen. Die Brutalität der russischen Kriegsführung hat schwerwiegende Folgen für die internationale Ordnung, die in Europa über Jahrzehnte für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand gesorgt hat. Selbst vor der Drohung mit Nuklearwaffen schreckt der russische Präsident Wladimir Putin nicht mehr zurück.¹ Unterbrechungen der Energie- und Nahrungsmittelversorgung sowie die Turbulenzen in der Wirtschaft und auf den Finanzmärkten zeigen die Verwundbarkeit unserer globalisierten Welt.

Auch wenn Deutschland trotz umfangreicher ziviler wie militärischer Unterstützungsleistungen für die Ukraine *de jure* keine Kriegspartei ist, sind wir also *de facto* direkt von den Auswirkungen betroffen.

Mit dem Krieg in der Ukraine erlebt unsere Gesellschaft nach den Anschlägen vom 11. September 2001 die zweite globale sicherheitspolitische Zäsur des 21. Jahrhunderts. Bundeskanzler Scholz prägte in seiner Regierungserklärung am 27. Februar für die Dimension des russischen Angriffs auf die Ukraine und dessen Auswirkungen auf die europäische Friedensordnung den Begriff der „Zeitenwende“. In ähnlicher Manier bezeichnete Bundespräsident Steinmeier in seiner Rede vom 28. Oktober 2022 den 24. Februar dieses Jahres als einen „Epochenbruch“.²

Angesichts der Bilder von Gewalt und Zerstörung in der Ukraine, anschwellender Flüchtlingsströme und anderer bereits angesprochener Auswirkungen sowie der Sorge vor einer nuklearen Eskalation folgert er aus meiner Sicht zutreffend, dass uns dieser Krieg in „eine andere Zeit, in eine überwunden geglaubte Unsicherheit gestürzt hat“. Der katholische Militärbischof Dr. Overbeck sprach im Zusammenhang mit der Verteidigung der Ukraine gegen den russischen Aggressor treffend von der Verteidigung des Rechts gegen das Recht des Stärkeren.³

Abstract

Der russische Angriff auf die Ukraine mit seinen verheerenden lokalen und globalen Folgen wird zu Recht als „Zeitenwende“ bezeichnet. In militärischer Terminologie entspricht dies einer „grundlegenden Lageänderung“: Nach den durch Auslandseinsätze geprägten zurückliegenden 20 Jahren erfordert Landes- und Bündnisverteidigung als Kernauftrag der Bundeswehr die Wiederherstellung ihrer vollen Einsatzbereitschaft in allen Bereichen – unter besonderer Berücksichtigung des Einsatzwertes, der vermeintlich weiche Faktoren einschließt. Schon in der Zeit des Kalten Kriegs waren der innere Zustand und die Moral entscheidend für die Glaubwürdigkeit der Abschreckung. Die Innere Führung wurde auf Grundlage der Erkenntnis konzipiert, dass höchste militärische Schlagkraft gerade durch konsequente Bindung der Streitkräfte an die freiheitlich demokratische Grundordnung sowie durch die Ausrichtung des moralischen Kompasses an Rechtsordnung und Menschenbild des Grundgesetzes erzielt wird. Vor dem Hintergrund der russischen Kriegsführung und des erfolgreichen Verteidigungskampfs der Ukraine zeigt sich mit aller Deutlichkeit der Wert dieser am „Dienen wofür“ orientierten Organisations- und Führungsphilosophie. Ihre Weiterentwicklung beinhaltet zugleich eine Rückbesinnung auf Kernkriterien wie Praxisnähe und Verständlichkeit, Führen durch Vertrauen und Vorbildhaftigkeit sowie die Bedeutung soldatischer Erziehung. Unter anderem die bewusste Auseinandersetzung mit den Härten des Dienstes, ein umfassender Persönlichkeitsbildungsansatz zur Erhöhung der Handlungssicherheit und Resilienz, entsprechende sanitätsdienstliche und seelsorgerische Betreuung sowie ein starker gesellschaftlicher Rückhalt bilden Voraussetzungen einer glaubwürdigen Konfliktfähigkeit und Wehrhaftigkeit. „Kämpfen können und wollen, um nicht kämpfen zu müssen“: Der abgewandelte Leitspruch aus dem Kalten Krieg bringt das Festhalten an Bewährtem bei gleichzeitiger Neujustierung zum Ausdruck.

Daraus schließt Bundespräsident Steinmeier, dass die Friedensdividende nach dem Fall des Eisernen Vorhangs aufgezehrt sei und auf Deutschland härtere Jahre mit Gegenwind zukämen. Deutschland müsse konfliktfähig werden, nicht im Sinne von Kriegstreiberei, sondern von Widerstandsgeist und Widerstandskraft. Hierzu gehöre zuallererst eine starke und gut ausgestattete Bundeswehr.⁴

Folgen der „Zeitenwende“ für die Bundeswehr

Diese Forderung trifft den Kern meiner eigenen Lagebeurteilung. Sie entspricht in militärischer Terminologie einer „grundlegenden Lageänderung“ und der damit verbundenen Feststellung eines Handlungsbedarfs. Wir können uns in unseren offenen demokratischen Gesellschaften nicht mehr auf die allgemeine Anerkennung einer regelbasierten internationalen Ordnung verlassen. Genau auf diese Bedrohungslage muss die Bundeswehr sich einstellen und dafür in jeder Hinsicht vorbereitet sein. Die Landes- und Bündnisverteidigung ist wieder zu ihrer Hauptaufgabe geworden. Für die Erfüllung dieses Kernauftrags benötigt die Bundeswehr einsatzbereite und vollausgestattete Verbände zu Lande, in der Luft und auf See, eine zuverlässige und bruchfreie logistische und sanitätsdienstliche Versorgung sowie Fähigkeiten zur Abschreckung und Verteidigung im Cyber- und Informationsraum. Mein Ziel ist daher die umgehende Wiederherstellung der vollen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr in allen Bereichen. Neben dem gemäß der militärischen Terminologie in konkrete Zielgrößen wie Fahrzeuge, Waffen und Großgerät gefassten Leistungsvermögen habe ich vor allem auch die Erhöhung des Einsatzwerts im Blick. Der Begriff Einsatzwert bezeichnet die Eignung einer Einheit bzw. eines Verbandes für einen konkreten Auftrag und schließt dabei explizit vermeintlich weiche Faktoren wie die Moral der Truppe und den Stand der Ausbildung mit ein. Militärisch stellt sich zusätzlich die Frage nach der Renaissance des vom vormaligen Generalinspekteur General Ulrich de Maizière so

prägnant formulierten Leitspruchs „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“.⁵

Deutschland hatte bereits nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland 2014 mit dem Weißbuch 2016 sowie mit der Konzeption der Bundeswehr von 2018 auf die sicherheitspolitischen Entwicklungen reagiert und damit begonnen, die Bundeswehr wieder auf den Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung auszurichten. Als Konsequenz daraus wurde die Bundeswehr seither zu einem wesentlichen Truppensteller für die schnelle Eingreiftruppe der NATO und Rahmennation für die enhanced Forward Presence in Litauen.

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine hat die Rolle der Bundeswehr für den Schutz der NATO-Ostflanke weiter an Bedeutung gewonnen. Wir haben unsere Ein-

Neben dem gemäß der militärischen Terminologie in konkrete Zielgrößen wie Fahrzeuge, Waffen und Großgerät gefassten Leistungsvermögen habe ich vor allem auch die Erhöhung des Einsatzwerts im Blick

satzbereitschaft und unsere Verlässlichkeit als Bündnispartner durch Sofortmaßnahmen wie unter anderem die Verstärkung unserer Battlegroup in Litauen, die Unterstützung des Aufbaus der neuen Battlegroup in der Slowakei, Beiträge zum Air Policing und die Entsendung von Marineeinheiten in die Ostsee eindrucksvoll unter Beweis gestellt. In den kommenden Jahren werden sich die von Deutschland vorzuhaltenden Kräftebeiträge für die NATO in allen Dimensionen noch einmal deutlich ausweiten.

Die langjährige Fokussierung auf Auslandseinsätze mit mandatierten Einsatzkontingenten und einem geplanten Kontingentrhythmus tritt in den Hintergrund. Gleichwohl dürfen wir die Erfahrungen im Rahmen des internationalen Krisenmanagements nicht ausblenden. Denn die Soldatinnen und Soldaten haben in den vergangenen und andauernden Einsätzen auch gezeigt, was es bedeutet, im Gefecht zu bestehen. Die Fokussierung auf den Kernauf-

trag der Landes- und Bündnisverteidigung bedeutet für die gesamte Bundeswehr aber auch, dass es keine strikte Trennung zwischen Einsatzgebiet und Heimatland mehr geben kann. Es kann jederzeit losgehen.

Die erforderlichen Weichenstellungen bei der materiellen Ausstattung hat die Bundesregierung mit dem Sondervermögen vorge-

Die materielle Vollausrüstung ist nur eine Facette der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr

nommen. Das Ziel einer vollausrüsteten Bundeswehr wird allerdings noch Jahre in Anspruch nehmen und bedarf einer verlässlichen Finanzlinie in zukünftigen Verteidigungshaushalten. Die materielle Vollausrüstung ist aber nur eine Facette der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Gerade inmitten der Zeitenwende ist es mir besonders wichtig, funktionale Strukturen zu schaffen und die personelle Einsatzbereitschaft zu stärken.

Neben einem robusten und demografiefesten Personalkörper rückt die Frage nach der mentalen Einsatzbereitschaft im Sinne der vom Bundespräsidenten geforderten Widerstandskraft in den Mittelpunkt. Übersetzt für die Bundeswehr geht es also um die Frage nach dem richtigen Mindset, um im Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung bestehen zu können.

Innere Führung und „Kalter Krieg“ – ein Rückblick

Können wir neben den Einsatzerfahrungen der vergangenen Jahre dabei auch aus dem Kalten Krieg und der Zeit des Eisernen Vorhangs in Europa Schlussfolgerungen für die Bundeswehr von heute ziehen? Aus meiner Sicht wäre es fahrlässig, bei der Bewertung des Kriegs in der Ukraine den Blick zurück in die Zeit der Konfrontation mit der damaligen Sowjetunion und dem Warschauer Pakt zu vernachlässigen. Allerdings sind dabei immer auch die spezifischen Rahmenbedingungen

zu berücksichtigen, um Erkenntnisse von damals auf das Heute übertragen zu können.

Als ich 1978 in die Bundeswehr eintrat, war der Ernstfall eher das Manöver. Krieg war in Europa im Wesentlichen Gegenstand von Planspielen und nicht grausame Realität wie heute in der Ukraine. Deutschland war potenzieller Frontstaat zwischen den beiden Militärbündnissen NATO und Warschauer Pakt. Die nukleare Komponente spielte bei allen Verteidigungsplanungen eine große Rolle und damit die Apokalypse der totalen Vernichtung aller Lebensgrundlagen. Die Bundeswehr bildete das hoch mechanisierte Kernstück der konventionellen Bündnisverteidigung in Mitteleuropa. Sie war aber letztlich weniger eine Einsatz- als eine Ausbildungsarmee, welche über die kontinuierliche Ausbildung von Grundwehrdienstleistenden und Reservisten die personelle Aufwuchsfähigkeit für den Spannungs- und Verteidigungsfall sicherstellte. Planen, Ausbilden und Üben für den Ernstfall bestimmten das Denken und Handeln in der Truppe. Der Leitspruch „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“ wurde zum Leitmotiv der Abschreckung und prägte das Mindset der Bundeswehr für Jahrzehnte.⁶

Damals schon war der „innere“ Zustand der Streitkräfte im Sinne der Frage nach dem „Dienen wofür“ und der Motivation für den Auftrag ein entscheidender Faktor für die Glaubwürdigkeit der Abschreckung. Denn die sich daraus ableitende „Moral der Truppe“ oder, in militärischer Terminologie, deren Bedeutung für den Einsatzwert für den Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung waren ein wesentlicher Qualitätsfaktor und zentrales Element einer wirkungsvollen Abschreckung. Dieser Erkenntnis lagen auch die Überlegungen der geistigen Köpfe der Inneren Führung als der Organisations- und Führungsphilosophie der Bundeswehr seit ihrer Aufstellung im Jahre 1955 zugrunde. Aus den Lehren der eigenen Geschichte schlussfolgerten insbesondere die ehemaligen Wehrmachtsoffiziere und späteren Bundeswehrgenerale Graf von Baudissin und Graf von Kielmansegg, dass die Bundeswehr als Armee in der Demokratie nur dann zu einem Instrument von „höchster Schlagkraft“ würde, wenn in ihr Recht und Freiheit erlebbar

und das Handeln jedes Soldaten unabhängig vom Dienstgrad rechtlich und moralisch gebunden sei. Die Innere Führung – als „geistiges Rüstzeug und zeitgemäße Menschenführung“ – war Voraussetzung dieser Schlagkraft.⁷

Mit der Inneren Führung war also bereits im Kalten Krieg der konzeptionelle Rahmen für die Einbettung der Bundeswehr in die Gesellschaft, deren Bindung an die freiheitlich demokratische Grundordnung und das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform gesteckt. Jeder Soldat sollte diese Prinzipien im Dienst erleben – seine staatsbürgerlichen Rechte genauso wie seine Pflichten – und sich der Grenzen für das eigene Handeln und damit auch der Grenzen von Gehorsam bewusst sein. Mit der Inneren Führung war so seit den Anfängen der Bundeswehr nicht nur die enge Verbindung zwischen militärischer Schlagkraft, sprich: Einsatzwert, und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung angelegt, sondern auch der moralische Kompass für jeden Soldaten an der im Grundgesetz vorgegebenen Rechtsordnung und dem daraus abgeleiteten Menschenbild ausgerichtet.

Dass trotz dieses klaren Bekenntnisses zur Inneren Führung das Konzept seit seinen Anfängen immer wieder teilweise heftiger Kritik ausgesetzt war, hing wesentlich mit der Frage zusammen, wie sich die Organisations- und Führungsphilosophie tatsächlich in der Praxis auswirkte. Die Kritiker bewerteten die Innere Führung als zu theoretisch und abstrakt. Die 1970er-Jahre stellten dann eine Phase der Entpolarisierung in der Diskussion über die Innere Führung dar. Im Jahresbericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages von 1979 heißt es daher, dass die Innere Führung von den Soldaten angenommen worden sei. Dieser Zustand hielt über die kommenden Jahre an. Trotz der gesellschaftlich kontrovers geführten Diskussionen um den NATO-Doppelbeschluss änderte sich dies auch nicht grundlegend.

Nach dem Ende des Kalten Krieges, der Wiedervereinigung Deutschlands und der daraus resultierenden Friedensdividende rückte für die Bundeswehr der Auftrag zur Landes- und Bündnisverteidigung zunehmend in den Hintergrund. Sie wurde personell immer kleiner und die bestimmenden Aufträge lagen fortan

für mehr als zwei Jahrzehnte in den Auslandseinsätzen. Die Sicherheit Deutschlands, so der damalige Verteidigungsminister Struck, werde auch am Hindukusch verteidigt.⁸ Dies war zweifelsohne keine einfache Antwort auf die Frage nach dem Sinn des soldatischen Dienstes nach 1990, sowohl für die Soldatinnen und Soldaten selbst als auch für die Gesellschaft. Für das neue Aufgabenspektrum der Auslandseinsätze im Rahmen des Internationalen Krisenmanagements, in dem die Soldatinnen und Soldaten vor allem in Afghanistan zunehmend auch in Kampfhandlungen verwickelt wurden, galt nunmehr das Leitmotiv „Kämpfen können, um zu bestehen“.⁹ Dieses Verständnis der Auftragserfüllung und Bewährung im Einsatz unter realer Gefahr für das eigene Leben hatte sich auch nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland und der daraus resultierenden Rückbesinnung auf den Auftrag zur Landes- und Bündnisverteidigung nicht konsequent genug verändert – bis zum 24. Februar 2022.

Wertegebundene „Kampfmoral“

Mit diesem Datum verbindet sich der Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Es stellen sich hierbei zwangsläufig Fragen nach „Einsatz-Moral“ und Verantwortung sowie nach militärischer Führung auf Seiten der russischen Angreifer. Systemische Defizite in den russischen Streitkräften, etwa im Umgang mit Wehrpflichtigen, waren schon vor dem Krieg in der Ukraine bekannt. Ebenso konnte man das brutale Vorgehen russischer Einheiten und das Fehlen einer moralischen Sensorik für deren Handeln bereits in früheren Kriegen in Tschetschenien oder zuletzt in Syrien beobachten. Dass die ukrainischen Streitkräfte so erfolgreich und sogar offensiv gegen die russischen Invasoren kämpften, hat zweifelsohne ebenfalls mit dem besagten Faktor „Kampfmoral“ zu tun. Während die russischen Soldaten in diesem verlustreichen Krieg offensichtlich nicht wirklich wissen, wofür sie kämpfen, ist bei den ukrainischen Soldaten die Verteidigung ihres Landes und ihrer existenziellen Lebensgrundlagen

Hauptmotivation für ihren tapfer geführten Kampf. Hinzu kommt noch, dass auf russischer Seite Misstrauen auf allen Ebenen vorzuherrschen scheint.¹⁰ Welche Bedeutung die Moral von Streitkräften für Erfolg oder Misserfolg auf dem Gefechtsfeld hat, zeigt uns dieser Krieg daher ebenso unmissverständlich.

Wohin zudem militärisches Handeln führen kann, wenn wertegebundene Führung fehlt und Misstrauen vorherrscht, zeigen uns die

Wohin militärisches Handeln führen kann, wenn wertegebundene Führung fehlt und Misstrauen vorherrscht, zeigen uns die Berichte über Kriegsverbrechen russischer Soldaten in der Ukraine

Berichte über Kriegsverbrechen russischer Soldaten in der Ukraine, die den Vorstellungen unseres Leitbildes vom Staatsbürger in Uniform diametral entgegenstehen.

Für die Bundeswehr macht dieser Krieg auch im Rückblick auf die eigenen Erfahrungen aus dem Kalten Krieg und den Auslandseinsätzen daher zwei wesentliche Aspekte mit Blick auf Organisation und Personal deutlich. Erstens haben das Konzept der Inneren Führung und der auf unsere freiheitlich demokratische Grundordnung ausgerichtete moralische Kompass unverändert Gültigkeit. Zweitens hat uns der Krieg in der Ukraine bestätigt, dass wir gut beraten sind, in die „geistige Rüstung“ unserer Soldatinnen und Soldaten zu investieren. Daraus ergeben sich die Rahmenbedingungen, in denen die Bundeswehr in den kommenden Jahren konsequent auf das „Mindset Landes- und Bündnisverteidigung“

Der Autor



Eberhard Zorn ist Generalinspekteur der Bundeswehr. Er trat im Jahr 1978 an der Artillerieschule Idar-Oberstein in die Bundeswehr ein und studierte Wirtschafts- und Organisationswissenschaften an der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg. Vor seiner Ernennung zum Generalinspekteur war er unter anderem Leiter der Abteilung Personal (2017 bis 2018) und Leiter der Abteilung Führung Streitkräfte (2015 bis 2017) im Bundesministerium der Verteidigung sowie Kommandeur der Division Schnelle Kräfte (2014 bis 2015) in Stadtallendorf.

ausgerichtet werden muss mit dem erklärten Ziel, die Einsatzbereitschaft insgesamt durch einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung des Einsatzwertes der Truppe zu stärken.

Zur Erhöhung des Einsatzwertes ist es erforderlich, dass sich die Bundeswehr mit ihrer vom Kalten Krieg bis heute insgesamt bewährten Organisations- und Führungsphilosophie zum einen stärker an den aktuellen gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen ausrichtet. Zum anderen erfordert dies gleichzeitig auch eine Rückbesinnung auf den Kern der Zielsetzung der Inneren Führung – die militärisch höchste Schlagkraft wertegebundener Streitkräfte. Meine Vorgabe für diese Weiterentwicklung der Inneren Führung ist daher das Festhalten an und gleichzeitig die Neujustierung von Bewährtem. Nur so werden die Bundeswehr und ihre Soldatinnen und Soldaten in ihrem Selbstverständnis nicht nur resilienter gegen bereits existente hybride Bedrohungen wie Desinformation oder andere Formen der Machtprojektion sein. Sie werden auch nur dann in der Lage sein, kaltstartfähig und robust militärischen Bedrohungen im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung erfolgreich zu begegnen.

Hierzu bedarf es auch einer Rückbesinnung auf die eigene militärische Tradition. Diese ist als bewusste Auseinandersetzung mit der Vergangenheit fester Bestandteil des werteorientierten Selbstverständnisses der Bundeswehr. Zur eigenen Tradition zählt insbesondere, dass sich die Bundeswehr im Kalten Krieg als Abschreckungsarmee bewährt und ihren Beitrag im NATO-Bündnis zum Fall des Eisernen Vorhangs geleistet hat. Aber auch die Auftrags Erfüllung im Internationalen Krisenmanagement – einschließlich der Kampferfahrungen und des Gedenkens an die Gefallenen – gehört zum Selbstbild und zur Tradition der Bundeswehr.

Weiterentwicklung der Inneren Führung

Anknüpfend an die kritischen Stimmen zur Inneren Führung während des Kalten Krieges kommt deren Praxistauglichkeit auch unter den heutigen Rahmenbedingungen zentrale

Bedeutung zu. Das heißt, dass Innere Führung nicht abstrakt sein darf, sondern verständlich und praxisnah den Sinn und die Bedingungen des militärischen Dienstes erklären und erlebbar machen muss. In der Vermittlung und Anwendung dürfen Aspekte wie Führen mit Auftrag nicht durch Mikromanagement, Misstrauen und mangelnde Fehlertoleranz konterkariert werden. Gleiches gilt für Aufrichtigkeit und konstruktive Kritik als Teil des Selbstverständnisses vom mündigen Staatsbürger in Uniform.

Diese Weiterentwicklung und zugleich Rückbesinnung setzt vor allem eine gute Führung durch militärische Vorgesetzte voraus, die durch persönliches Vorbild überzeugen, Vertrauen schaffen, die Übernahme von Verantwortung einfordern und zugleich Entscheidungsfreude und Risikobereitschaft – oder anders ausgedrückt „Agilität“ – zeigen.

Das sind zwar keine neuen Kriterien für gutes Führen, aber ihre Gewichtung ist wieder zentral. Militärische Vorgesetzte müssen heute wieder die ihnen unterstellten Soldatinnen und Soldaten auf die Realitäten eines großen militärischen Konfliktes mit einem Gegner wie Russland vorbereiten. Die erforderliche Bereitschaft, sich in Situationen zu begeben, wie wir sie durch den Krieg in der Ukraine vor Augen geführt bekommen, beinhaltet vor dem Hintergrund der vermeintlichen Sicherheit vor existenziellen Gefahren im Alltag unserer Gesellschaft eine bewusste Auseinandersetzung mit persönlichen Härten. Die Befähigung zum Kampf im hoch intensiven Gefecht und die Bereitschaft zur Inkaufnahme von Härten und Entbehrungen rücken als Forderung an alle Soldatinnen und Soldaten in den Vordergrund. Der Begriff des Dienens erhält damit ein klares „Preisschild“.

Alle militärischen Vorgesetzten sind deshalb gefordert, auf diese spezifischen Anforderungen des soldatischen Dienstes einzugehen und Disziplin sowie Auftragserfüllung auch bei Kampfhandlungen, wie wir sie in der Ukraine sehen, sicherzustellen. Der soldatischen Erziehung kommt daher neben dem Führen und Ausbilden eine umso wichtigere Bedeutung zu. Die in Baudissins Worten „geistige Rüstung“ des Soldaten ist mit

der Inneren Führung zwar richtungsweisend vorgezeichnet, sie bedarf aber der konkreten und vor allem kontinuierlichen Ausgestaltung und praxistauglichen Umsetzung. Das ist ein ständiger Auftrag an alle militärischen Vorgesetzten.

Mit Blick auf unseren Anspruch an den Staatsbürger in Uniform sowie das „Mindset Landes- und Bündnisverteidigung“ gilt es, die Handlungssicherheit aller Bundeswehrangehörigen unter den gegebenen Rahmenbedingungen zu erhöhen. Dazu ist ein Verständnis von Persönlichkeitsbildung als einem lebenslang andauernden Lern- und Qualifizierungs-

Die Befähigung zum Kampf im hoch intensiven Gefecht und die Bereitschaft zur Inkaufnahme von Härten und Entbehrungen rücken als Forderung an alle Soldatinnen und Soldaten in den Vordergrund

prozess in allen Ausbildungsvorhaben so umzusetzen, dass eine gewissen geleitete Entscheidungskompetenz gefördert wird. Diese Art umfassender Bildung, die mit einem gestärkten ethischen Bezug über das bisherige Verständnis von Politischer Bildung in der Bundeswehr deutlich hinausreicht, ist nicht nur Gegenmittel gegen gravierendes und oft menschenverachtendes Fehlverhalten, wie wir es im Ukraine-Krieg vor allem auf russischer Seite immer wieder beobachten müssen. Vielmehr hat dieser umfassendere Bildungsansatz auch eine Schutzwirkung vor Überlastung und Überforderung in Ausnahmesituationen. Persönlichkeitsbildung schafft somit mehr Handlungssicherheit.

In diesem Zusammenhang gewinnen zudem die sanitätsdienstliche und militärseelsorgerische Betreuung der Soldatinnen und Soldaten in Einsatzszenaren weiter an Bedeutung. Gleiches gilt für die Betreuung von Familienangehörigen und Kindern in der neuen Übungs- und Einsatzrealität. Kurze Vorwarn- und Verlegezeiten stellen uns in der Fläche vor neue Herausforderungen bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Dienst und der Fürsorgeverpflichtung des Dienst-

herrn. Die bisherigen Betreuungskonzepte, zum Beispiel für Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen, sowie die Familienbetreuungsorganisation stammen großteils aus Zeiten des Internationalen Krisenmanagements und müssen daher flexibler und skalierbarer ausgerichtet werden. Das „Mindset Landes- und Bündnisverteidigung“ muss auch hier von allen Beteiligten gelebt und verinnerlicht werden.

Schließlich kommt dem Faktor Kohäsion in allen diesen Überlegungen eine gewichtige Rolle zu – und das nicht nur im Hinblick auf die Strukturen in der Bundeswehr. Es ist keine neue Erkenntnis aus dem Ukraine-Krieg, dass der Zusammenhalt in der „kleinen Kampfgemeinschaft“ entscheidend für den Einsatzwert von Streitkräften ist. Ein derartiger Zusammenhalt und die Bewährung in Extremsituationen setzt gegenseitiges Vertrauen voraus. Insofern ist das Erleben des erfolgreichen Bestehens belastender Situationen ein entscheidender Faktor für Kohäsion in der Truppe. Aber nicht nur horizontale Kohäsion in der „kleinen Kampfgemeinschaft“ ist wichtig. Genauso bedeutend ist die vertikale Kohäsion über die Hierarchieebenen hinweg. Führen mit Auftrag kann nur auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens von Vorgesetzten und Untergebenen gelingen. Das gilt für die Einheits- und Verbandsebene genauso wie für die Organisationsbereiche und das Bundesministerium der Verteidigung.

Mit Blick zurück auf den Kalten Krieg war das erfolgreiche Bestehen auf dem Gefechtsfeld das Ziel „kriegsnahe Ausbildung“, die sich vorrangig an den Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg orientierte.¹¹ Heute ist die Ausbildung und Erziehung in der Bundeswehr realitätsnah dahingehend auszurichten, dass ein Szenario wie der Ukraine-Krieg mit all seinen Facetten erfolgreich bewältigt werden kann. Das wird sich in den kommenden Jahren in Ausbildung und Übungen im nationalen wie multinationalen Rahmen widerspiegeln müssen. Gleichzeitig ist damit aber nicht eine vollständige Abkehr von den bisherigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr, die parallel weiter andauern, zu verstehen.

Das „Wollen“ als zentrales Element für glaubwürdige Abschreckung

Die Kohäsion zwischen der Gesellschaft und der Bundeswehr ist ein ebenso wichtiger Faktor in der Frage ihres Einsatzwertes. Anders als im Kalten Krieg existieren heute nicht mehr die gesellschaftlichen Bande der Wehrpflicht. Allerdings sind seit dem Ukraine-Krieg die Zustimmungswerte für die Bundeswehr stark gestiegen. Die allgemeine Bereitschaft zur Bündnissolidarität und auch zu Investitionen in eine einsatzbereite Bundeswehr ist derzeit auf einem neuen Höchststand angelangt.¹²

Diese große Zustimmung ist zweifelsohne wichtig für die Soldatinnen und Soldaten, um von ihrem Auftrag zur Verteidigung des Rechts und der Freiheit Deutschlands überzeugt zu sein und dafür die Härten des soldatischen Dienstes zu tragen. Insofern teile ich die Einschätzung von Bundespräsident Steinmeier ausdrücklich, dass unsere „Gesellschaft eine starke Bundeswehr braucht – aber die Bundeswehr auch eine Gesellschaft braucht, die ihr den Rücken stärkt“¹³. Dieses Verständnis von Wehrhaftigkeit in unserer Gesellschaft muss meiner Meinung nach angesichts der bewussten Verletzung der internationalen Rechtsordnung durch Russland nicht zwingend eine neue Spirale der Eskalation des Militärischen zur Folge haben. Glaubwürdige Abschreckung einer einsatzbereiten Bundeswehr im Verständnis des „Kämpfen-Könnens und -Wollens, um nicht kämpfen zu müssen“ steht dem ausdrücklich nicht entgegen.

Damit beantworte ich auch die Eingangsfrage, ob das Motto des Kalten Krieges heute noch Bestand hat: Ja! Es hat dann Bestand, wenn wir neben dem „Kämpfen können“ auch den soldatischen Willen und die gesellschaftliche Bereitschaft zur Verteidigung unserer Werte und unserer Sicherheit fassen. Dass dies gelingt, hängt auch davon ab, dass wir unseren Prinzipien und unserer moralischen Bindung an unsere freiheitlich demokratische Grundordnung und Internationales Recht treu bleiben. Die Innere Führung war und ist dafür das richtige Konzept. Sie in die Praxis umzusetzen und zu leben, ist und bleibt Aufgabe für alle Angehörigen der Bundeswehr.

-
- 1 Scholz, Olaf (2022): OFFENER UND KLARER AUSTAUSCH. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/olaf-scholz-erklaert-seine-china-reise-offener-und-klarere-austausch-18431634.html> (Stand: 10.11.2022)
- 2 Steinmeier, Frank-Walter (2022): Alles stärken, was uns verbindet. <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2022/10/221028-Alles-staerken-was-uns-verbindet.html> (Stand: 10.11.2022)
- 3 Dr. Overbeck, Franz-Josef (2022): Bischof Overbeck: Ukraine das Recht auf Widerstand nicht absprechen. <https://www.katholisch.de/artikel/39791-bischof-overbeck-ukraine-das-recht-auf-widerstand-nicht-absprechen> (Stand: 10.11.2022)
- 4 Vgl. Steinmeier, Frank-Walter (2022), s. Endnote 2.
- 5 Vgl. u. a. Löser, Jochen und von Horn, Alphart (1990): Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen. Menschenführung zwischen Frust und Lust. München, S. 16.
- 6 Vgl. u. a. Löser, Jochen und von Horn, Alphart (1990), s. Endnote 5, S. 16.
- 7 Vgl. Handbuch Innere Führung: Hilfen zur Klärung der Begriffe / hrsg. vom Bundesministerium für Verteidigung, Führungsstab der Bundeswehr-B. - Bonn, 1957, S. 169.
- 8 Struck, Dr. Peter (2002): Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Peter Struck, zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan vor dem Deutschen Bundestag am 20. Dezember 2002 in Berlin. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-des-bundesministers-der-verteidigung-dr-peter-struck--784328> (Stand: 10.11.2022)
- 9 Zorn, Eberhard (2021): Wofür braucht Deutschland Soldaten? Wofür töten, wofür sterben?. In: Maurer, Jochen und Rink, Martin (Hg.): Einsatz ohne Krieg? Die Bundeswehr nach 1990 zwischen politischem Auftrag und militärischer Wirklichkeit. Militärgeschichte, Sozialwissenschaften, Zeitzeugen. Göttingen, S. 406.
- 10 Freidel, Morten (2022): Russische Masse gegen ukrainische Präzision. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-krieg-russische-masse-gegen-ukrainische-praezision-18404225.html> (Stand: 15.11.2022)
- 11 Vgl. Löser, Jochen und von Horn, Alphart (1990), s. Endnote 5, S. 226 f.
- 12 Vgl. Graf, Timo (2022): Zeitenwende im sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild. Ergebnisse der ZMSBw Bevölkerungsbefragung 2022. <https://zms.bundeswehr.de/resource/blob/5497510/ca-157e2dc842f3f72f698e0397bbe005/download-bevbefr-2022-data.pdf> (Stand: 8.12.2022).
- 13 Vgl. Steinmeier, Frank-Walter (2022), s. Endnote 2.

GETRIMMT AUF ABSCHRECKUNG UND VERTEIDIGUNG?

DER NATO-GIPFEL IN MADRID UND DIE ZUKUNFT DER ALLIANZ

Autoren: Anna Clara Arndt und Göran Swistek

Einleitung

Der 24. Februar 2022 – der Tag, an dem Europa wieder Schauplatz eines von imperialen Machtansprüchen beflügelten Angriffskrieges wurde – stellt unbestritten eine Zäsur dar. Ein derartig eklatanter Bruch des Völkerrechts auf europäischem Boden war für viele bis zuletzt kaum vorstellbar. Warnungen vor einem solchen Szenario – oft aus osteuropäischen Staaten – wurden nicht selten als Schwarzmalerei abgetan. Innerhalb der NATO hatte man sich zumindest auf militärischer Ebene bereits seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 mit möglichen konventionellen Aggressionen gegen Mitgliedsstaaten beschäftigt und in Form der sogenannten „Graduated Response Plans“¹ erste militärisch-operative Planungen zur Verteidigung in einem Konflikt mit staatlichen Akteuren erarbeitet. Dies sollte einer schrittweisen Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungskapazität dienen. Auf politischer Ebene hingegen wurde diese Anpassung erst wesentlich später vollzogen. Das noch bis Sommer 2022 gültige Strategische Konzept der Allianz aus dem Jahr 2010 betrachtete den euroatlantischen Raum als eine Region des Friedens, die Wahrscheinlichkeit eines konventionellen Angriffs gegen einen Mitgliedsstaat bewertete es als gering. Aufgrund der zunehmend aggressiven Außen- und Sicherheitspolitik Russlands und des sich verstetigenden geopolitischen Wettstreits mit China war jedoch bereits seit ein paar Jahren die Überarbeitung des Dokuments und der beigeordneten militärischen Planungen angedacht. Auf dem Gipfeltreffen im Jahr 2021 in Brüssel beauftragten die Staats- und Regierungschefs der Allianz schließlich den NATO-Generalsekretär mit der Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzepts. Die russische Invasion der Ukraine im Februar 2022 beschleunigte diesen Anpassungsprozess, welcher durch die Verabschiedung des neuen Strategischen Konzeptes auf dem Madrider NATO-Gipfel im Juni 2022 auf höchster strategischer Ebene verankert wurde. Wesentliche Schwerpunkte bilden dabei

Abstract

Das sicherheitspolitische Umfeld der NATO hat sich im vergangenen Jahrzehnt drastisch verändert. Russlands zunehmend aggressive Außenpolitik, die Krim-Annexion und der Angriff auf die Ukraine machen eine noch im Strategischen Konzept von 2010 angestrebte Partnerschaft obsolet. Hinzu kommen ein zunehmender globaler Wettbewerb mit China und die bisher unzureichend erfasste Verknüpfung von militärischer Macht mit Fragen der Energie-, Infrastruktur- und Handelssicherheit. Das im Juni 2022 verabschiedete Strategische Konzept trägt alldem Rechnung. Im militärischen Bereich wird die 2014 eingeleitete Refokussierung auf Bündnisverteidigung im euroatlantischen Raum mit dem „New Force Model“ auf neue Füße gestellt. Es beinhaltet eine erhebliche quantitative und qualitative Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungskapazitäten. Dabei wird der absehbare Beitritt Schwedens und Finnlands das Bündnis wesentlich stärken, sowohl personell/materiell als auch mit Blick auf operationell regionale Kenntnisse.

Zugleich schafft das Strategische Konzept nach zwischenzeitlichen Verwerfungen den politischen Rahmen für eine andauernde militärische Anpassung der NATO, indem es die Bedrohung durch Russland und das veränderte Sicherheitsumfeld anerkennt; kollektive Verteidigung erhält gegenüber den übrigen Kernaufgaben Priorität. Daneben widmet sich das Dokument einem ganzen Spektrum aktueller und zukünftiger Herausforderungen, darunter Querschnittsthemen wie der Klimawandel, aber auch Cyberkriegsführung und die Gestaltung des Verhältnisses zu „autoritären Akteuren“, namentlich China.

Die Umsetzung dieser ambitionierten Neuausrichtung bedarf eines belastbaren gemeinsamen politischen Willens. Dies gilt mit Blick auf die Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen, aber auch auf das Ausnutzen des Konsensprinzips zur Durchsetzung eigener Interessen. Was die komplexe Frage der NATO-EU-Kooperation und der Stärkung der europäischen Sicherheitsarchitektur angeht, so ergeben sich durchaus neue Chancen.

die Rückbesinnung der Allianz auf ihr Kernverantwortungsgebiet sowie die Stärkung der Fähigkeiten im Bereich der Abschreckung und Verteidigung.

Ein verändertes Sicherheitsumfeld

Das sicherheitspolitische Umfeld der NATO hat sich in der letzten Dekade drastisch verändert. Strebten die Verbündeten bei der Verabschiedung des Strategischen Konzeptes im Jahr 2010 noch eine Partnerschaft mit Russland an², um die europäische Sicherheitsarchitektur gemeinsam zu gestalten, so hat sich Moskau seitdem zur Kernbedrohung für das Bündnis entwickelt. Bereits seit Jahren betrachtet Russland die USA und die NATO als die größte militärische Gefahr für die eigene Sicherheit, was mit einer sich zusehends verschärfenden, gegen den Westen gerichteten Rhetorik einhergeht.³ Mit dieser Bedrohungswahrnehmung begründete Moskau eine aggressive Außen- und Sicherheitspolitik der Interessen- und Einflussphären, begleitet von militärischer Aufrüstung. Die am 31. Juli 2022 veröffentlichte Maritime Doktrin der Russischen Föderation veranschaulicht diese Entwicklungslinie. Das Dokument unterstellt der NATO ein Streben nach direkter, auch militärischer Konfrontation, insbesondere im euroatlantischen Raum⁴, und präsentiert globale geografische Prioritäten zur Eindämmung der Vereinigten Staaten sowie der Nordatlantischen Allianz, mutmaßlich zur Verteidigung der eigenen Sicherheit⁵. Der maritimen Domäne kommt dabei die Rolle zu, Russlands geopolitische Interessen und Ambitionen zu verwirklichen und die internationale Ordnung nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Die Arktis erhält in diesem Kontext die höchste nationale Priorität. Aber auch dem Dreigestirn von Ostsee, Mittelmeer und Schwarzem Meer wird besondere Bedeutung für die geopolitischen und geoökonomischen Interessen Russlands zugeschrieben⁶. Bewarb die russische Führung in den letzten Jahren einen einheitlichen Sicherheits- und Wirtschaftsraum vom Atlantik bis zum Pazifik⁷, so verdeutlicht Moskaus aggressives und imperiales Agieren

die Absicht, sich geostrategisch und insbesondere geoökonomisch rentabel als zentralen Dreh- und Angelpunkt vom Rande Europas und Asiens in das Zentrum eines neuen Eurasiens zu rücken⁸. Eine Partnerschaft der NATO mit Russland ist vor dem Hintergrund des aggressiven russischen Hegemonialstrebens für die Allianz auf absehbare Zeit kaum noch vorstellbar.⁹

Eine besondere Herausforderung für westliche Staaten stellt die zunehmende Verknüpfung von militärischer Macht mit Fragen der

Die 2022 veröffentlichte Maritime Doktrin der Russischen Föderation unterstellt der NATO ein Streben nach direkter, auch militärischer Konfrontation, insbesondere im euroatlantischen Raum

Energie-, Infrastruktur- und Handelssicherheit dar. Moskaus maritime Doktrin zieht beispielsweise eine direkte Linie zwischen militärischer Sicherheit und dem Einsatz des Militärs zur Absicherung des Abbaus natürlicher Ressourcen sowie der Kontrolle kritischer maritimer Infrastruktur und Handelswege. Und auch Chinas auf den ersten Blick wirtschaftliche Aktivitäten im euroatlantischen Raum, beispielsweise strategische Investitionen in kritische Infrastruktur, weckten in den letzten Jahren vermehrt sicherheitspolitische Bedenken. Zwar erkannte der Westen diesen Zusammenhang durch einen erweiterten Sicherheitsbegriff bereits vor vielen Jahren an, bei der Erarbeitung geeigneter Antworten und Konzepte tat man sich bisher aber schwer. Militärische Sicherheit war im westlichen Verständnis lange auf mögliche militärische Konfrontationen begrenzt. Handelsströme, Infrastruktur oder gar die Energieversorgung wurden nicht als primäres Ziel militärischer Maßnahmen oder Fähigkeiten begriffen.

Vor diesem Hintergrund vollzieht die NATO seit 2014 eine grundlegende militärische und politische Anpassung an ein Sicherheitsumfeld, das von einem sich ausweitenden Machtwettstreit mit Russland und China dominiert ist.

Militärische Adaptionen: Eine Rückkehr zu Abschreckung und Verteidigung

Seit 2014 führte die Erkenntnis, dass Russland die unmittelbarste Bedrohung für die NATO darstellt, zu einer Rückbesinnung des Bündnisses auf seine Kernaufgabe der Abschreckung und Verteidigung gegen militärische Aggressionen von staatlichen Akteuren.¹⁰ Andere Aufgaben, wie internationales Krisenmanagement, blieben zwar Kernbestandteil des Profils der Allianz, gerieten aber zunehmend in den Hintergrund. Dies führte auch zu einer geografischen Refokussierung auf den euroatlantischen Raum von der Ostküste der Vereinigten Staaten zur Ostflanke der europäischen Mitglieder. In diesem Zusammenhang vollzog die Allianz auf militärischer Ebene eine Reihe weitgehender operativer und konzeptioneller Anpassungen. Der beim Wales-Gipfel 2014 beschlossene sogenannte „Readiness Action Plan“ enthielt erste Maßnahmen zur Stärkung des Abschreckungspotenzials des Bündnisses

Das neue Abschreckungsmodell soll dem Gegner durch stärkere Truppenpräsenz zeigen, dass ein Angriff von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre

gegenüber einem potenziellen staatlichen Aggressor und zur Rückversicherung, insbesondere der osteuropäischen Staaten, deren Verteidigungsfähigkeit durch die Alliierten gestärkt werden sollte. Dies führte zur Aufstellung der „enhanced Forward Presence“ (eFP)-Kampfverbände in den drei baltischen Staaten sowie in Polen. Diese Neuaufstellung wurde zudem von einer Reihe neuer und überarbeiteter militärischer Konzepte eingerahmt¹¹.

Im Angesicht der jüngsten russischen Invasion der Ukraine beschlossen die Verbündeten beim NATO-Gipfel in Madrid dann eine längerfristige Überarbeitung und Stärkung ihrer Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten, die von drei Ideen geleitet wird: ein neues Streitkräftemodell mit höherer Einsatz-

bereitschaft, ein stärkerer regionaler Fokus und eine Anpassung des praktizierten Abschreckungsmodells.

Zentrales Element und Werkzeug zugleich ist das neue Streitkräftemodell, das „New Force Model“ (NFM). Das NFM teilt die Streitkräfte und Fähigkeiten der Alliierten verschiedenen potenziellen Konfliktregionen innerhalb des euroatlantischen Raums zu, etwa der Ostflanke und dem hohen Norden, und organisiert sie in drei Gruppen mit wachsender Bereitschaftszeit¹². Im NFM werden so ungefähr 800.000 Soldat:innen verschiedenen Bereitschaftszuständen und Regionen zugeordnet. Die klar definierten Bereitschaftsstufen werden abgeleitet aus dem englischen Sprachgebrauch als „Tiers“ bezeichnet. Die ersten beiden Stufen, Tier 1 und Tier 2, sollen innerhalb von 10 beziehungsweise 30 Tagen mit insgesamt 300.000 Soldat:innen den Kern der Kräfte hoher Reaktionsbereitschaft bilden. Tier-3-Truppen sollen graduell mit einem Bereitschaftszustand von bis zu 180 Tagen einsatzbereit sein. Innerhalb der drei NFM-Bereitschaftsstufen sind weitere Differenzierungen vorgesehen. So werden innerhalb von Tier 1 und 2 die bisher existierenden Gruppen der NATO Response Force (NRF) und der Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) in einer neuen schnellen Eingreiftruppe aufgehen, der Allied Reaction Force (ARF). Diese wird ständig, auch vor Ausbruch einer militärischen Konfrontation, unter operativer Führung der NATO stehen. Bislang hatten viele Alliierte die permanente Unterstellung unter den obersten NATO-Befehlshaber SACEUR, also auch außerhalb von Krisenzeiten, abgelehnt.

Zudem passt die NATO ihr Abschreckungsmodell an. Die bisherigen NATO-Planungen in Ost- und Mitteleuropa waren als *deterrence by reinforcement* konzipiert: Die Abschreckungswirkung baute auf eine geringe rotierende internationale Truppenpräsenz in den baltischen Staaten und Polen (jeweils ca. 1000 Mann) auf, die sogenannte „enhanced Forward Presence“ (eFP), die im Krisenfall verstärkt werden sollte. Speziell die besonders exponierten Staaten an der Nordost- und Südostflanke bezweifelten allerdings die Belastbarkeit dieses Ansatzes und forderten

die permanente Stationierung größerer und schwerer ausgerüsteter Verbände. Die neuen Planungen folgen nun eher einem *deterrence by denial*-Ansatz, wonach dem Gegner durch stärkere Truppenpräsenz gezeigt werden soll, dass ein Angriff von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre. Praktisch zeigt sich dies zunächst in der Bestätigung vier zusätzlich als Reaktion auf die russische Aggression in der Ukraine aufgestellter Verbände in der Slowakei, Bulgarien, Ungarn und Rumänien als permanente Battle Groups. Zudem sollen die bereits existierenden eFP zu multi-domänenfähigen Verbänden auf Brigadeebene aufgestockt und schweres Gerät, etwa Artillerie oder gepanzerte Fahrzeuge, vorausstationiert werden. So soll erreicht werden, dass die Verlegung von in Bereitschaft gehaltenen Truppen in potenzielle Konfliktgebiete innerhalb weniger Stunden oder Tage erfolgen kann und diese dort nahtlos ihre Kampfbereitschaft herstellen können. Außerdem sollen die festgelegten und in Bereitschaft versetzten Truppen regelmäßig in unterschiedlichen Stärken für gemeinsame Übungen in die vorgezeichnete Region rotieren, um zu jeder Zeit des Jahres deutlich mehr Streitkräfte in der Region zu haben.

Glaubhaft wird dieser Ansatz jedoch nur, wenn es wirklich gelingt, das für den Ernstfall benötigte Material, von Waffensystemen über Munition bis hin zur Logistik, einsatzbereit und kurzfristig verfügbar vorzustationieren. Mehrere Staaten haben bereits angefangen, ihre militärischen Beiträge zu NATO-Aufgaben zu erhöhen, darunter Deutschland, das den multinationalen NATO-Gefechtsverband in Litauen führt¹³. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Zusagen im NATO-Rahmen, wie denen von Deutschland, und nationalen Zusagen, die die Positionierung des Bündnisses stärken, aber außerhalb der NATO auf Basis bilateraler Abkommen umgesetzt werden. So haben die USA auf bilateraler Basis eine umfassende Verstärkung ihrer Präsenz in Europa zugesagt, einschließlich der Einrichtung eines Hauptquartiers in Polen, zusätzlicher Truppenstationierungen in Rumänien und den baltischen Staaten und der Verlegung von Flugabwehrsystemen nach Italien und Deutschland

sowie von zwei F-35-Kampfjet-Geschwadern nach Großbritannien.¹⁴ Die Zahl der US-Soldat:innen in Europa wurde damit bereits um 20.000 auf mehr als 100.000 erhöht.

Insgesamt geht es also nicht nur um eine quantitative Aufstockung der NATO-Streitkräfte, sondern auch um eine umfassende Neuordnung und Verbesserung der Einsatzbereitschaft und Ausrüstung. Das NFM wird damit zum Maßstab für die gesamten NATO-Streit-

Insgesamt geht es beim New Force Model nicht nur um eine quantitative Aufstockung der NATO-Streitkräfte, sondern auch um eine umfassende Neuordnung und Verbesserung der Einsatzbereitschaft und Ausrüstung

kräfte und den NATO-Planungsprozess NDPP. Um die genannten umfassenden Neuerungen umzusetzen, müssen alle Alliierten größere Beiträge in höherer Qualität leisten (Truppen, Ausrüstung), was mit großen Anstrengungen verbunden sein und teils lange dauern wird.

Der NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands im Zeichen des Kriegs gegen die Ukraine

Nicht nur NATO-interne Prozesse führten im Zuge des Kriegs gegen die Ukraine zu einer militärischen Neuaufstellung des Bündnisses. Vielmehr bewegte die jüngste russische Invasion mit Schweden und Finnland zwei Staaten außerhalb der Allianz dazu, eine Mitgliedschaft anzustreben. Bereits vor der russischen Invasion befand sich die Sicht der beiden skandinavischen Staaten auf ihr sicherheitspolitisches Umfeld im Wandel.¹⁵ Stockholm und Helsinki erkannten eine Vielzahl möglicher Konfliktlinien im Ostseeraum wie auch in der europäischen Arktis. So war es auch nicht überraschend, dass Schweden Anfang Januar 2022 auf die Präsenz eines Schiffsverbandes aus Landungsschiffen der russischen Nord- und Ostseefloten unweit der schwedischen Insel Gotland äußerst alarmiert reagiert und seine Militärpräsenz umgehend erhöhte.¹⁶

Spätestens der Beginn des Kriegs in der Ukraine führte jedoch zu einer grundlegenden Neubewertung der sicherheitspolitischen Lage und der Erwägung eines NATO-Beitritts. Am 18. Mai 2022 legten beide Staaten ihr offizielles Beitrittsersuchen vor.¹⁷ Bereits auf dem NATO-Gipfel in Madrid Ende Juni 2022 sollten dann symbolträchtig die Beitrittsprotokolle nach Zustimmung aller Alliierten gezeichnet werden, um den Weg für den anschließenden Ratifikationsprozess frei zu machen. Nach Vorlegen der offiziellen Beitrittsgesuche positionierte sich allerdings die Türkei mit öffentlichem Verweis auf eigene nationale Interessen gegen die Zeichnung der Beitrittsprotokolle, woraufhin viele einen längeren Abstimmungsprozess erwarteten.¹⁸ Trotz einer gemeinsamen Erklärung der drei Länder am Vorabend des Gipfels¹⁹ hatte die Türkei bei Redaktionsschluss ihren Widerstand noch nicht aufgegeben. Die Zustimmung Ungarns zum Beitritt stand ebenfalls noch aus, sodass der historische Schritt von der langen und gesellschaftlich tief verankerten Neutralität der beiden skandinavischen Länder

Schweden und Finnland tragen substantziell zu einer qualitativen Verbesserung der NATO-Fähigkeiten zur kollektiven Verteidigung bei

zur Mitgliedschaft im Verteidigungsbündnis noch nicht vollzogen ist.

Beide Staaten tragen substantziell zu einer qualitativen Verbesserung der NATO-Fähigkeiten zur kollektiven Verteidigung bei. Sie verfügen über modern ausgestattete, schlagkräftige und gut ausgebildete Streitkräfte, die bereits seit vielen Jahren im engen Schulterschluss mit Alliierten an Übungen, Manövern und Einsätzen des internationalen Krisenmanagements teilnehmen. Schweden hat zudem eine eigene Rüstungsindustrie mit hochqualitativen Fähigkeiten. Nicht zuletzt haben beide Länder Erfahrung im Umgang mit Russland. In den kommenden Jahren, die absehbar von einer anhaltenden Konfrontation mit Moskau geprägt sein werden, dürften diese operatio-

nellen regionalen Kenntnisse einerseits und die vorhandenen Fähigkeiten zur Kriegsführung unter klimatisch herausfordernden Bedingungen andererseits, unter anderem im arktischen Raum, der NATO zugutekommen. Die kombinierten Fähigkeiten der finnischen und schwedischen Luftwaffen, der Land- sowie der Marinestreitkräfte werden zudem die Verteidigung der besonders verwundbaren baltischen Staaten vereinfachen und andere NATO-Mitglieder entlasten.

Politische Weiterentwicklung: Kernelemente des neuen Strategischen Konzepts

Der andauernde Adaptionsprozess der NATO fand nach 2014 zunächst weitestgehend auf militärischer Ebene statt. Politisch herrschte hingegen relativer Stillstand. Mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten kamen Zweifel ob der Verlässlichkeit des militärisch stärksten Bündnispartners hinzu. Bereits 2017 nannte der damals noch designierte US-Präsident die Allianz „obsolet“.²⁰ Auch vor diesem Hintergrund verkündete schließlich sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron zwei Jahre später den „Hirntod“ der Allianz und forderte mehr europäische Souveränität im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, unabhängig von den USA.²¹ Beim kurz darauffolgenden NATO-Gipfel in London, der noch dazu das 70. Jubiläum des Bündnisses markieren sollte, konnten sich die Verbündeten gerade noch auf eine kurze Gipfelerklärung einigen.²²

Dennoch war es ebendiese Londoner Erklärung, die den Impetus für einen Reflexionsprozess unter Leitung des NATO-Generalsekretärs gab, um „die politische Dimension der NATO ... weiter [zu] stärken“²³. Daraus wurde der NATO-2030-Reflexionsprozess, im Rahmen dessen die Bündnispartner gemeinsam mit externen Expert:innen, Parlamentarier:innen sowie Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und Jugend Ideen für die politische Anpassung der Allianz entwickelten.²⁴ Beim Brüsseler NATO-Gipfel 2021, dessen Abschlusserklärung die zehnfache Länge des Londoner Vorgängerdokuments erreichte, wurden die Ergebnisse

dieses Prozesses in eine Reihe konkreter Beschlüsse umgesetzt. So verpflichteten sich die Bündnispartner unter anderem zu mehr Konsultationen untereinander und mehr Kooperation mit Partnern, gestärkter Resilienz, engerer technologischer Zusammenarbeit, einer verbesserten Anpassung an den Klimawandel und der Ausarbeitung eines neuen Strategischen Konzepts für die NATO.²⁵

Beim Madrider NATO-Gipfel im Juni 2022 wurde durch die Annahme des neuen Strategischen Konzepts schließlich mit einiger Verzögerung der politische Rahmen für die andauernde militärische Anpassung des Bündnisses geschaffen. So erkennt das Dokument nun auf höchster strategischer Ebene das veränderte Sicherheitsumfeld an, das bereits seit 2014 die militärische Adaption der Allianz antreibt: Es herrsche „kein Frieden“ im euro-atlantischen Raum und Russland sei „die größte und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten und für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum.“ Selbst ein Angriff auf das NATO-Bündnisgebiet sei nicht mehr auszuschließen.²⁶ Auf Grundlage dieser Bedrohungsanalyse wird „kollektive Verteidigung“ zur „zentrale[n] Aufgabe und wichtigste[n] Funktion“ des Bündnisses, zu deren Erfüllung alle anderen Aktivitäten der Allianz beitragen sollen.²⁷ Ausdrücklich betont wird aber auch, dass man entgegen der russischen Auffassung keine militärische Konfrontation suche²⁸ und das Bündnis weiterhin einen rein defensiven Charakter habe.²⁹ Die Betonung der „kollektiven Sicherheit“ diene entsprechend der Bedrohungsanalyse allein dem Schutz des Bündnisgebietes.³⁰ In diesem Rahmen bleiben zwar die drei NATO-Kernaufgaben des Vorgängerkonzepts von 2010 in leicht abgeänderter Form bestehen: Abschreckung und Verteidigung, Krisenprävention und -management und kooperative Sicherheit. Im Einklang mit der umfassenden militärischen Anpassung seit 2014 ist aber auch hier das Kapitel zu Abschreckung und Verteidigung am ausführlichsten und ambitioniertesten. So verpflichteten sich die Verbündeten dazu, ihr „Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv deutlich [zu] verstärken, um jedem potenziellen Gegner jegliche Möglichkeit zur Aggression zu ver-

wehren“. Passend zur fortlaufenden Stärkung der NATO-Ostflanke soll insbesondere eine „substantielle und durchgängige Präsenz auf dem Land, zur See und in der Luft“, einschließlich robuster vorpostionierter Streitkräfte, sichergestellt werden.³¹

Schafft das Strategische Konzept somit den überfälligen politischen Überbau für das von russischer Aggression geprägte Sicherheitsumfeld und die daraus resultierende militä-

Das neue Strategische Konzept soll die Allianz nicht nur auf bestehende, sondern auch auf entstehende Herausforderungen der kommenden Dekade vorbereiten

sche Adaption seit 2014, so geht es doch weit über diese akute Bedrohung hinaus. Als längerfristig gedachtes strategisches Dokument soll es die Allianz schließlich nicht nur auf bestehende, sondern vielmehr auch auf entstehende Herausforderungen der kommenden Dekade vorbereiten. Dies spiegelt sich in der Behandlung einer Reihe neuer Akteure und Herausforderungen wider, die sich teils im Verlauf des Reflexionsprozesses seit 2019 herauskristallisierten. Zum einen passt das Dokument das Verständnis von kollektiver Verteidigung an moderne Kriegsführungsmethoden an. So stellt es klar, dass auch „böswillige Cyberaktivitäten“, feindliche Weltraumoperationen und hybride Handlungen „so schwerwiegend wie ein bewaffneter Angriff sein und dazu führen [können], dass der Nordatlantikrat Artikel 5 des Nordatlantikvertrags ausruft“. ³² Auch finden andere neuere Herausforderungen als Querschnittsthemen Berücksichtigung: Prioritäten wie verstärkte Resilienz, technologischer Vorsprung, der Klimawandel, menschliche Sicherheit und die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit sollen demnach in alle NATO-Aufgaben integriert werden.³³

Zum anderen identifiziert das Strategische Konzept „autoritäre Akteure“ als neue Herausforderer des Bündnisses, die die „Interessen, Werte und demokratische Lebensweise [der Verbündeten] in Frage [stellen]“. ³⁴ Explizit ge-

nannt wird in diesem Zusammenhang nicht nur Moskau, sondern auch China. In der Londoner Erklärung 2019 sprach das Bündnis noch recht knapp von den durch Peking ausgehenden Chancen und Herausforderungen. Das neue Strategische Konzept präsentiert dahingegen eine detaillierte Aufschlüsselung

Allein durch die mehr als 1300 Kilometer lange Grenze Finnlands zu Russland steigt die Gefahr einer möglichen Eskalation in den von Russland proklamierten Einfluss- und Interessensphären

der „politischen, wirtschaftlichen und militärischen Instrumente“, mit denen China die „Interessen, Sicherheit und Werte“ der Allianz herausfordert. Zudem legt es dar, was die NATO dem entgegensetzen möchte: einen Mix aus Gesprächsbereitschaft, einem verbesserten Lagebild und Resilienz, aber auch der Bereitschaft „sicherzustellen, dass die NATO dauerhaft in der Lage bleibt, die Verteidigung und Sicherheit der Verbündeten zu garantieren“ und „für unsere gemeinsamen Werte und die regelbasierte internationale Ordnung einschließlich der Freiheit der Schifffahrt ein[zu]treten“.³⁵

Herausforderungen und Risiken

Das neue Strategische Konzept, wie auch die Erweiterung und militärische Anpassung der NATO, ist ambitioniert. Das Bündnis will sein Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv

mit Blick auf die von Russland ausgehende Bedrohung erheblich stärken, sich gleichzeitig aber auf ein breites Spektrum neuer Herausforderungen vorbereiten. Dieser Balanceakt zwischen Anpassung und Vorausschau wird im Strategischen Konzept besonders deutlich. Akut konfrontiert mit einer revisionistischen Macht, die einen konventionellen Angriffskrieg auf europäischem Boden führt, stellt das Dokument kollektive Verteidigung in den Fokus der Allianz. Es wäre jedoch fahrlässig, im Angesicht des aktuellen russischen Kriegs die genannten absehbaren Veränderungen des Sicherheitsumfelds zu vernachlässigen. Und so flechtet das Dokument diese neueren Themen in die bestehende NATO-Aufgabenstruktur unter dem Dach der kollektiven Verteidigung ein, ohne eine grundlegende Neuausrichtung zu vollziehen.

Diese kluge Kompromisslösung birgt jedoch die Gefahr einer immer breiteren Aufstellung mit immer höheren Anforderungen an die Allianz. Bereits jetzt erfordert die Umsetzung der ambitionierten Ziele im Rahmen der militärischen und politischen Anpassung des Bündnisses erhebliche Ressourcen und fortwährenden gemeinsamen politischen Willen unter den Verbündeten. Hinzu kommt der absehbare NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands, der zwar einerseits eine Verbesserung der strategischen Position des Bündnisses darstellt, andererseits aber neue militärische Anforderungen mit sich bringt. Allein durch die mehr als 1300 Kilometer lange Grenze Finnlands zu Russland steigt die Gefahr einer möglichen Eskalation in den von Russland proklamierten Einfluss- und Interessensphären. Auch wenn sich Stockholm und Helsinki bisher noch zurückhaltend gegenüber einer dauerhaften Stationierung von NATO-Truppenkontingenten, Fähigkeiten und Hauptquartieren auf dem eigenen Boden zeigen, so wird zumindest die temporäre Präsenz im Rahmen gemeinsamer Übungen, Manöver und Ausbildungsabschnitte zunehmen. Angesichts der russischen Ausfälle in der Ukraine erscheint eine weitere Konflikteskalation allein durch höhere Präsenz oder ein Zusammenziehen russischer militärischer Fähigkeiten entlang der bald neuen alliierten Außen-

Die Autorin



Anna Clara Arndt ist Forschungsassistentin des „Strategic Threat Analysis and Nuclear (Dis-)Order“ (STAND)-Projekts an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und beschäftigt sich mit Abschreckungs- und Nukleartemen. Vor ihrer Tätigkeit an der SWP war sie Carlo-Schmid-Stipendiatin in der Policy Planning Unit des NATO-Hauptquartiers. Sie hat einen M.Sc. International Relations von der London School of Economics (LSE) und einen M.A. International Security von der Sciences Po Paris.

grenze momentan eher unwahrscheinlich. Allerdings wird die Ostsee bis auf die beiden Gebiete um Kaliningrad und Sankt Petersburg de facto ein NATO-Binnengewässer. Aufgrund der geopolitischen und geoökonomischen Relevanz des Ostseeraums für Russland kommen somit weitere Konfliktlinien hinzu. Auch befinden sich die militärischen Fähigkeiten Schwedens und Finnlands permanent in der Wirkreichweite des russischen Militärs, was allerdings teilweise dadurch ausgeglichen wird, dass die Allianz durch den Beitritt eigene Sensoren und Waffensysteme bekommt, um frühzeitig defensiv auf eine Bedrohung zu reagieren. Umso wichtiger erscheint die bereits seit Jahren diskutierte, regional verankerte Koordination von NATO-Aktivitäten sowie deren Ausrüstungen mit der übergeordneten Abschreckungspolitik.

Das Bremsen einzelner Verbündeter beim Beitritt der beiden skandinavischen Staaten zeigt eine weitere grundlegende Herausforderung für das Bündnis auf: Als Konsensorganisation kann die NATO ihren hohen Anforderungen und Ambitionen nur gerecht werden, solange Einigkeit unter den Bündnispartnern herrscht. In den kommenden Jahren wird sie voraussichtlich immer wieder mit Versuchen einzelner Verbündeter umgehen müssen, die Umsetzung bestimmter Entscheidungen auszubremsen, um eigene Ziele durchzusetzen. Aufgrund des Konsensprinzips bei NATO-Entscheidungen ist dies allerdings letztlich unvermeidbar; und angesichts der jahrzehntelangen Erfahrung des Bündnisses damit, solche taktischen Blockaden diplomatisch aufzulösen, und der beeindruckenden Geschlossenheit der Verbündeten seit der russischen Februarinvasion scheint dieses Risiko noch begrenzt.

Problematischer wären substantielle Differenzen, die das Fundament der Allianz, den viel beschworenen transatlantischen Bund, untergraben könnten. Infolge des russischen Angriffskriegs haben die USA erhebliche Ressourcen in Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine und die Stärkung der NATO-Ostflanke in Europa investiert. Von Januar bis Oktober 2022 betrug der Wert von US-Hilfen für die Ukraine beinahe das Doppelte der

Unterstützungsmaßnahmen aller EU-Länder und -Institutionen zusammen³⁶. Mittel- bis langfristig wird Washingtons politische Aufmerksamkeit jedoch vermehrt dem Indopazifik und China gelten.³⁷ So könnten auch politisch heikle Fragen der transatlantischen Lastenteilung und Europas Verantwortung für die eigene Verteidigung, die schon zu Trumps Zeiten das Bündnis strapazierten, neue Brisanz erhalten. Im Zeichen dieser He-

Für viele europäische Staaten dürfte es angesichts wachsender wirtschaftlicher Schwierigkeiten infolge der Pandemie und des Kriegs absehbar nicht einfacher werden, größere Verteidigungshaushalte innenpolitisch durchzusetzen

erausforderungen soll auf dem kommenden NATO-Gipfel 2023 in Vilnius der „Defence Investment Pledge“ (DIP) im Zentrum der Beratungen stehen. Der DIP beschreibt das bereits 2014 selbst gesteckte Ziel der Verbündeten, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für den Verteidigungshaushalt aufzubringen und davon mindestens 20 Prozent in militärische Ausrüstung zu investieren. Inzwischen hört man in der NATO aber zunehmend, dass das Zweiprozentziel „*the floor, not the ceiling*“ der nationalen Verteidigungsausgaben sein sollte.³⁸ Konnten Beobachter nach dem DIP-Beschluss 2014 ein Wettrennen um das Erreichen der Zweiprozentmarke sowie ein „*blaming and shaming*“ der Nachzügler attestieren, so meint man jetzt bereits ein Warmlaufen für einen Dreiprozentwettbewerb wahrzunehmen. Gleichzeitig dürfte es für viele europäische Staaten angesichts wachsender

Der Autor

Fregattenkapitän Göran Swistek ist Gastwissenschaftler in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Seestreitkräfte, Maritime Sicherheit, NATO und Verteidigungsplanung. In seiner Laufbahn in der Bundeswehr war er in verschiedenen Verwendungen innerhalb der NATO und in der Deutschen Marine für die Bearbeitung der NATO-Verteidigungsplanung tätig.



wirtschaftlicher Schwierigkeiten infolge der Pandemie und des Kriegs absehbar nicht einfacher werden, größere Verteidigungshaushalte innenpolitisch durchzusetzen.

Forderungen nach einer Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO führen wiederum zu grundlegenden Fragen der Gestaltung der euroatlantischen Sicherheitsarchitektur, insbesondere der Rolle der Europäischen Union (EU) in Europas Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Tatsächlich ist die EU für den Umgang mit bestimmten neueren Herausforderungen, insbesondere hybriden Bedrohungen, mit ihren umfangreichen nicht-militärischen Kompetenzen besser aufgestellt als die NATO und könnte das Bündnis in diesem Bereich entlasten. NATO-EU-Kooperation bringt jedoch eine eigene Problempalette mit sich – von US-Sorgen wegen einer ineffizienten Duplizierung von Strukturen zu zentral- und osteuropäischen Bedenken, eine größere Einbindung der EU könne die NATO und unersetzliche Schutzversprechen der USA untergraben³⁹. Aus diesem Grund kam vermutlich auch eine schon länger angestrebte neue gemeinsame NATO-EU-Erklärung bislang nicht zustande.⁴⁰ Trotz dieser Schwierigkeiten verweisen Expert:innen darauf, dass sich gerade ein Gelegenheitsfenster für engere Kooperation zwischen den beiden Organisationen zu öffnen scheint.⁴¹ Nach dem Beitritt Finnlands und Schwedens werden bis auf vier Staaten alle EU-Mitgliedsstaaten auch der NATO angehören, was die Koordinierung erleichtern sollte. Seitens der Biden-Administration scheint indes eine Stärkung der europäischen Verteidigungskapazität zur Entlastung Washingtons explizit erwünscht. Schließlich haben beide Organisationen vor dem Hintergrund des russischen Kriegs gegen die Ukraine bereits koordiniert agiert und so bewiesen, dass pragmatische Kooperation im Krisenfall möglich ist.⁴² Beschleunigte der russische Angriffskrieg die notwendige Anpassung der NATO an ein sich wandelndes Sicherheitsumfeld, so kann die aktuelle Krise möglicherweise auch Motor für eine umfassendere Modernisierung der europäischen Sicherheitsarchitektur werden.

- 1 NATO (2022): NATO Response Force. https://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_49755.htm (Stand: 9. November 2022).
- 2 NATO (2010): Active Engagement, Modern Defence. Strategic Concept for the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organization. Paragrafen 33–34. https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_publications/2012014_strategic-concept-2010-eng.pdf (Stand: 9. November 2022).
- 3 Präsident der Russischen Föderation (2014): The Military Doctrine of the Russian Federation. Paragraf 12. <https://rusemb.org.uk/press/2029> (Stand: 9. November 2022).
- 4 Präsident der Russischen Föderation (2022): Maritime Doktrin der Russischen Föderation. Paragrafen 53–55. <http://static.kremlin.ru/media/events/files/ru/xBBH7DL0RicfddWPo132UekiLMTAycW.pdf> (Stand: 9. November 2022).
- 5 Präsident der Russischen Föderation (2022), siehe Endnote 4.
- 6 Präsident der Russischen Föderation (2022), siehe Endnote 4. Paragraf 15.
- 7 Putin, Wladimir (2021): Offen sein, trotz der Vergangenheit – Ein Gastbeitrag. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-06/ueberfall-auf-die-sowjetunion-1941-europa-russland-geschichte-wladimir-putin/komplettansicht> (Stand: 9. November 2022).
- Präsident der Russischen Föderation (2016): Außenpolitisches Konzept der Russischen Föderation. Paragraf 63. <http://www.scrf.gov.ru/security/international/document25/> (Stand: 9. November 2022).
- 8 Paul, Michael und Swistek, Göran (2021): Russland in der Arktis. S. 13. https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S19_arktis_russland.pdf (Stand: 9. November 2022).
- 9 NATO (2022): NATO 2022 Strategic Concept. Paragraf 9. https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2022/6/pdf/290622-strategic-concept.pdf (Stand: 9. November 2022).
- 10 NATO (2022), s. Endnote 9. Paragraf 8.
- 11 NATO Shape (2022): About Deter and Defend. <https://shape.nato.int/dda/about-dda> (Stand: 9. November 2022).
- 12 NATO (2022): New NATO Force Model. https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2022/6/pdf/220629-infographic-new-nato-force-model.pdf (Stand: 9. November 2022).
- 13 Wiegold, Thomas (2022): Bundeswehr aktiviert vorgeschobene Führung in Litauen: Brigade soll in 10 Tagen einsatzbereit sein. <https://augengeradeaus.net/2022/10/bundeswehr-aktiviert-vorgeschobene-fuehrung-in-litauen-brigade-soll-in-10-tagen-einsatzbereit-sein/> (Stand: 9. November 2022).
- 14 U.S. Mission to NATO (2022): NATO Summit. President Biden at a Press Conference at the NATO Summit Madrid, Spain. <https://nato.usmission.gov/nato-summit-president-biden-at-a-press-conference-at-the-nato-summit-madrid-spain/> (Stand: 9. November 2022).
- 15 Ålander, Minna und Paul, Michael (2022): Moskau bedroht die Balance im hohen Norden. <https://www.swp-berlin.org/publikation/moskau-bedroht-die-balance-im-hohen-norden> (Stand: 9. November 2022).
- 16 RND (2022): Militärpräsenz auf Gotland verstärkt. Schweden rüstet sich für möglichen Angriff von Russland. <https://www.rnd.de/politik/gotland-schweden-ruestet-sich-fuer-moeglichen-angriff-von-russland->

- WZHRRSKN3I2SWUUEXXMQ2LGTWQ.html (Stand: 9. November 2022).
- 17 Zigo, Lukas (2022): Nato-Beitritt. Warum Erdogan Finnland und Schweden blockiert. <https://www.fr.de/politik/nato-beitritt-warum-erdogan-finnland-und-schweden-blockiert-tuerkei-russland-usa-91556083.html> (Stand: 9. November 2022).
- 18 Güsten, Susanne (2022): Vor dem NATO-Gipfel. Erdogan bleibt stur. <https://www.tagesspiegel.de/politik/vor-dem-nato-gipfel-erdogan-bleibt-stur/28457104.html> (Stand: 9. November 2022).
- 19 Stoltenberg, Jens (2022): Press Conference. https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_197288.htm?selectedLocale=en (Stand: 9. November 2022).
- 20 BBC (2017): Trump worries Nato with 'obsolete' comment. <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-38635181> (Stand: 7. November 2022).
- 21 DW (2019): Macron bescheinigt der NATO den „Hirntod“. <https://www.dw.com/de/macron-bescheinigt-der-nato-den-hirntod/a-51154416> (Stand: 7. November 2022).
- 22 NATO (2019): London Declaration. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_171584.htm (Stand: 7. November 2019).
- 23 NATO (2019), siehe Endnote 22. Paragraf 7.
- 24 NATO (2021): NATO 2030. Making a Strong Alliance Even Stronger. <https://www.nato.int/nato2030/> (Stand: 7. November 2022).
- 25 NATO (2021): Brussels Summit Communiqué. Paragraf 6. https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_185000.htm (Stand: 9. November 2022).
- 26 NATO (2022), s. Endnote 9. Paragraf 6 & 8.
- 27 NATO (2022), s. Endnote 9. Paragraf 1.
- 28 NATO (2022), s. Endnote 9. Paragraf 9.
- 29 NATO (2022), s. Endnote 9. Paragraf 1.
- 30 NATO (2022), s. Endnote 9. Paragraf 20.
- 31 NATO (2022), s. Endnote 9. Paragraf 21.
- 32 NATO (2022), s. Endnote 9. Paragraf 25 & 27.
- 33 NATO (2022), s. Endnote 9. Paragraf 5.
- 34 NATO (2022), s. Endnote 9. Paragraf 7.
- 35 NATO (2022), s. Endnote 9. Paragraf 13 & 14.
- 36 Bushnell, Katelyn et al. (2022): Ukraine Support Tracker. <https://www.ifw-kiel.de/topics/war-against-ukraine/ukraine-support-tracker/?cookieLevel=not-set> (Stand: 7. November 2022).
- 37 U.S. Department of Defense (2022): 2022 National Defense Strategy of the United States of America. S. 1. <https://media.defense.gov/2022/Oct/27/2003103845/-1/-1/1/2022-NATIONAL-DEFENSE-STRATEGY-NPR-MDR.PDF> (Stand: 7. November 2022).
- The White House (2022): National Security Strategy. S. 20. <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/10/Biden-Harris-Administrations-National-Security-Strategy-10.2022.pdf> (Stand: 7. November 2022).
- 38 Stoltenberg, Jens (2022), s. Endnote 19.
- 39 Bergmann, Max et al. (2022): Transforming European Defense. <https://www.csis.org/analysis/transforming-european-defense> (Stand: 7. November 2022).
- 40 Von der Leyen, Ursula (2021): 2021 State of the Union Address by President von der Leyen. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_21_4701 (Stand: 7. November 2022).
- Stoltenberg, Jens (2022): Opening Remarks. https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_197902.htm (Stand: 7. November 2022).
- 41 Puhl, Detlef (2022): Deutschland, die Zeitenwende und die Zukunft der Nato, S. 18–25. https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/d._puhl_vfa_33_deutschland_die_zeitenwende_und_die_zukunft_de.pdf (Stand: 7. November 2022).
- Bergmann, Max et al. (2022), s. Endnote 39.
- 42 Puhl, Detlef (2022), s. Endnote 41.

WETTSTREIT IN DER RISIKOBEREITSCHAFT

RUSSLANDS KRIEG GEGEN DIE UKRAINE UND DIE RISIKEN NUKLEARER ESKALATION*

Autor: Peter Rudolf

Nicht erst der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine 2022, sondern bereits die Annexion der Krim 2014/2015 war von kaum verhüllten russischen Nukleardrohungen begleitet, um den USA gegenüber Entschlossenheit zu demonstrieren und Reaktionen in Europa zu testen.¹ Kurz vor dem Beginn des Angriffskrieges ließ Putin eine Übung der Nuklearstreitkräfte abhalten. Zu Beginn des Einmarsches in die Ukraine erinnerte er daran, Russland bleibe eine der stärksten Nuklearmächte: Niemand solle bezweifeln, „dass ein direkter Angriff auf unser Land zu einer Niederlage und schlimmen Konsequenzen für jeden potenziellen Angreifer führen würde“². Die „Abschreckungskräfte“ wurden, so hieß es dann, in einen höheren Alarmzustand versetzt: Die Personalstärke in den Kommandozentralen der Nuklearstreitkräfte wurde erhöht. Nukleare U-Boote liefen zu Übungen in der Barentssee aus, Einheiten der Strategischen Raketenkräfte in Sibirien praktizierten die versteckte Dislozierung mobiler Startgeräte für Interkontinentalraketen. Ansonsten wurden keine weiteren Schritte bekannt gegeben oder beobachtet, etwa die Beladung von Flugzeugen mit Atomwaffen oder Bewegungen an den Orten, wo Nuklearwaffen kürzerer Reichweite gelagert sind. Russland hält jedoch ohnehin wie auch die USA einen Teil seiner weitreichenden ballistischen Raketen in einem Bereitschaftsgrad, der eine schnelle Reaktion ermöglicht. Die Drohung mit einer möglichen nuklearen Eskalation diene offenkundig dazu, andere Staaten von einer militärischen Intervention abzuschrecken.³

Mit seinen nuklearen Drohgebärden hat Putin ein Element „strategischer Unberechenbarkeit“ eingeführt.⁴ Moskaus entsprechende Signale machten den Krieg gegen die Ukraine potenziell zu einer nuklearen Krise – mit dem Risiko einer entweder vorbedachten

Abstract

Die bereits mit Beginn des Angriffskriegs geäußerten Nukleardrohungen Russlands dienen offensichtlich dazu, Unterstützer der Ukraine von einer militärischen Intervention abzuschrecken.

Damit stand von Anfang an die Möglichkeit einer nuklearen Krise mit einer potenziell unbeherrschbaren Eskalation im Raum. Mit der Eingliederung besetzter ostukrainischer Regionen in das russische Territorium im September 2022 hat Präsident Putin ein weiteres Signal gesetzt und seine Optionen eingeschränkt, weil dadurch die territoriale Integrität Russlands selbst auf dem Spiel steht.

Demonstrative Risikobereitschaft mit dem Ziel, die Gegenseite zu einem Einlenken bzw. Nachgeben zu bewegen, wird im Abschreckungsdenken als „brinkmanship“ bezeichnet. Die Gegenseite, in diesem Falle die US-Administration, ist gezwungen, die tatsächliche Bereitschaft zur nuklearen Eskalation einzuschätzen. Da sie diese offenbar nicht ausschließt, verschärft sich das Dilemma zwischen der Vermeidung einer direkten Konfrontation mit Russland und einer effektiven Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung und Rückeroberung ihres Territoriums durch Waffenlieferungen und weitere militärische/nachrichtendienstliche Hilfe. Hinzu kommt, dass

1. eine (bereits angekündigte) massive Antwort der USA auf einen Einsatz einer russischen Atomwaffe eine Eskalationsspirale in Gang setzen könnte und 2. allein die Vorbereitung eines Nuklearwaffeneinsatzes durch das russische Militär die Gefahr einer nicht intendierten Ausweitung des Kriegs birgt.

Angesichts dieser höchst risikoreichen Alternativen wird die US-Regierung möglicherweise irgendwann vor die Entscheidung gestellt, bei der Unterstützung der Ukraine Grenzen zu definieren.

* Der Artikel stützt sich in Teilen auf zwei frühere Veröffentlichungen des Autors: *Welt im Alarmzustand. Die Wiederkehr nuklearer Abschreckung*, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz, 2022; *Bidens Balanceact – die Ukraine stärken, Krieg mit Russland verhindern*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2022.

oder auch unbeabsichtigten Eskalation, sollte sich die Krise zwischen Russland und dem Westen weiter zuspitzen. In einer solchen Situation können zweideutige Signale im Lichte der schlimmsten Vermutungen interpretiert werden und so das Risiko wechselseitiger Fehlwahrnehmungen erhöhen. Aus Sorge um mögliche Fehlwahrnehmungen verzichtete das US-Verteidigungsministerium auf einen geplanten routinemäßigen Test einer Interkontinentalrakete.⁵

Bidens Balanceakt – die Ukraine stärken, Krieg mit Russland vermeiden

Früh machte Präsident Biden deutlich, dass ein unmittelbarer militärischer Konflikt seines Landes mit Russland unter allen Umständen vermieden werden soll, denn das wäre „World War III“.⁶ Angesichts der Ungewissheit, was Russland als Einmischung verstehen könnte, lautete die sich früh abzeichnende Linie der Biden-Administration: ja zu Rüstungslieferungen an die Ukraine, zu einer gewissen nachrichtendienstlichen Unterstützung des Landes und zu umfassenden Sanktionen, aber strikte Zurückweisung der ukrainischen Bitte, eine Flugverbotszone durchzusetzen, und Vermeidung all dessen, was als direkte Kriegsbeteiligung verstanden werden könnte. Denn andernfalls, so die große Sorge, drohe eine unmittelbare Konfrontation mit russischen Streitkräften.⁷ Um die Gefahr eines unbeabsichtigten militärischen Zwischenfalls zu reduzieren, wurde auf US-Initiative eine „Hotline“ zwischen amerikanischem und russischem Militär eingerichtet.

Zwar erwarteten die amerikanischen Geheimdienste, dass Putin nur im Falle einer existenziellen Bedrohung für den russischen Staat oder das Regime den Einsatz von Nuklearwaffen autorisieren werde. Doch – so hieß es im Mai 2022 – in einer so angespannten Lage bestehe immer eine erhöhte Möglichkeit, dass es zu Fehlkalkulationen und einer unbeabsichtigten Eskalation kommen könne.⁸

Die Biden-Administration gestaltete jedenfalls ihre Unterstützung der Ukraine von Anfang an mit Blick auf eine mögliche horizon-

tale (Ausweitung des Kriegsgebietes) oder vertikale (Einsatz von Atomwaffen) Eskalation des Krieges. Die Hoffnung war, mit einer inkrementellen Steigerung der Unterstützung und einem Verzicht auf die Lieferung von Waffen, mit denen die Ukraine Ziele weit in Russland angreifen könnte, gewisse „Leitplanken“ gesetzt zu haben.⁹

Die US-Administration spekuliert öffentlich nicht darüber, was für die russische Führung eine existenzielle Bedrohung des Staates oder des Regimes wäre, die zum Einsatz von Nuklearwaffen führen könnte. Doch schließt sie offensichtlich nicht aus, dass Putin – vor einer demütigenden Niederlage stehend – mit dem Einsatz taktischer Nuklearwaffen die Konflikt-

Mit seinen nuklearen Drohgebärden hat Putin ein Element „strategischer Unberechenbarkeit“ eingeführt

dynamik zu verändern suchen könnte – wenn er zwischen der Zurückdrängung Russlands aus den besetzten Gebieten in der Ostukraine oder gar dem Verlust der Krim und einer nuklearen Eskalation wählen müsste. Verschiedene Varianten sind möglich: demonstrativer Einsatz in der Atmosphäre über der Ukraine; der Einsatz gegen eine ukrainische Stadt, um über den elektromagnetischen Impuls die Elektrizitätsversorgung etwa Kyjiws lahmzulegen; ein Einsatz gegen ukrainische Verbände auf dem Schlachtfeld. Putin müsste in seiner Kosten-Nutzen-Kalkulation abwägen, ob der mögliche, aber keinesfalls sichere Erfolg nuklearen Zwangs oder der militärische Nutzen die Reputationskosten aufwiegen, die sich für Russland aus der Verletzung des nuklearen Tabus gerade auch unter jenen Ländern im globalen Süden ergeben könnte, die sich bislang nicht gegen Russland gestellt haben.

Das Dilemma, in dem sich die US-Administration, ja der Westen im Fall eines russischen Atomwaffeneinsatzes befinden würde, ist offensichtlich: Auf der einen Seite soll Moskau

der Nutzen verweigert werden, den es aus einer nuklearen Eskalation ziehen könnte – das heißt, kein Verzicht auf Unterstützung der Ukraine und kein Druck auf Kyjiw, sich russischen Forderungen zu beugen. Auf der anderen Seite soll eine weitere, möglicherweise zu einem Krieg zwischen Russland und der NATO führende Eskalation vermieden werden.¹⁰

Brinkmanship – Politik am Rande des Abgrunds

Anders als jene Experten ohne politische Verantwortung, die von einem äußerst geringen Risiko einer nuklearen Eskalation sprechen, stellt die US-Administration die Möglichkeit in Rechnung, dass Putin den Einsatz erhöhen und die USA mit schwerwiegenden Entscheidungen konfrontieren würde. Das gilt zumal, nachdem Putin im September 2022 recht deutlich die rote Linie formuliert hat,

Es geht darum, das gemeinsame Interesse an der Vermeidung eines Atomkriegs zum eigenen Vorteil zu manipulieren

bei deren Überschreiten der Einsatz aller Verteidigungsmittel angedroht ist: nämlich bei einer Bedrohung der territorialen Integrität Russlands. Mit der Eingliederung von vier Regionen der Ukraine in das russische Territorium erhob er den Krieg zu einer Verteidigung desselben und die westliche Unterstützung der Ukraine als eine gegen Russland gerichtete Aggression, zu deren Abwehr er zum Einsatz aller Verteidigungsmittel bereit sei. Mit dem Hinweis, dies sei kein Bluff, und der Erinnerung daran, dass die USA mit dem Atomwaffeneinsatz 1945 einen „Präzedenzfall“ geschaffen hätten, erhöhte er den Einsatz im Nuklearpoker. Damit und mit der Entscheidung zur Mobilmachung hat Putin seinen politischen Handlungsspielraum im Falle einer drohenden Niederlage begrenzt.¹¹

Putins Politik folgt im Grunde der Logik dessen, was im klassischen Abschreckungsdenken als *brinkmanship* bezeichnet wurde: die Erhöhung des Einsatzes und die Bereitschaft

zu einer möglicherweise unkontrollierbaren Eskalation in der Erwartung, die andere Seite werde sich rational verhalten und passen.¹² Es geht dabei darum, das gemeinsame Interesse an der Vermeidung eines Atomkrieges zum eigenen Vorteil zu manipulieren. Doch was geschieht, wenn die andere Seite auch den Einsatz im „Wettstreit um die Risikobereitschaft“ („*competition in risk taking*“)¹³ erhöht? Die US-Regierung hat die russische Seite wiederholt vor einem Einsatz atomarer Waffen gewarnt. Präsident Biden sprach im Mai 2022 davon, jeglicher Einsatz russischer Nuklearwaffen im Ukraine-Krieg würde „schwere Konsequenzen“ („*severe consequences*“) nach sich ziehen.¹⁴ Als Reaktion auf Putins rhetorische Erhöhung des Einsatzes verschärfte die US-Administration den Ton: Von „katastrophalen Konsequenzen“ – so Sicherheitsberater Jake Sullivan – und „entsetzlichen“ („*horrific*“) Folgen – so Außenminister Anthony Blinken – war nun die Rede.¹⁵ Unbekannt blieb, was die die Administration auf vertraulichem Weg der russischen Regierung an konkreten Warnungen zukommen ließ. Öffentlich lässt sich nicht erkennen, ob sie auf einen Einsatz russischer Atomwaffen in der Ukraine in erster Linie mit einer Verschärfung des wirtschaftlichen Druckes und intensivierter militärischer Unterstützung der Ukraine reagieren würde oder gar mit konventionellen militärischen Angriffen auf russische Militäreinrichtungen.

Begleitet war die Warnung vor den „katastrophalen“ Konsequenzen vermutlich nicht zufällig von einer Art *nuclear signaling* im Hintergrund. Dazu gehörte die Dislozierung von U-Booten mit seegestützten Marschflugkörpern im europäischen *theater*. B-52-Bomber, die jedoch keine Nuklearwaffen mit sich führen, sind auf einem Stützpunkt in Großbritannien stationiert, zwei stiegen zu Flügen über Norwegen an die russische Nordgrenze auf, zwei näherten sich von Süden dem russischen Luftraum. Im September 2022 führte das U.S. Strategic Command eine zehntägige Übung durch, bei der in Nord-Dakota stationiert B-52-Bomber die zügige Ladung mit nuklearen Marschflugkörpern und schnelle Starts praktizierten.¹⁶ Zudem wird Berichten zufolge der ursprünglich für Frühjahr 2023

geplante Austausch der in Europa gelagerten amerikanischen Atombomben gegen ein neueres Modell (B61-12) auf den Dezember 2022 vorgezogen, ein Schritt, der vielleicht in erster Linie als beruhigende Botschaft an die europäischen Verbündeten gedacht ist.¹⁷

Eskalationsrisiken

Man kann mit Blick auf die amerikanischen Reaktionen von einer bewussten „strategischen Ambiguität“ sprechen. Mit der Rede von den „katastrophalen Konsequenzen“, die ein russischer Nuklearwaffeneinsatz nach sich zöge, hat sich die Biden-Administration jedoch möglicherweise „in eine Ecke manövriert“. Denn sie hat die eigene Glaubwürdigkeit ins Spiel gebracht.¹⁸ Reagiert sie militärisch – gewiss nicht nuklear, denn es ergäbe militärisch und politisch keinen Sinn, selbst das nukleare Tabu zu verletzen und das Eskalationsrisiko zu erhöhen –, sähe sich Putin unter Druck, darauf zu reagieren, will er seine Entschlossenheit demonstrieren. Wie sähe dann der nächste Schritt Russlands auf der Eskalationsleiter aus? Konventionelle Angriffe gegen NATO-Ziele? Oder ein nuklearer Angriff gegen Schiffe der NATO oder die Zündung einer Atombombe über einem Militärstützpunkt in Europa, um diesen über den elektromagnetischen Impuls lahmzulegen? Die russische Führung scheint der Überzeugung zu sein, dass sie im „Wettstreit in der Risikobereitschaft“ die besseren Karten hat und der Westen für die Ukraine keinen Nuklearkrieg riskieren werde.¹⁹

Das Risiko einer möglicherweise nicht mehr kontrollierbaren Eskalation setzt unter Umständen bereits ein, wenn Russland den Einsatz taktischer Atombomben vorbereiten würde. Auf westlicher Seite scheint man sich nicht sicher zu sein, ob entsprechende Vorbereitungen frühzeitig entdeckt würden – wenn Russland solche Vorbereitungen nicht ohnehin als Signal einsetzen würde.²⁰ Konkrete Vorbereitungen Moskaus für den Einsatz taktischer Atomwaffen könnten einen Prozess in Gang setzen, in dessen Verlauf die Alarmbereitschaft auf beiden Seiten erhöht würde, was in einer nuklearen Krise münden könnte.

Die russische Führung kann sich nicht sicher sein, wie Washington auf erste Warnsignale reagiert. Würde sie damit rechnen, dass die USA ihre strategischen Nuklearstreitkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft versetzen, und würde sie in diesem Ablauf sicherheitshalber vorangehen? Oder würde Moskau auf eine erhöhte Alarmbereitschaft verzichten, die meisten strategischen U-Boote in den Häfen belassen und mobile Raketenabschussvor-

Das Risiko einer möglicherweise nicht mehr kontrollierbaren Eskalation setzt unter Umständen bereits ein, wenn Russland den Einsatz taktischer Atombomben vorbereiten würde

richtungen nicht in den Wäldern Sibiriens dislozieren, um damit zu signalisieren, dass es nur um einen begrenzten Einsatz geht? Verlassen hingegen Russlands strategische U-Boote die Häfen, werden amerikanische Jagd-U-Boote ihre Fährte aufnehmen und sie beschatten. Selbst wenn Moskau auf eine erhöhte Einsatzbereitschaft der strategischen Nuklearstreitkräfte verzichten würde und auch Washington den Bereitschaftsgrad der eigenen Kernwaffen unverändert beließe, würde wohl die westliche Aufklärungsaktivität an der russischen Peripherie sich intensivieren – mit der Möglichkeit, dass sich hieraus Verwicklungen ergeben. Käme es tatsächlich zu einem Einsatz russischer taktischer Nuklearwaffen, wäre vermutlich damit

Der Autor

Dr. Peter Rudolf ist Senior Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Nach dem Studium der Politikwissenschaft und der katholischen Theologie an der Universität Mainz promovierte er 1989 in Politikwissenschaft in Frankfurt am Main. Er war unter anderem Congressional Fellow der American Political Science Association (APSA) in Washington D. C., wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt am Main sowie Research Fellow am Center for Science and International Affairs der Universität Harvard.



zu rechnen, dass auf amerikanischer Seite Vorbereitungen mit Blick auf eine Eskalation eingeleitet würden, auf die wiederum mit russischen Reaktionen zu rechnen wäre.²¹

Der bleibende nukleare Schatten

Die Möglichkeit einer nuklearen Eskalation wirft ihren Schatten über den Krieg in der Ukraine. Die ukrainische Regierung mag bereit sein, das Risiko eines russischen Nuklearwaffeneinsatzes bei der Rückeroberung der besetzten Gebiete in Kauf zu nehmen. Doch werden die USA das Risiko einer sich zuspitzenden nuklearen Krise hinnehmen, oder werden sie die Ukraine zur Zurückhaltung drängen?²² Die USA unterstützen die Ukraine mit dem Ziel, deren Verhandlungsposition zu stärken, wenn es irgendwann zu Verhandlungen kommen sollte. Die US-Administration äußert sich weder zu den Voraussetzungen, unter denen Kyjiw sich verhandlungsoffen zeigen sollte, noch wie ein Verhandlungsergebnis aussehen könnte. Doch es könnte der Punkt kommen, an dem die Spannung zwischen unbedingter Unterstützung der Ukraine und der Vermeidung einer Eskalation des Krieges die US-Regierung zu einer Positionierung zwingt – und sie die Frage beantworten muss, ob sie die Ukraine bei der militärischen Wiedergewinnung aller verlorenen Gebiete unterstützen würde.²³

1 Siehe Cosgrove, Jonathan (2020): The Russian Invasion of the Crimean Peninsula 2014–2015: A Post-Cold War Nuclear Crisis Case Study. The Johns Hopkins University Applied Physics Laboratory.

2 Die Rede ist auszugsweise in Übersetzung dokumentiert: Süddeutsche Zeitung (online), 24. Februar 2022, <https://www.sueddeutsche.de/politik/putin-ukraine-krieg-rede-wortlaut-1.5535599> (Stand: 7.11.2022)

3 Siehe Vern Bruusgaard, Kristin (2022): As Russia struggles in Ukraine, will Putin break the nuclear taboo? In: The Guardian, 2. März.

4 Siehe Ziegler, Andrew L. (2022): Strategic Unpredictability: Assessing the Doctrine from Nixon to Putin. In: Survival, 64 (Juni–Juli 2022) 3, S. 49–66.

5 Siehe Talmadge, Caitlin (2022): The Ukraine crisis is now a nuclear crisis. In: The Washington Post, 27. Februar.

6 Blake, Aaron (2022): Why Biden and the White House keep talking about World War III. In: The Washington Post, 17. März.

7 Siehe Toosi, Nahal (2022): White House sweats over its growing entanglement in Ukraine. In: Politico, 9. März.

8 Haines, Avril (2022): Annual Threat Assessment of the U.S. Intelligence Community, Opening Statement, Senate Armed Services Committee, 10. Mai. <https://www.dni.gov/index.php/newsroom/congressional-testimonies/congressional-testimonies-2022/item/2295-2022-ata-dni-opening-statement-as-delivered-to-the-sasc> (Stand: 1. November 2022).

9 Siehe Sanger, David E. u. a. (2022): U.S. Is Reluctant As Ukraine Asks To Upgrade Arms, in: The New York Times, 18. September.

10 Siehe Betts, Richard K. (2022): Thinking About the Unthinkable in Ukraine: What Happens If Putin Goes Nuclear? In: Foreign Affairs, 4. Juli.

11 Siehe Stanovaya, Tatiana (2022), Putin's Apocalyptic End Game in Ukraine: Annexation and Mobilization Make Nuclear War More Likely. In: Foreign Affairs, 6. Oktober.

12 Traub, James (2022): The Crazy Logic of Brinkmanship Is Back. In: Foreign Policy, 26. September.

13 Schelling, Thomas C. (1966): Arms and Influence, New Haven/London: Yale University Press, Kapitel 3.

14 Biden, Joseph R. (2022): What America Will and Will Not Do in Ukraine. In: The New York Times, 31. Mai.

15 Siehe Sanger, David E. und Tankersley, Jim (2022): U.S. Speaks of ‚Catastrophic Consequences‘ if Russia Resorts to Nuclear Weapons. In: The New York Times, 26. September.

16 Siehe Arkin, William M. (2022): Biden Thinks Non-Nuclear Threats Will Stop Putin. His Military Doesn't. In: Newsweek, 29. September.

17 Siehe Bender, Bryan, McLeary, Paul und Banco, Erin (2022): U.S. speeds up plans to store upgraded nukes in Europe. In: Politico, 26. Oktober.

18 Auslin, Michael (2022): The Dangers of ‚Catastrophic Consequences‘. In: Foreign Policy, 21. Oktober.

19 Siehe Sanger, David E., Troianovski, Anton und Barnes, Julian E. (2022): In Washington, Putin's Nuclear Threats Stir Growing Alarm. in: The New York Times, 1. Oktober.

20 Siehe Bender, Bryan (2022): U.S. steps up intel, surveillance after Putin's nuke threats. In: Politico, 27. September.

21 Siehe Posen, Barry R. (2022): Can Russia and the West Survive a Nuclear Crisis in Ukraine? In: The National Interest, 13. Mai.

22 Siehe Douthat, Ross (2022): A Nuclear Shadow Over the Ukraine War. In: The New York Times, 25. September.

23 Siehe Rian, Missy (2022): U.S. expects months of intense fighting in Ukraine-Russia war. In: The Washington Post, 16. September.

„DIE FRAGE DER EFFEKTIVITÄT VON SANKTIONEN IST KOMPLEX“

Frau Portela, die EU und weitere westliche Staaten haben als Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Sanktionen gegen Russland verhängt. Ist das nach internationalem Recht erlaubt?

Bei diesem Thema muss man unterscheiden: Der UN-Sicherheitsrat kann auf Grundlage der UN-Charta sogenannte multilaterale Sanktionen verhängen, die alle Staaten auf der Welt binden. Bei den Sanktionen gegen Russland handelt es sich jedoch um unilaterale Sanktionen, also solche, die nicht vom UN-Sicherheitsrat verhängt werden. Prinzipiell gelten aber auch unilaterale Sanktionen als rechtmäßig.

Die EU hat dabei genau dieselben Befugnisse wie ein Einzelstaat. Außerdem ist auch die politische Botschaft viel stärker, wenn Staaten gemeinsam dieselben Maßnahmen ergreifen. Und es mag „legitimer“ erscheinen, wenn mehrere Staaten zusammen Sanktionen verhängen, wobei das eine Frage der Wahrnehmung ist. Wenn nur ein einzelner Staat Sanktionen verhängt, haben dessen Unternehmen im Übrigen viele Nachteile gegenüber der Konkurrenz, weil sie die einzigen sind, die bestimmte Güter nicht liefern dürften.

Es gibt also keine Zweifel an der grundsätzlichen Rechtmäßigkeit solcher unilateraler Sanktionen?

Juristisch wird meistens argumentiert, dass man Sanktionen verhängen darf, weil sie nicht explizit verboten sind. Im Unterschied zum völkerrechtlichen Gewaltverbot, das in der UN-Charta festgeschrieben ist, gibt es kein Verbot der Unterbrechung des Handels. Als Nicaragua in den 1980er-Jahren gegen Wirtschaftssanktionen der USA vorging, ist der Internationale Gerichtshof der Auffassung der USA gefolgt, dass jeder Staat das Recht hat zu entscheiden, mit wem er Handel treiben will und mit wem nicht.

Manche Staaten, vor allem aus dem globalen Süden, bestreiten dennoch grundsätzlich, dass man unilaterale Sanktionen verhängen darf, weil diese das Recht auf Entwicklung verletzen. Seit 2014 vertritt auch Russland diese Meinung besonders vehement. Nur vom Sicherheitsrat verhängte Maßnahmen

Als Reaktion auf die Annexion der Krim wurden bereits 2014 vonseiten vieler westlicher Staaten gegen Russland Sanktionen verhängt. Nach der Invasion der Ukraine 2022 wurden diese zu einem umfangreichen Sanktionsregime ausgebaut, das sektorale Handelsbeschränkungen vorsieht, russische Banken vom internationalen Zahlungsverkehr abschneidet und reichen Eliten den Zugriff auf ihre Vermögenswerte erschwert. Doch Sanktionen sind aus verschiedenen Gründen umstritten. Die Politikwissenschaftlerin und Sanktionsexpertin Dr. Clara Portela, gegenwärtig Konrad-Adenauer-Gastprofessorin an der Carleton-Universität in Kanada, beantwortet im Interview mit „Ethik und Militär“ Fragen zu diesem Thema.

wären demnach zulässig; alles andere nicht. Es hängt allerdings rein von politischen Umständen ab, ob eine Maßnahme vom Sicherheitsrat beschlossen wird oder nicht. Dadurch verliert er an Legitimität.

Neben dieser fundamentalen Debatte gibt es auch eine juristische Diskussion darüber, in welchen Fällen Sanktionen verhängt werden können, was sie beinhalten dürfen, inwiefern sie gezielt und verhältnismäßig sein müssen und was diese Kriterien bedeuten. Meiner Meinung nach wäre es sinnvoll, das genauer zu regeln. Solange aber von mancher Seite verneint wird, dass sie überhaupt zulässig sind, kommt man in dieser Diskussion nicht voran.

In der Ethik gab es etwa Versuche, die Rechtmäßigkeit von Sanktionen anhand der Lehre des gerechten Krieges zu bewerten. Manche sind zu dem Ergebnis gekommen, dass zumindest umfassende Handelsbeschränkungen nicht erlaubt sind, weil sie die Zivilbevölkerung absichtlich schädigen. Es ist aber umstritten, ob die Just-War-Theorie auf Sanktionen – die ja keine militärischen Mittel sind, sondern wirtschaftlichen Druck ausüben – anwendbar ist. Einen Überblick über diese Fragen bieten zum Beispiel James Pattison¹ oder Elizabeth Ellis².

Kann Russland rechtlich gegen die Sanktionen vorgehen?

Was das russische Hoheitsgebiet anbelangt, bleibt Russland ohnehin souverän, da unterliegt es keinen Einschränkungen. Auf internationaler Ebene besteht die Möglichkeit, sich im Kontext der Welthandelsorganisation WTO gegen Handelsbeschränkungen zu wehren.

Für bestimmte Eliten in Russland wird es möglicherweise immer schwieriger, der politischen Führung den Rückhalt zu entziehen

Auch beim Internationalen Gerichtshof hat Russland bereits Beschwerde eingelegt. Und es existiert noch eine dritte Möglichkeit, die die EU direkt betrifft, nämlich die, beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) dagegen vorzugehen. In einem Präzedenzfall hat der EuGH 2021 entschieden, dass auch Staaten das Recht auf Anfechtung von Wirtschaftssanktionen haben, die sie betreffen, und die Klage Venezuelas an das zuständige Gericht zurückverwiesen.

Wie würden Sie denn die augenblicklichen Sanktionen gegen Russland einordnen? Sind es sehr breite Maßnahmen oder doch eher sogenannte gezielte Sanktionen, die sich gegen Einzelpersonen und bestimmte Gruppen richten?

Es handelt sich tatsächlich um eine Mischung aus umfassenden Maßnahmen und gezielten Sanktionen. Das bedeutet auch, dass sie nicht alle derselben Logik folgen. Einige

bezwecken, Russland die Finanzierung des Krieges zu erschweren. Darüber hinaus gibt es im Bereich der Hochtechnologie einige Güter, die nicht mehr nach Russland ausgeführt werden dürfen, insbesondere Mikrochips, was die Möglichkeiten der russischen Streitkräfte, weiter Krieg zu führen, bereits deutlich beeinträchtigt.

Die Maßnahmen, die sich gegen die Eliten und ihr Vermögen richten, gegen ihre Luxusjachten, Immobilien und Bankguthaben, sollen dazu führen, dass sie dem System keinen Rückhalt mehr bieten. Die Art und Weise, wie Autokratien funktionieren, hat viel damit zu tun, dass die Führung die politischen Eliten wirtschaftlich oder auf andere Art begünstigt. Wenn diese Schicht irgendwann feststellt, dass sich ihre Loyalität aufgrund der Sanktionen oder der schwächeren Wirtschaft des Landes für sie nicht mehr lohnt, hat sie keinen Grund mehr, das Regime zu unterstützen. Das ist zumindest das Kalkül dahinter.

Und wird dieses Kalkül aufgehen?

Das ist schwer zu sagen. Auf jeden Fall müssen wir davon ausgehen, dass die Macht in Russland im Verlauf des Krieges immer stärker zentralisiert wird. Für bestimmte Eliten wird es möglicherweise immer schwieriger, der politischen Führung den Rückhalt zu entziehen, ohne sich selbst zu exponieren und eventuell auch Repressalien befürchten zu müssen.

Sind damit alle möglichen Funktionen der Sanktionen benannt?

Nein. Die Sanktionen gegen Russland erfüllen unter anderem die Funktion, sich international an der Seite der Ukraine und der westlichen Unterstützer zu positionieren. Selbst wenn die Sanktionen zu keiner Verhaltensänderung Russlands führen oder die Kriegsführung erschweren würden, haben sie also einen starken symbolischen und kommunikativen Wert, weil man sich damit geostrategisch gesehen klar verortet.

Und man darf eine weitere Funktion nicht vergessen, nämlich die Kommunikation gegenüber der eigenen Bevölkerung: Man zeigt, dass man versucht, aktiv zu werden, dass man überhaupt auf einen Völkerrechtsbruch re-

Zur Person



Dr. Clara Portela ist Konrad-Adenauer-Gastprofessorin am Centre for European Studies der Carleton-Universität in kanadischen Ottawa. Sie lehrt Politikwissenschaft an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Valencia. Zuvor war sie an der Management University in Singapur und am European Union Institute for Security Studies (EUISS) in Paris tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind multilaterale Sanktionen, Rüstungskontrolle und EU-Außenpolitik.

agiert. Dafür gibt es eine Art öffentliche Nachfrage. Wenn man überhaupt nicht reagieren würde, weil man davon ausgeht, dass das ohnehin nicht zu einer Beendigung des Konfliktes führt, würde das in der Öffentlichkeit möglicherweise schlecht ankommen.

Was bedeutet das für die Effektivität von Sanktionen und die Kritik, sie würden gar keine Wirkung erzielen?

Dadurch, dass so schnell so viele Sanktionswellen verhängt wurden, stellt man möglicherweise erst im Nachhinein fest, dass einige Sanktionen nicht ganz passen oder vor Gericht nicht Bestand haben. Die EU hatte zu wenig Zeit, das zu prüfen, und wollte schnell und resolut reagieren. Zum Glück, darf man sagen, war Russlands „militärische Spezialoperation“ nicht so schnell und erfolgreich, wie man sich ursprünglich gedacht hatte, und so wurden manche Effekte schon nach einigen Monaten sichtbar.

Die Frage der Effektivität ist insgesamt eine komplexe Frage. So bleibt in den entsprechenden Bestimmungen manchmal vage, was sie erreichen sollen, manchmal steht es gar nicht drin. Die Sanktionen gegen Russland nach dem verdeckten militärischen Eingreifen in der Ostukraine 2014 zum Beispiel wurden erst ein Jahr später an die Einhaltung des Minsker Abkommens gebunden. Wenn aber die Ziele nicht klar sind, kann man die Zielerreichung auch nicht messen.

Manchmal werden Ziele auch aus politischen Gründen nicht ausgesprochen. Das Ganze wird weiter verkompliziert durch die Tatsache, dass Sanktionen normalerweise eben nicht ein einzelnes Ziel verfolgen, sondern unterschiedliche. Zum Thema Effektivität von Sanktionen lassen sich also nur schwer pauschale Aussagen treffen. Wenn man aber Ziele identifiziert hat, muss man sie auch einzeln messen. Zusammen mit einem Kollegen von der Stiftung Wissenschaft und Politik habe ich die Sanktionen gegen Russland in diesem Sinne evaluiert.³ Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind in Russland spürbar, aber begrenzt; politische Effekte, also etwa wachsender Widerstand der Bevölkerung gegen den Krieg, zeigen sich allerdings kaum.

Stimmt also der Eindruck, dass mit Sanktionen nicht wirklich etwas erreicht werden kann – schon gar nicht ein Maximalziel wie das Ende der Angriffe oder ein Rückzug aus der Ukraine?

Man muss sich klarmachen: Richtig bewerten lässt sich die Wirkung von Sanktionen oft erst, wenn sie bereits in der Vergangenheit liegen. Doch selbst dann müssen sie immer im Zusammenhang mit anderen Instrumenten evaluiert werden. Die dafür nötigen Informationen sind häufig erst viel später verfügbar, zum Beispiel wenn Archive geöffnet werden oder

Sanktionen verfolgen normalerweise nicht ein einzelnes Ziel, sondern mehrere

Politiker und Politikerinnen, die eine wichtige Rolle gespielt haben, offen sprechen können.

Die Sanktionen gegen das Apartheid-Regime in Südafrika etwa gelten häufig als Erfolgsgeschichte, aber sie endeten Anfang der 1990er-Jahre. Heute kann man das wunderbar erforschen, aber damals wusste man einfach nicht, was sich unter den Eliten abgespielt hat. Während die Sanktionen in Kraft waren, haben viele Beobachter behauptet, sie würden nichts bringen. Dann kam die Wende, und plötzlich wurden sie als Erfolg gesehen.

Im Fall von Kuba heißt es schon seit 50 Jahren, dass die Sanktionen nicht wirken. Wenn es irgendwann eine Wende gibt, wird man vielleicht das Gegenteil behaupten. Oder nehmen Sie das Beispiel Myanmar: Dort bestanden bis 2012/2013 etwa 20 Jahre lang Sanktionen, bevor es zumindest zum Übergang von einer Militärregierung zu einer zivilen Regierung kam und die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi aus der Haft entlassen wurde. Insofern kann man schlecht sagen, dass Sanktionen nicht wirken, während sie noch in Kraft sind.

Manche Kritiker weisen aber auch darauf hin, dass Sanktionen, gerade wenn sie gegen autokratische Regime verhängt werden, kontraproduktiv sein können und die Reihen

eher schließen. Auch das russische Regime kann damit Propaganda betreiben: Seht her, der Westen führt einen Wirtschaftskrieg gegen uns, er will uns vernichten.

Es ist offensichtlich, dass der Kreml alles in seiner Macht Stehende tut, um genau diesen Diskurs zu befördern. Die Sache ist: Manchmal gibt es tatsächlich diesen Effekt und manchmal nicht. Er tritt auf jeden Fall nicht automatisch ein. Momentan lässt sich das nicht gut erkennen: Die öffentliche Meinung wird in autokratischen Staaten selten unabhängig gemessen. Selbst wenn es ein unabhängiges Meinungsforschungsinstitut gibt, ist es schwer zu bestimmen, ob die Menschen ehrlich antworten. Wenn ich jetzt irgendwo in Omsk säße und mein Telefon klingelte: „Guten Tag, hier ist das Levada-Zentrum, wir messen gerade die Zustimmungsraten zur Regierung. Sind Sie zufrieden?“ ...

... und, was würden Sie antworten?

Auf keinen Fall etwas anderes als: „Ja, ich bin zufrieden.“! Andernfalls gehe ich ein großes Risiko ein; man kann nicht wissen, ob es wirklich das Meinungsforschungsinstitut oder irgendein Spion ist. Ich will damit nicht infrage stellen, dass vorhandene Meinungsforschungsinstitute unabhängig sind, aber unter den gegenwärtigen Umständen ist es eine andere Frage, wie zuverlässig ihre Umfrageergebnisse sind.

Wenn Sie sich vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Ereignisse und dessen, was wir hier gerade besprochen haben, die aktuelle Sanktionspolitik der EU und westlicher Staaten anschauen, wie würden Sie diese einschätzen?

Grundsätzlich bin ich der Ansicht, dass man sich Mühe gegeben hat, sehr schnell und sehr resolut zu reagieren. Zwar wurden auch gegen den Iran von der EU ein Ölembargo und sehr weitreichende Finanzsanktionen verhängt, allerdings sehr viel langsamer – das Tempo ist diesmal auf jeden Fall neu. Am Ende ist wahrscheinlich gar nicht am interessantesten, was die EU verhängt oder wie schnell es geht, sondern was im Bereich der Umgehung von Sanktionen erreicht wurde. Denn die

Kommission ist seit Kurzem befugt, eine allgemeinverbindliche Definition der Tatbestände und Mindeststandards für Strafen festzulegen. Vor Februar 2022 konnte jeder Staat individuell festlegen, was eine Umgehung der Sanktionen darstellte und was nicht. Und auch das Strafmaß war extrem unterschiedlich. Selbst wenn diese Änderung im EU-Recht nicht so viel Aufmerksamkeit in den Medien fand wie einzelne Sanktionsmaßnahmen selbst, hat sie eine große Bedeutung.

Frau Dr. Portela, vielen Dank für das Interview!

Die Fragen stellte Rüdiger Frank.

1 Pattison, James (2015) The Morality of Sanctions. In: *Social Philosophy and Policy*, 32/1, S. 192–215.

2 Ellis, Elizabeth (s. a.): The Ethics of Economic Sanctions. <https://iep.utm.edu/ethics-of-economic-sanctions/> (Stand: 14. Dezember 2022).

3 Portela, Clara und Kluge, Janis (2022): Slow-Acting Tools. Evaluating EU sanctions against Russia after the invasion of Ukraine. https://www.iss.europa.eu/sites/default/files/EUISSFiles/Brief_11_Sanctions_0.pdf (Stand: 14. Dezember 2022).

„WIR DENKEN NUR SELTEN DARAN, DASS UNSER BERUF AUCH DEN EINSATZ DES LEBENS ERFORDERN KANN“

Russlands Krieg gegen Ukraine hinterlässt große Zerstörung; nicht erst seit dem Beginn des groß angelegten Angriffs im Februar 2022, sondern schon seit den Aufständen im Donbas. In den Bundeswehr-Krankenhäusern werden bereits seit Längerem Schwerverwundete aus der Ukraine behandelt. Für „Ethik und Militär“ beantwortete Generalstabsarzt Dr. Stephan Schoeps, stellvertretender Inspekteur des Zentralen Sanitätsdienstes, Fragen zu den physischen und psychischen Schäden, die Krieg anrichtet, zur mentalen und materiellen Vorbereitung und zum Afghanistan-Einsatz als „Reifepfropfung“ für die Bundeswehr.

Herr Generalstabsarzt Dr. Schoeps, seit mehr als einem halben Jahr führt Russland nun Krieg in der Ukraine. Waren Sie überrascht über den Angriff? Hätte man die Entwicklung kommen sehen müssen, wie immer wieder gesagt wird?

Im Nachhinein ist man immer klüger. Rückschauend betrachtet waren die Zeichen für einen Vorstoß der Russischen Föderation deutlich erkennbar. Allerspätestens mit der Annexion der Krim wurde deutlich, welche Absichten Russland hegt. Wir alle wollten glauben, dass Putin nur drohte. Wir alle wollten unseren Komfort und schönes Leben nicht gefährdet sehen und konnten uns nicht vorstellen, dass in Europa wieder völkerrechtswidrige Angriffs-

Zur Person



Generalstabsarzt Dr. Stephan Schoeps ist seit 2016 Kommandeur Gesundheitseinrichtungen und Stellvertreter des Inspektors des Sanitätsdienstes der Bundeswehr in Koblenz. Zuvor war er unter anderem Kommandeur der Sanitätsakademie der Bundeswehr in München sowie des Kommandos Sanitätsdienstliche Einsatzunterstützung in Weißenfels. Auslandseinsätze absolvierte er in den Jahren 2003 und 2009 in Afghanistan.

kriege geführt werden. Die Plötzlichkeit und die Intensität des Angriffs waren sicher nicht nur für mich sehr erschreckend.

Und hätten Sie gedacht, dass der Krieg so lange dauern und sich so entwickeln wird?

Die Ukraine verteidigt ihr Territorium. Das ist die größte Motivation, um alle Kräfte zu mobilisieren und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu kämpfen. Angesichts der augenscheinlichen militärischen Übermacht und der vermuteten überragenden militärischen Fähigkeiten der russischen Armee hatte ich aber nicht zu hoffen gewagt, dass sich die Ukrainer so erfolgreich verteidigen würden. Die ukrainische Armee hat mit der Unterstützung des Westens Unglaubliches geleistet. Hut ab.

Seit Beginn des Konflikts im Donbass 2014 unterstützt die Bundeswehr die Ukraine bei der Behandlung von Kriegsverletzten. Wie läuft das ab? Wie viele Patienten wurden behandelt?

Seit 2014 haben wir mehr als 150 ukrainische Verwundete in allen Bundeswehrkrankenhäusern behandelt. Manche brauchen über Jahre mehr als 20 Operationen und lange Reha-Maßnahmen, um wieder am Leben teilzunehmen. Die Versorgung von Kriegsverletzten ist enorm aufwendig. Die Ukraine hat regelmäßig die Bundesregierung um Unterstützung gebeten. Wir haben dann vor Ort die Patientinnen und Patienten ausgesucht und nach Deutschland geflogen. Aktuell läuft das Verfahren anders. Patienten der Ukraine werden europaweit verteilt. Deutschland hat bisher den größten Anteil der Patienten übernommen. Die Verteilung in Deutschland erfolgt durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Die Bundeswehrkrankenhäuser behandeln zurzeit 16 ukrainische Patienten.

Für die Behandlung von Kriegsverletzungen sind die Bundeswehrkrankenhäuser gut aufgestellt.

Wie verändert das die Arbeit an den Bundeswehrkrankenhäusern? Welche Erkenntnisse gewinnt man daraus im Sanitätsdienst?

Unsere Bundeswehrkrankenhäuser sind wie bereits erwähnt auf die Versorgung von Kriegs-

verletzungen eingerichtet und haben aufgrund der verschiedenen Auslandseinsätze bereits langjährige Erfahrung mit dieser Art von Verwundungen. Zwischen der zivilen Versorgung von Polytraumata, also von Patientinnen und Patienten mit mehreren, gleichzeitig vorliegenden lebensbedrohlichen Verletzungen, und der sanitätsdienstlichen Versorgung von Verwundeten in Kriegsgebieten gibt es viele Parallelen.

Wie blickt die Bundeswehrführung generell auf den Krieg in der Ukraine? Auf welche Szenarien richtet man sich ein, welche Schlussfolgerungen kann man schon jetzt ziehen?

Ich denke, wir sind uns alle einig, dass dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg nicht zum Erfolg führen darf. Die Bundeswehr wird sich umfassend auf die Landes- und Bündnisverteidigung vorbereiten und ihre Präsenz an der Ostflanke der NATO verstärken. Darüber hinaus hat der Generalinspekteur der Bundeswehr die Einsatzbereitschaft einer kriegsbereiten Division für 2025 befohlen. Wir sind bereit, das Territorium der NATO gemeinsam mit unseren Partnern zu verteidigen.

Denken Sie, dass es wirklich zu einem militärischen Konflikt mit Russland kommen könnte?

Wir wissen jetzt, dass Russland bereit ist, einen völkerrechtswidrigen Angriff gegen ein Land zu führen. Der Präsident der Russischen Föderation hat in vielen Reden seine imperialistischen Ziele offenbart. Nach ungünstigem Kriegsverlauf wurde jetzt die Teilmobilmachung befohlen. Daraus müssen wir unsere Schlüsse ziehen. Wir müssen uns als Gesellschaft auch mental wieder in die Lage versetzen, unser Land und unsere Freiheit zu verteidigen. Die Erklärung der Zeitenwende und das Sondervermögen für die Bundeswehr sind hierzu die richtigen ersten Schritte. Abgestimmte und zielgerichtete Waffenlieferungen und ein über den Winter anhaltender Zusammenhalt der NATO- und EU-Partnernationen sind dabei entscheidend. Und es bedarf besonnener politischer und militärischer Führer auf beiden Seiten.

Generalleutnant Mais, der Inspekteur des Heeres, hat bekanntlich formuliert, die Bundeswehr stehe „mehr oder weniger blank da“.

Stimmen Sie der Aussage zu? Wird sich das absehbar durch das Sondervermögen und die Zusage, das Zwei-Prozent-Ziel von nun an zu erreichen, ändern?

Für das Heer kann ich nicht sprechen. Aber von außen betrachtet würde ich sagen, der Inspekteur des Heeres hat sicherlich recht. Auch der Zentrale Sanitätsdienst ist in mehreren Bereichen, unter anderem dem strategischen Verwundetentransport, bei seiner Führungsfähig-

Ich denke, wir sind uns alle einig, dass dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg nicht zum Erfolg führen darf

keit und in der Digitalisierung ziemlich „blank“. Hier muss schnellstmöglich nachgesteuert werden. Das Sondervermögen sowie die Zusage zur Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels sind ein erster Schritt in die richtige Richtung, jedoch werden weitere Investitionen notwendig sein. Dies gilt für die Bundeswehr im Allgemeinen, im Speziellen aber natürlich auch für den Sanitätsdienst.

Abgesehen von Fragen des Materials und der Ausrüstung, was ist mit den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr? Sind sie psychisch und physisch auf ein LV/BV-Szenario vorbereitet? Hat sich die Ausbildung seit dem Krieg schon verändert?

Ausbildung entwickelt sich immer weiter. Wir befähigen zum Beispiel seit circa zehn Jahren erfolgreich die Truppe, wirksame Erste Hilfe zu leisten. Kompetente Erste Hilfe der Kameradinnen und Kameraden ist häufig entscheidend für das Überleben der Verwundeten. Dabei steht die Blutstillung an erster Stelle.

Unser Sanitätspersonal ist hervorragend ausgebildet und wird aus der laufenden Patientenversorgung in Deutschland sozusagen im Warmstart in den Einsatz geschickt.

Für mich entscheidend ist allerdings die Änderung des „Mindsets“ unserer Soldatinnen und Soldaten. Wir sind ein hervorragender Arbeitgeber mit allen sozialen Errungenschaften. Wir haben uns zum Großteil mit unseren Aufgaben in Deutschland eingerichtet und denken

nur selten daran, dass unser einzigartiger Beruf auch den Einsatz des Lebens erfordern kann. Physische und psychische Belastbarkeit, eine gefestigte Persönlichkeit sowie das Grundverständnis für den Dienst gehören zu den Voraussetzungen, um als Soldat oder Soldatin im Einsatz bestehen zu können. Dafür müssen wir noch eine Menge tun. Ich bin aber überzeugt, dass wir dies mit der momentanen Bedrohungslage besser vermitteln können als noch vor einem Jahr.

Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zu Debatten wie #leistungsschwach auf Twitter? Wie viel Stress müssen Soldatinnen und Soldaten aushalten können? Wo hört „gesunde Härte“ auf bzw. wie wichtig sind gute Führung, Hilfs- und Unterstützungsangebote, Seelsorge?

Krieg ist psychisch und moralisch belastend und kann dadurch krank machen. Jeder reagiert anders auf körperlichen oder mentalen Stress, auf moralische Konflikte. Hierzu haben wir in den letzten Jahren viel dazugelernt und bieten viele Möglichkeiten der Prävention und Therapie. Das Psychosoziale Netzwerk aus Medizin, Psychologie, Militärseelsorge und Sozialdienst fängt die Patientinnen und Patienten auf.

Wichtig ist aber auch eine gute Vorbereitung auf den Einsatz. Das bedeutet eben nicht nur, militärisch und fachlich kompetent zu sein, sondern erfordert auch die Auseinandersetzung mit

Ich bin davon überzeugt, dass man nicht durch Unrecht, wie völkerrechtswidriges Handeln, etwas „Gutes“ erreichen kann

der besonderen Lebenssituation im Einsatz, den damit verbundenen Gefahren und den eigenen Ängsten. Hier sind Gespräche mit einsatzerfahrenen Kameraden und Vorgesetzten und auch mit der Familie bereits im Vorfeld angezeigt, um Stress vorzubeugen. Psychische Belastungsreaktion und moralische Verwundung sind jedenfalls in der Bundeswehr kein Tabu mehr.

Was bedeutet es insbesondere, mit der Brutalität der russischen Kriegsführung konfrontiert zu sein? Ist das auch Thema Ihrer Gespräche mit Soldatinnen und Soldaten, mit Kommandeuren und Vorgesetzten?

Natürlich sprechen wir darüber. Krieg ist immer brutal und einen sauberen Krieg gibt es meiner Meinung nach nicht. Es gilt immer, dem anderen seinen Willen aufzuzwingen. Da ist man in der Wahl der Mittel weltweit nicht zimperlich. Aber die Brutalität, mit der die Russische Föderation Krieg führt, ist doch abstoßend und weicht sehr deutlich von unseren eigenen Wertvorstellungen ab. Sie spricht auch für unzureichende Führung, schlechte Moral und mangelhafte Ausbildung. Wichtig ist für uns, dass derartige Grausamkeiten, wo immer sie geschehen, nicht ungesühnt bleiben.

Was entgegnen Sie jemandem, der sagt, dass man sich im möglichen Kampf gegen einen solchen Gegner nicht durch die Einhaltung völkerrechtlicher Grundsätze oder ethische Abwägungen schwächen darf? Bedeutet Selbstbindung einen militärischen oder sonst wie gearteten Nachteil?

Gute Führung, hervorragende Ausbildung und das Bewusstsein, für eine gerechte Sache zu stehen, sind die Voraussetzungen, um erfolgreich zu kämpfen. Ich bin davon überzeugt, dass man nicht durch Unrecht, wie völkerrechtswidriges Handeln, etwas „Gutes“ erreichen kann. Wenn der rechtliche Rahmen eindeutig verlassen wird, dann läuft alles aus dem Ruder. Unsere Soldatinnen und Soldaten müssen eindeutig wissen, wofür sie stehen, wofür sie kämpfen und wofür sie im Extremfall sterben. Und sie müssen wissen, dass Grausamkeiten nicht geduldet werden. Hierfür brauchen sie den Rückhalt der Gesellschaft, der Politik und natürlich die Fürsorge des Dienstherrn.

Den Gegenentwurf können wir aktuell bei der Russischen Föderation beobachten. Die oben angesprochene Brutalität findet sich nicht nur in der Art der Kriegsführung, sondern auch im Umgang mit den eigenen Soldaten. Ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, unzureichender Sanitätsdienst, schlechte Versorgung, vermeidbare Verluste, Zurücklassen von Toten und Verwundeten und der Einsatz von mobilen Krematorien sind nur einige Beispiele dafür.

Über den Afghanistan-Einsatz wird in der Öffentlichkeit kaum noch gesprochen. Ist das in der Truppe noch anders? Auch wenn das ein Einsatz unter ganz anderen Bedingungen war: Inwiefern hat er zu einem anderen Verständnis der Bundeswehr von sich selbst und in der Bevölkerung beigetragen?

Auch in der Truppe wurde zuletzt wenig über den Afghanistan-Einsatz gesprochen. Die Evakuierungsoperation im letzten Jahr hat aber die Diskussion wieder befeuert und auch die Sinnfrage wieder in den Mittelpunkt gestellt

Der Afghanistan-Einsatz war zweifelsohne eine Art Reifeprüfung, sowohl für die Bundeswehr als auch für die Gesellschaft. Zum ersten Mal waren die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr am Hindukusch in schwere Gefechte verwickelt, sie wurden verwundet und auch getötet. Wir haben erfahren, was Krieg bedeutet. Ich habe zwei Einsätze als Kommandeur des Sanitätseinsatzverbands in Kabul und Masar-e Sharif selbst erlebt. Ich betrachte es als großes Privileg des Sanitätsdienstes, dass wir immer sinnvoll wirken. Wir konnten viel für die afghanischen Sicherheitskräfte, die Zivilbevölkerung und auch das afghanische Gesundheitswesen tun. Oft haben wir für das Individuum den Unterschied machen können, ich denke hier zum Beispiel an die zahlreichen Operationen von Kiefer- und Gaumenspalten bei Kindern. Aber mir war schon damals klar, dass man mit Streitkräften keine dauerhafte Veränderung in Afghanistan erreichen kann. Streitkräfte schaffen für bestimmte Zeiträume Sicherheitsbedingungen, durch die dann andere wirken können. Diese müssen dann genutzt werden, um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des Landes zu fördern. Dies ist uns offensichtlich trotz aller Anstrengungen nicht gelungen.

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine, also quasi vor der Haustür, wird, meiner Meinung nach, der Sinn und Zweck von Streitkräften für weite Teile der Bevölkerung noch einmal deutlich.

Haben die Deutschen aus Ihrer Sicht also den Ernst der Lage erkannt? Wären wir im Verteidigungsfall ähnlich resilient und widerstandsfähig wie die Bevölkerung der Ukraine?

Ich persönlich glaube, dass die Bevölkerung durchaus den Ernst der Lage erkannt hat und sich auch regelmäßig umfassend über die aktuelle weltpolitische Lage informiert. Russland insbesondere als Atommacht wird als reale Bedrohung empfunden. Es gibt namhafte Politiker, die sich zum Teil nach Besuchen des Kriegsgebiets geläutert haben und heute die dringlich benötigten Waffenlieferungen ohne

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine wird, meiner Meinung nach, der Sinn und Zweck von Streitkräften für weite Teile der Bevölkerung noch einmal deutlich

Wenn und Aber unterstützen. Darüber hinaus hoffe ich, dass zur Verteidigung Deutschlands die deutsche Bevölkerung ähnlich motiviert und engagiert zu den Waffen greifen würde wie die Ukrainer.

Wie stehen Sie zur Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines Pflichtdienstes?

Auch wenn in der Rückschau die Wehrpflicht sich verklärt, war nicht alles gut und sinnvoll. Die Aussetzung der Wehrpflicht war der Schlusspunkt einer deutlich erkennbaren Entwicklung. Die fehlende Wehrgerechtigkeit, die geringe Zahl der Einberufenen und die geringe gesellschaftliche Akzeptanz sowie die schwierige inhaltliche Rechtfertigung eines sechsmonatigen Wehrdienstes führten letztendlich zu dessen Aussetzung. Heute fehlen der Bundeswehr alle Strukturen für eine Wiedereinführung. Persönlich würde ich ein Pflichtjahr für Männer und Frauen mit Verwendungen bei der Bundeswehr, der Polizei, in Altenheimen und Krankenhäusern, sozialen Diensten et cetera sehr begrüßen. Zurzeit sehe ich aber hierfür keine Mehrheiten.

Herr Dr. Schoeps, vielen Dank für das Interview!

Die Fragen stellten Rüdiger Frank und Heinrich Dierkes. Das Interview wurde Ende September 2022 schriftlich geführt.

„DIE SOLDATINNEN UND SOLDATEN ERLEBEN EINE GANZ ANDERE REALITÄT“

Seelsorge und Lebenskundlicher Unterricht in herausfordernden Zeiten: Darüber hat die Redaktion von „Ethik und Militär“ im September 2022 mit den beiden katholischen Militärpfarrern Dr. Petro Stanko und Iurii Kuliievych gesprochen. Beide stammen aus der Ukraine. Hier erzählen sie von der Betreuung der Truppe zu Hause und an der NATO-Ostflanke, von Verunsicherung durch den Krieg und vom Freiheitswillen der Ukrainer.

Dr. Petro Stanko: Am 1. April 2015 bin ich damals als Militärpfarrer an die Pionierschule in Ingolstadt gekommen. Schon als Theologiestudent in Eichstätt hatte ich den ukrainischen Militärbischof bei seinen Besuchen in Deutschland als Dolmetscher begleitet, dadurch habe ich über mehrere Jahre bereits die Militärseelsorge kennengelernt.

Iurii Kuliievych: Ich kannte meinen Mitbruder Petro Stanko aus dem Studium in Eichstätt. Er hat mir die Tätigkeit als Militärseelsorger empfohlen. So bin ich 2017 Militärggeistlicher geworden, seit 2021 schließlich Militärpfarrer in Roth, wie mein Mitbruder mit besonderen Wurzeln und besonderer Identität als Angehöriger der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche.

P. S.: Die Militärseelsorge ist für mich ein kluger, vom Staat gewünschter und unterstützter Beitrag, auch ein Privileg, um den Staatsbürgern in Uniform eine seelsorgliche Begleitung zu ermöglichen. Es gehört zum Konzept der Inneren Führung, ihnen zu vermitteln, wozu sie Uniform tragen und was sie schützen. Dazu braucht es neben der politischen, historischen, kulturellen Bildung auch die geistliche Begleitung und Lebenskunde. Schließlich geht es beim soldatischen Wirken immer um existenzielle Themen, um Gewalt, um Verwundung, um den eigenen Tod und den Tod des Gegners.

I. K.: Wichtig ist, dass die Soldatinnen und Soldaten wissen: Mit der Militärseelsorge gibt es bei der Bundeswehr eine unabhängige Institution, da kann ich hingehen mit den Problemen, die mich beschäftigen, da finde ich immer eine offene Tür und ein offenes Ohr. Ob ich katholisch bin, spielt keine Rolle, es geht um Seelsorge an jedem Menschen, der dieser bedarf.

Bei mir in der Kaserne schicken oft die Spieß (Kompaniefeldwebel) die jungen Rekrutinnen und Rekruten zu mir. Sie wissen aus Erfahrung, dass das funktioniert. Entscheidend ist, dass ihnen jemand zuhört. Um Dinge zu bearbeiten, braucht man Zeit. Wir als Militärseelsorger können diese Zeitoase anbieten. Eine Kapelle oder einen Raum der Stille zu haben, zu wissen, dass man jederzeit in der Dienstzeit ein Gespräch führen kann, das finde ich wesentlich für Menschen, die sich mit den genannten existenziellen Themen beschäftigen – gerade in der heutigen Zeit und Situation. Ich muss natürlich den Kontakt aufbauen. Manchmal reicht es aber schon aus, wenn man in die Truppenküche geht, sich dazusetzt und fragt: Wie geht's dir gerade?

P. S.: Da stimme ich zu. Besprechungen und Begegnungen finden auch im Büro statt, aber die Seelsorgerinnen und Seelsorger knüpfen die Kontakte draußen. Anders geht es nicht. Es gibt so viele Facetten und Möglichkeiten der Begegnung, wenn man offen ist und nicht im Büro sitzt; wir können im Kollar während einer Übung auf dem Truppenübungsplatz auftauchen. Um die Zusammengehörigkeit zu betonen sowie um den Ablauf nicht zu stören, tragen wir dabei oft auch unsere Schutzkleidung, die so aussieht wie der Feldanzug der Soldaten, allerdings mit besonderen Schulterklappen, die uns mit einem Kreuz als Seelsorger kennzeichnen.

Manche Soldatinnen und Soldaten finden, selbst wenn sie nicht in der Kirche sind, den Weg zu uns, vielleicht weil eine Hochzeit ansteht oder wenn es einen Trauerfall in der Familie gibt.

I. K.: Zu unserem Angebot gehören auch Familienwochenenden, Werkwochen, Wall-

fahrten und Freizeitangebote, also viele Gelegenheiten, die Menschen und ihre Familien kennenzulernen. Natürlich kommen auch diejenigen, die von zu Hause noch christlich geprägt sind, und fragen, wie sie ihren Glauben am Standort leben können, ob es eine Kirche gibt ...

P. S.: ... genauso wie diejenigen, die nie etwas mit Kirche zu tun hatten und nun zum ersten Mal mit einem Priester in Kontakt kommen. Da lassen einige erst mal ihren Frust ab über den Missbrauchsskandal und was sie sonst noch an Kritikpunkten an der Kirche haben. Schließlich haben wir über den Lebenskundlichen Unterricht, der ja verpflichtend ist, die Möglichkeit, den Soldaten und Soldatinnen im Unterricht zu begegnen. Das ist eine Herausforderung für beide Seiten: Als Militärpfarrer müssen wir den Unterricht abwechslungsreich und interessant gestalten, die Soldatinnen und Soldaten hören zu, stellen Fragen und merken dabei: Mit dem kann man reden. Aber sie können auch kritisch und fordernd sein. Man kann im LKU nicht irgendwas erzählen oder im Gottesdienst irgendwas predigen, unsere Klientel ist oft kritischer und direkter als eine Zivilgemeinde.

I. K.: Darum ist es wichtig, glaubwürdig zu bleiben. Es geht im LKU immer um existenzielle Fragen, und schließlich auch darum, den Soldatinnen und Soldaten klarzumachen: Das musst du selbst entscheiden! Als ich 2017 angefangen habe, war es für mich als Neuling ein Segen, dass ich aus dem Didaktik-Portal des zebis gutes Material zur Behandlung der im Curriculum vorgeschriebenen Themen an die Hand bekam, um die Soldatinnen und Soldaten einzustimmen auf das Thema und es mit ihnen zu bearbeiten. Sie sollen sich ja nicht langweilen; manchmal kommen sie auch morgens und sind übernachtigt. Als Geistlicher darf ich sie in solchen Situationen nicht überfordern, sondern muss natürlich auf sie eingehen.

P. S.: Der LKU ist ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit, auch für die Zukunft; wir wissen ja, dass mehr und mehr Menschen aus der

Kirche austreten und immer weniger an ethischer Orientierung von zu Hause mitbringen. Der Lebenskundliche Unterricht ist nach meiner Meinung zugleich aber darum auch der schwierigste. Warum? Da sitzen Erwachsene, die individuelle Ansprüche haben. Vor Kurzem habe ich das Thema Feindschaft behandelt. Da braucht man Methoden, Einstiegsmöglichkeiten, kurze Videos, um Themenaspekte zu erläutern und zur Diskussion anzuregen. Dabei helfen die Materialien des zebis, aber auch Zeitschrift und Publikationen, die das Katholische Militärbischofsamt zur Verfügung stellt. Man muss natürlich auswählen.

I. K.: Wie wichtig alle unsere Aufgaben sind, habe ich bei der Begleitung der Mission enhanced Forward Presence (eFP) in Rukla/Litauen erfahren. Diese Zeit habe ich mal als „Paradies für die Seelsorge“ bezeichnet. Dort habe ich die Menschen als eine Familie erlebt, jeden mit seinen unterschiedlichen Facetten, jeder und jede einzigartig. Es gab so viele Fragen!

P. S.: Ich war in Rukla, als Russland in der Ukraine einmarschierte. Ende Januar war ich mit einem neuen Teilkontingent angekommen. Auf dem Hinflug sagten die Soldatinnen und

Plötzlich wurde ernst, worauf man seinen Eid geschworen hatte (Iurii Kuliievych)

Soldaten noch: „Ah, der Pfarrer ist unter uns, da wird uns nichts passieren.“ Aber ich spürte sofort, wie sensibel und aufmerksam sie auf die Nachrichten reagierten, schon bevor die russische Armee angriff. Man hat mir auch ganz konkrete Fragen gestellt, weil man wusste, dass ich aus der Ukraine stamme. Am Morgen des 24. Februar 2022 stand den Soldatinnen und Soldaten das Entsetzen ins Gesicht geschrieben. Sie haben die Bilder gesehen, wie die Panzer rollen und Häuser zerstört werden, und plötzlich war ihre ganze Sicherheit weg. Sicherheit, das war vielleicht das eigene Haus, der eigene Wohlstand, und nun konnte

Zur Person



Fotos: K.S./Doreen Bierdel

Dr. Petro Stanko ist Militärpfarrer im Katholischen Militärpfarramt Ingolstadt

man sehen, eine Rakete reicht, und alles ist zerstört. Sie haben viel telefoniert mit ihren Familien: Musst du jetzt in den Krieg? So viele Fragen an mich als Seelsorger gab es noch nie. Wenn ich im Gottesdienst gepredigt habe, etwa über die Frage, warum wir Menschen auch im 21. Jahrhundert immer noch Kriege führen, war es in unserer „Little Church“ ganz still, so betroffen und nachdenklich waren die Soldatinnen und Soldaten. Als Seelsorger hast du gemerkt, ich bin zur richtigen Zeit am richtigen Ort, um Fragen zu beantworten, aber auch um zu beruhigen, damit die Leute nachdenken können: Wer bin ich? Wo will ich hin? Ist das noch mein Job?

I. K.: Anders gesagt: Wäre ich bereit, mit Waffe in der Hand in einem fremden Land meine Werte zu verteidigen? Nicht bloß mit Worten, sondern mit Taten! Plötzlich wurde ernst, worauf man seinen Eid geschworen hatte.

P. S.: Wir müssen bedenken, dass Soldatinnen und Soldaten in den vergangenen 70 Jahren in Deutschland ihren Beruf ausgeübt haben, ohne mit einem solchen Krieg mitten in Europa konfrontiert zu werden. Und plötzlich sitzen sie in Rukla, fern von ihrer Familie und von zu Hause, und sehen, wie Zivilisten, aber auch ihresgleichen in Uniform getötet werden; nicht nur Ukrainer, sondern genauso die russi-

Es ist Zeit, den Krieg gegen die Ukraine nicht als einen weit entfernten Krieg zu betrachten (Dr. Petro Stanko)

schen Soldaten, die alle wie sie einen Eid für ihr Land geschworen haben. Und man konnte sehen, dass insbesondere die litauischen Truppen noch besorgter waren, weil sie eine andere Geschichte mit Russland haben.

I. K.: Die baltischen Staaten haben zum Teil mehr als 20 Prozent russischstämmige Bevölkerung im Land, sie befürchteten nun, dass die „russische Welt“ auch zu ihnen kommt und ihnen das Gleiche passiert wie der Ukraine.

P. S.: Ich glaube jedenfalls, dass manchen Vorgesetzten zum ersten Mal richtig bewusst wurde, wie wichtig es ist, dass die Soldatinnen und Soldaten professionell begleitet werden. Truppenpsychologen und Seelsorger, kurz: das sogenannte Psychosoziale Netzwerk hat seine Rolle sehr ernst genommen und kümmert sich um die Menschen. Anfangs waren die Verstärkungskräfte der NATO in Rukla, auch die Deutschen, in Zelten untergebracht, Übungen fanden aus Sorge vor einer Eskalation nicht statt. Wir haben Kinoabende organisiert ...

I. K.: ... oder ein Bibelfrühstück ...

P. S.: ... und Lagerfeuer, damit die Soldatinnen und Soldaten spürten: Da sind Menschen, die sich um uns kümmern, zu denen ich gehen kann, wenn ich verunsichert bin, wenn es mir schlecht geht.

Ich glaube, wenn die NATO-Ostflanke verstärkt wird, werden wir nicht darum herumkommen, noch mehr für die historische, politische, kulturelle und auch lebenskundliche Begleitung zu tun. Die Soldatinnen und Soldaten erleben eine ganz andere Realität, sie begegnen Flüchtenden oder erfahren, wie Eltern sich in den betroffenen Gebieten für ihre Kinder geopfert haben. Das wird viele Fragen aufwerfen, und es wird Wege brauchen, um zu diskutieren und klarzumachen: Was sind unsere Werte? Was verteidigen wir? Was bedeutet es, in einem Bündnis zu sein?

In unseren Leitsätzen der Militärseelsorge steht, dass es nicht unsere Aufgabe ist, die Soldatinnen und Soldaten auf den Kampf vorzubereiten, sondern ihnen verständlich zu machen, wofür sie da sind, für welche Werte sie eintreten – und was Krieg anrichtet. Aber es ist Zeit, den Krieg gegen die Ukraine nicht als einen weit entfernten Krieg zu betrachten. Er betrifft uns alle.

I. K.: Ich sehe das genauso. Wir müssen uns jetzt seelsorglich vorbereiten. Und uns wieder bewusst machen, was uns die im Grundgesetz verankerte, unantastbare Menschenwürde wert ist. Ich habe Verständnis dafür, dass die Menschen hier in Deutschland sich um ihren

Wohlstand und Komfort sorgen. Jeder kann seinen Standpunkt haben, das ist Demokratie. Aber wir Christen sagen mit Paulus: Wenn wir nicht an die Auferstehung glauben, dann ist alles umsonst. So ist es doch auch mit unseren Werten: Wenn wir nicht zu ihnen stehen und sie bezeugen, dann sind sie umsonst.

P. S.: Wir sind auf jeden Fall sehr dankbar für die große Solidarität der vielen Tausend freiwilligen Helfer aus der Bevölkerung, die die Ukraine unterstützen. Darunter sind auch Soldatinnen und Soldaten mit ihren Familien in ihrer Freizeit. Deutsche Offiziere etwa haben mir berichtet, dass sie auf eigene Initiative Frauen und Kinder von ukrainischen Kameraden, die sie von Ausbildungsprogrammen kannten, an der polnischen Grenze abgeholt haben. Ich würde mir aber von manchen Westeuropäern etwas mehr Verständnis für die Geschichte und die Erfahrungen der Ukraine wünschen. Man träumt in Europa von einer Versöhnung mit Russland, so wie dies etwa nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen den damals sogenannten Erbfeinden Deutschland und Frankreich gelungen ist. Vielleicht hat der französische Historiker und orthodoxe Theologe Antoine Arjakovsky eine echte prophetische Intuition. In seinem im Jahre 2015 erschienenen Buch über den jetzigen Krieg Russlands gegen die Ukraine behauptet er, dass – ähnlich wie damals, im 20. Jahrhundert, als der Frieden in Europa von der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich abhängig war – jetzt der Frieden im Europa des 21. Jahrhunderts von der Versöhnung zwischen der Ukraine und Russland abhängig sein wird. Russland aber als postsowjetischer Staat verfolgt noch immer alte Ideale und Ideologien. Bis heute sind viele Verbrechen und Untaten aus kommunistischer Zeit unaufgeklärt. So ist etwa immer noch unklar, wie viele Offiziere 1939 im polnischen Katyn umgebracht wurden und wer die Täter waren. Eine umfassende Aufarbeitung der Geschichte fehlt eben, dies aber ist unabdingbare Grundlage für eine Versöhnung. „Kein Friede ohne Gerechtigkeit, keine Gerechtigkeit ohne Vergebung“, das hat schon Papst Johannes Paul II. zum Titel seiner Botschaft anlässlich der

Feier des Weltfriedenstages am 1. Januar 2002 so treffend formuliert. In Russland aber sehen wir stattdessen ein Wiederaufleben des Stalinkultes ...

Wir Ukrainer wissen noch allzu gut, was es heißt, in Unfreiheit zu leben und von Katastrophen wie in Tschernobyl vorerst nur aus den westlichen Medien zu erfahren. Unsere Eltern und Großeltern haben darunter sehr gelitten. Dagegen erhob sich der Widerstand. In der Gegenwart stehen der Freiheitswille und die Orientierung an westlichen Werten und Idealen im Vordergrund. Wie der ehemalige Vorsteher unserer Kirche, der verstorbene Kardinal Husar, 2013 auf dem Maidan einmal gesagt hat: „Der Staat fürchtet sich nicht vor hungrigen Menschen; die kann er satt machen. Er fürchtet sich vor freien Menschen, die kann er nur töten!“

I. K.: Als Kind durfte man bei uns in der Schule nicht einmal Weihnachtslieder singen. Doch aus unserer Tradition, unserem Glauben und der ukrainischen Kultur schöpfen wir bis heute Kraft. Die ukrainischen Soldaten kämpfen jedenfalls aus Liebe zu ihrer Heimat, aus Überzeugung. Man kann dir alles wegnehmen, den Glauben aber kann dir niemand nehmen.

Aufgezeichnet von Rüdiger Frank.

Zur Person



Iurii Kuliievych ist Militärfarrer im Katholischen Militärpfarramt Roth

„MAN KANN BEOBACHTEN, WAS PASSIERT, WENN MAN ETHIK UND MILITÄR VONEINANDER ABKOPPELT“

Für die russische Kriegsführung in der Ukraine gibt es verschiedene Erklärungsansätze. Im Interview spricht der Osteuropa-Experte Prof. Dr. Jan Claas Behrends über bekannte Muster, die Legitimation von Gewalt unter Präsident Putin und die Dysfunktionalität der russischen Streitkräfte.

Herr Professor Behrends, zu Beginn ein kurzer Blick zurück auf den Anfang des Ukrainekriegs. Viele hat damals nicht nur der russische Angriff überrascht, sondern auch die Brutalität der Kriegsführung. Ging es Ihnen ähnlich?

Zunächst einmal ist man immer entsetzt, wenn man solche Bilder sieht, und man wünscht sich natürlich, dass so etwas nicht passieren würde. Aus professioneller Sicht muss ich aber sagen, dass es mich insofern nicht überrascht hat, als ich mich in den vergangenen Jahren intensiv mit dem Afghanistan- und dem Tschetschenienkrieg auseinandergesetzt habe – auch mit der russischen Kriegsführung und mit Fragen militärischer Gewalt. Ich sehe bei der Gewaltanwendung gegen Zivilisten, beim Nichteinhalten der Re-

geln des Kriegsvölkerrechts durch die sowjetischen und später die russischen Streitkräfte sehr starke Kontinuitäten, insbesondere seit dem Einmarsch in Afghanistan 1979. Das „Ausradieren“ ganzer Städte wie Mariupol ähnelt dem Vorgehen in Syrien seit 2015 oder bereits in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny ab 1999.

Dann lassen Sie uns über die Gründe sprechen. Ein möglicher Erklärungsansatz ist, dass es dabei einfach darum geht, Angst und Schrecken zu verbreiten. Wie sehen Sie das?

Einerseits geht es um Terror, ich glaube, insbesondere dann, wenn man die Bevölkerung bei einer Besatzungssituation tatsächlich unterwerfen und zur Ruhe bringen will. Das hat man auch in Tschetschenien ähnlich gemacht. Was aber die Brutalität und die Kriegsverbrechen allgemein betrifft, hängen sie auch mit mangelnder Professionalität der russischen Armee zusammen. Für die Mannschaften steht Kriegsvölkerrecht teilweise gar nicht auf dem Lehrplan; das heißt, da gibt es auch Unwissenheit, was das Geschehen natürlich nicht entschuldigt, aber vielleicht ein Stück weit erklärt.

Gewalteskalation können wir aber insbesondere auch dann beobachten, wenn die russische Armee unter Druck gerät, wenn also der Gegner besonders erfolgreich kämpft, wie in Tschetschenien oder gegen Ende des Afghanistankriegs.

Diese Unprofessionalität zeigte sich doch auch darin, dass die Soldaten offenbar wegen der schlechten Operationsführung und des unerwarteten Widerstands frustriert waren.

Offenbar gab es zu Beginn dieses Krieges die paradoxe Situation, dass man die eigenen Truppen gar nicht darüber unterrichtet hat, was man genau vorhat. Dieses Unwissen hat sicherlich auch zu Unsicherheit geführt, die wiederum in Aggression umschlagen kann. Im weitesten Sinne hängt das damit zusammen, dass dieser Krieg von der russischen Führung gar nicht als Krieg bezeichnet wurde, sondern eben als „militärische Spezial-

Zur Person



zur Gegenwart“ an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder inne.

Prof. Dr. Jan Claas Behrends studierte Geschichte, Literaturwissenschaft und Philosophie an der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin, der University of Wisconsin und der Moskauer Lomonossow-Universität. 2005 promovierte er an der Universität Potsdam. Nach Stationen am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und der University of Chicago hat er seit 2022 die Professur „Diktatur und Demokratie. Deutschland und Osteuropa von 1914 bis

operation“ – deren Verlauf man sich im Übrigen ganz anders vorgestellt hat. Wenn man in den eigenen Truppenteilen sehr hohe Verluste hat, entstehen außerdem Rachegefühle, das ist auch aus anderen Kriegen und Konflikten bekannt.

Hinzu kam teilweise schlechten Versorgung und Logistik ...

... und Korruption. Die russische Armee ist natürlich generell ein Spiegel der russischen Gesellschaft und von Phänomenen, die wir dort beschreiben können, wie beispielsweise der Einsatz von Gewalt in sozialen Beziehungen, auch häuslicher Gewalt; aber auch das Nutzen von öffentlichen Gütern für private Zwecke, um es mal ganz allgemein auszudrücken. Wenn unsere Informationen stimmen, dann wurde ja beispielsweise noch wenige Tage vor dem Einmarsch der Diesel in Belarus an die lokale Bevölkerung weiterverkauft, und man hatte dann teilweise nicht genug für die eigenen Lkw und Panzer.

Aber worauf lässt sich das zurückführen? Lläuft man nicht Gefahr zu essenialisieren, wenn man sagt, „die Russen“ oder die russische Gesellschaft seien so? Oder ist Gewalt schlicht ein Mittel, das Menschen anwenden, um im Alltag klarzukommen?

Ich würde sagen, jede Gesellschaft kann sich wandeln; das beste Beispiel dafür ist die Ukraine, die nach dem Ende der Sowjetunion sozusagen den Weg in die Zivilisierung gegangen ist. Diesen Weg hat Russland auch versucht zu gehen, für einige Jahre, er wurde dann aber von der Führung ganz bewusst abgebrochen. In den letzten Jahrzehnten, insbesondere unter Putin, ist eine starke Remilitarisierung und auch Legitimierung von Gewalt in sozialen Beziehungen zu beobachten; das geht so weit, dass häusliche Gewalt in Russland nicht mehr in jedem Fall strafbar ist. Das sind natürlich Signale, die an die Gesellschaft gesendet werden. Mit Essenialisierung hat das wenig zu tun, sondern das ist eine Kultur, die sich weiter verfestigt und in der nicht nur die Regeln der Zivilität nicht durchgesetzt werden, sondern aufgebrochen werden.

Spielt dabei auch die Inszenierung von Männlichkeit bis in die höchste Führung eine Rolle?

Ja, aber nicht nur der Männlichkeitskult um Putin und andere, sondern auch der Kriegskult um den 9. Mai. Es geht dort mittlerweile nicht mehr darum, der Menschen zu gedenken, die im Zweiten Weltkrieg gefallen sind, sondern die Gesellschaft für Krieg zu

In den letzten Jahrzehnten, insbesondere unter Putin, ist eine starke Remilitarisierung und auch Legitimierung von Gewalt in sozialen Beziehungen zu beobachten

mobilisieren und gegenüber den Opfern des Krieges zu desensibilisieren. Das heißt, auch dieser Feiertag hat unter Putin einen Bedeutungswandel erfahren bis hin zur Verherrlichung von Krieg, Gewalt und Sieg. All diese Signale schlagen um in solche Phänomene zunehmender Brutalisierung.

Das bedeutet also, dass Gewalt nicht nur nicht sanktioniert wird, sondern dass sie erwünscht ist?

Grundsätzlich ist Gewalt eine Allerweltsressource, über die wir alle verfügen. Aber wir wissen auch aus der Gewaltforschung, dass sie besonders dann angewandt wird, wenn sie nicht bestraft oder sogar belohnt wird. Die Einheiten, die in Butscha nördlich von Kiew Kriegsverbrechen begangen haben, sind ja wenige Wochen später im Kreml ausgezeichnet worden. Das heißt, auf die Gewalttat, die Grenzüberschreitung, letztendlich auch Gewalt gegenüber Zivilisten, Vergewaltigung, Mord und so weiter, folgt am Ende die Belohnung. Das ist das – um es klar zu sagen – kriminelle Muster, das wir hier beobachten. Das kennen wir zum Beispiel auch aus dem Zweiten Weltkrieg: Wenn Soldaten oder andere bewaffnete Einheiten geradezu ermuntert werden, so vorzugehen, dann wird das auch passieren.

Zu den Zuständen im Militär gibt es ja zum Beispiel das bekannte Zitat des russischen Schriftstellers Michail Schischkin, die russische Armee sei eine „Schule der Sklaven“.

Es ist bekannt, dass Rekruten, die neu in die Armee kommen, von denen, die schon länger da sind, terrorisiert werden, niedere Arbeiten ausführen müssen, gedemütigt werden ... Diese sogenannte Dedowtschina ist Teil der Kultur der russischen Streitkräfte.

Bei der Erreichung militärischer Ziele geht es gerade nicht um wahllose Gewaltanwendung

Und das schlägt sich dann nieder in der Kriegsführung gegen andere?

Einerseits ja, andererseits aber auch darin, dass die Kampfkraft unter Umständen recht begrenzt ist und es eher darum geht, aus dem nächsten ukrainischen Dorf noch eine Waschmaschine mitzunehmen, als diesen Krieg zu gewinnen. Diese Armee ist eben wie viele andere Institutionen des russischen Staates eine zutiefst dysfunktionale Institution.

Sieht man in der militärischen und politischen Führung in Russland gar nicht, dass man dadurch letztendlich genau den gegenteiligen Effekt erzielt, also die Mobilisierung verstärkt, die von Anfang an in der Ukraine da war? Es scheint überhaupt keine Fähigkeit zu einem Strategiewechsel vorhanden zu sein.

Ich denke, dass es in der russischen Führung einerseits ein Informationsdefizit gibt, das ist ja ganz typisch für Diktaturen. Niemand traut sich, dem Chef zu sagen, was eigentlich Sache ist. Außerdem haben die Menschen in Putins Umfeld – sie sind mittlerweile alle zwischen 65 und 75 – ein sehr stabiles sowjetisches Weltbild, das sich aus der Breschnew-Zeit speist. Sie denken, dass die Ukraine ein fester Bestandteil Russlands sei. Dass sich in Kiew nach 1991 viel verändert hat und die Ukraine schon immer eine eigene Identität hatte, passt da einfach nicht hinein. Wenn

man die Aufsätze von Putin dazu liest, die er letztes Jahr veröffentlicht hat, dann zeigt sich das Paradox ganz deutlich..

Trotz der offensichtlichen Brutalität scheint die Ukraine nicht mit ähnlicher Gegengewalt zu reagieren. Haben Sie dafür eine Erklärung?

Ehrlicherweise wissen wir auch nicht alles, was auf der ukrainischen Seite passiert. Sehr wichtig ist meiner Ansicht nach aber, dass die Ukrainer selbst diese Differenz wollen. Sie wollen kämpfen wie eine NATO-Armee und nicht wie eine sowjetische Armee. Sie sehen selbst als Teil des Westens zu und sich für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union oder der NATO zu legitimieren, das beeinflusst auf jeden Fall auch ihre Kriegsführung. Außerdem hat sich diese Armee seit dem Angriff 2014 durch die vielen NATO-Berater, aber auch aus sich selbst heraus immer mehr vom sowjetischen Modell abgewandt und professionalisiert.

Können ethische Überlegungen und auch ethische Bildung helfen, exzessive militärische Gewalt einzudämmen?

In diesem Krieg kann man beobachten, was passiert, wenn man Ethik und Militär voneinander abkoppelt, so wie das in Russland geschehen ist. Das sind Phänomene, die uns leider aus der menschlichen Geschichte aus der europäischen Geschichte nur allzu vertraut sind. Man kann nur immer wieder darauf drängen, den Versuch, den Krieg zu verrechtlichen und einzuhegen, nicht abzubrechen. Gewalt kann immer wieder entfesselt werden, auch durch Staaten – und moderne Staaten haben ungeheure Gewaltpotenziale. Wenn sie zum Einsatz kommen, kann das auch zu Situationen wie in Mariupol führen, wo letztendlich genozidal Krieg geführt wird. Unter Umständen haben wir aber die Möglichkeit, die Verantwortlichen zu verfolgen und zur Rechenschaft zu ziehen. Auch wenn das nicht immer gelingt, sind diese Methoden wichtig und richtig.

Bei aller Empörung über die Kriegsgräuelt und allen Gefühlen, die da hochkommen: Ist es also wichtig zu vermitteln, dass man sich mit ethischen Erwägungen nicht selbst in den Nachteil setzt?

Auf jeden Fall. Die Kampfkraft der Ukraine, die sich, wenn Sie so wollen, mehr „Fesseln auferlegt hat“ als die Russen, ist erkennbar viel höher. Brutalität ist nicht mit erfolgreicher Erreichung militärischer Ziele gleichzusetzen; gerade dabei geht es nicht um wahllose Gewaltanwendung. Es ist eben nicht professionell, einfach Wohnblocks umzuschießen – das ist nichts, worauf man als Soldat stolz sein kann.

Herr Professor Behrends, vielen Dank für das Interview!

Die Fragen stellte Rüdiger Frank. Das Interview wurde am 12. September 2022 geführt.

„NIEMAND WIRD ALS PSYCHOPATH GEBOREN“

Warum vergreifen sich Soldaten an wehrlosen Zivilisten, und wie kommt es zu einer Eskalation der Gewalt im Krieg?

Laut der litauischen Psychologieprofessorin Danutė Gailienė, die die psychologische Wirkung der Besetzung in ihrem Heimatland erforscht hat, spielt Indoktrination eine zentrale Rolle – und ein erschreckend simpler Mechanismus, der auch aus der deutschen Geschichte bekannt ist.

Frau Professor Gailienė, Russland führt einen äußerst brutalen Krieg in der Ukraine. Es gibt viele Fälle von Folter, willkürlichem Mord und Vergewaltigung. Die russischen Streitkräfte beschießen auch zivile Objekte wie Krankenhäuser, Spielplätze ... Überrascht Sie das?

Überhaupt nicht. Wir kennen das in Litauen sehr gut aus unserer eigenen Geschichte. Während der ersten und zweiten sowjetischen Besetzung kam es bereits zu brutalen Angriffen sowjetischer Streitkräfte, sogar auf friedliche Zivilisten. Als wir 1991 unsere Unabhängigkeit erlangten, wiederholten sich diese Ereignisse. Typisch für das russische Militär ist der Einsatz „unnötiger“ Gewalt: Folter, sinnlose Zerstörung oder das Hinterlassen von Müll und Kot.

Temperament und Veranlagungen allein machen uns noch nicht zu derart grausamen Menschen

Die Berichte ukrainischer Augenzeugen im Fernsehen bestätigten meine Beobachtung: Auch sie konnten keinerlei zivilisiertes Verhalten in derartigem Vorgehen erkennen.

Die psychologische Forschung zeigt, dass jeder Mensch zu Gewalt fähig ist – selbst zu exzessiven Gewalttaten. Gibt es denn keine besonderen Charakterzüge, die brutales, gewalttätiges Verhalten begünstigen?

Da schließe ich mich Kolleginnen und Kollegen an, die diese Frage gründlicher erforscht haben, und würde sagen: Niemand wird als Psychopath geboren; man wird immer erst

dazu gemacht. Was ich damit sagen will: Natürlich tragen wir alle das Positive wie das Negative in uns, und in jedem von uns steckt ein Aggressionspotenzial. Das ist die menschliche Natur. Niemand bestreitet, dass wir alle verschiedene Temperamente und Veranlagungen in uns tragen, die genetisch bedingt sind. Das allein macht uns aber noch nicht zu derartig grausamen Menschen. Aus meiner klinischen Erfahrung weiß ich: Äußere Faktoren, soziale Verhältnisse und die Gesellschaft spielen hier eine Schlüsselrolle. Im Fall von Russland würden wir also eher von krankhafter Indoktrination oder Ideologie als von kranken Individuen sprechen.

Könnten Sie das näher erläutern?

Ich nenne Ihnen zwei Beispiele dafür, wie gesellschaftliche Bedingungen zu solchem Fehlverhalten beitragen. Das erste stammt von Professor Thomas Elbert und seinem Team an der Universität Konstanz, die den Begriff der „appetitiven Aggression“ eingeführt haben. Sie stellten fest, dass kleine Jungen und männliche Jugendliche in afrikanischen Konfliktgebieten, die an Kriegen oder bewaffneten Auseinandersetzungen beteiligt waren, durch die erlebte Gewalt teilweise in Erregungszustände gerieten. Diese Kinder waren keine geborenen Kriminellen oder Psychopathen. Sie waren vielmehr von klein auf zur Gewalt angestachelt worden und hatten erfahren, dass Gewalt auch Lust bereiten kann. Also wurden sie nicht nur gewalttätig, um einen Gegner zu besiegen oder sich zu verteidigen, sondern erlebten die Gewalt auch als Lust. Das ist natürlich ein großes Problem. Ich gehe davon aus, dass dieser Mechanismus aktuell in der Ukraine ebenfalls eine Rolle spielt.

Am anderen Ende dieser Skala stehen beispielsweise Menschen, die während der NS-Herrschaft Juden gerettet haben. Diese Menschen gab es überall: in Deutschland, in Litauen, in Belgien ... Sehr interessant für die psychologische Forschung ist die Frage, warum sie die Entscheidung trafen, zu helfen und sogar ihr eigenes Leben zu riskieren. Die psychologische Forschung hat mindestens drei typische Merkmale festgestellt, die diese Menschen „ungewöhnlich“ machten: Sie hatten erstens ein

liebevolles Elternhaus, kamen zweitens aus intakten Familien und hatten drittens entweder religiöse oder humanistische Werte.

Diese Beispiele sind natürlich extrem, aber ich möchte daran zeigen, wie stark sich Erziehung und Sozialisierung auf unser Verhalten auswirken.

Die Gesellschaft lehrt uns also Achtung vor Werten und Mitmenschen ...

... und umgekehrt: Sie kann Menschen auch beibringen, ihren moralischen Kompass „abzuschalten“.

Und dabei spielt die krankhafte Ideologie eine Rolle, die Sie erwähnt haben?

Das ist eine bekannte historische Tatsache. In Litauen haben wir das aus nächster Nähe erlebt. Wir konnten jahrzehntelang Indoktrination studieren, die schon im Kindergartenalter begann, und sehen jetzt, wie sie sogar Pseudo-traumata auslösen kann. Was ich damit meine: Für uns war die Zeit der Sowjet- und NS-Besatzung eine traumatische Erfahrung. Als Litauen unabhängig wurde, bedeutete das für uns Glück, unseren Sieg. Gleichzeitig begann Russland unter Putin, ausgehend von der Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“, schrittweise ein Narrativ der Traumatisierung zu erschaffen. Mit seiner Aussage, der Zusammenbruch der Sowjetunion sei die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen, brachte er die russische Bevölkerung dazu, *sich selbst* als Opfer der Ereignisse zu sehen. Das ist pathologisch, weil es eine Lüge darstellt. Doch man kann sich einem solchen Narrativ kaum entziehen, wenn man ihm fast ständig ausgesetzt ist.

Wo genau aber ist hier die Parallele zur aktuellen Situation in der Ukraine? Welcher psychische Mechanismus steht dahinter?

Etwas verkürzt gesagt geht es um moralische Dissoziation. Wir müssen uns dabei gar nicht immer nur auf Russland beziehen; dieses Verhalten ist auch beispielhaft an NS-Verbrechern gezeigt worden. Mit ihrem Begriff der „Banalität des Bösen“ hat Hannah Arendt eine Möglichkeit aufgezeigt, diese Dualität zu verstehen. Dissoziation bedeutet in diesem Fall,

die eigene Verantwortung abzugeben und auf Vorgesetzte zu übertragen. Dies rechtfertigt dann auch ein grausames und unerbittliches Verhalten und entbindet von jeglichem moralischen Zweifel. Dieser Mechanismus hat eine extrem starke Wirkung. Menschen fühlen sich dann nicht mehr verantwortlich, sondern handeln einfach, weil andere entscheiden. Und es funktioniert: nicht nur bei Einzelnen, sondern in ganzen Gesellschaften.

Als Deutsche sollte uns das bekannt vorkommen. Dennoch ist es verstörend zu erleben, dass Menschen ihre Moral derart über Bord werfen können.

Ich bin auch Suizidologin und habe viele Jahre lang in der Suizidprävention gearbeitet. Bei den ersten Selbstmordattentaten haben wir uns gefragt: Ist das wirklich Suizid? Oder geht es um etwas anderes? Ich bin mir mit meinen Kolleginnen und Kollegen inzwischen einig, dass es keine andere Erklärung geben kann: Der erste Schritt ist die moralische Indoktrination, der zweite die Ausschaltung der Empathie. Die eigene Verantwortung wird ausgeblendet, man führt nur noch Befehle aus ... Es klingt mechanisch, aber genau so funktioniert es.

Und das Opfergefühl, das Sie gerade erwähnt haben – hilft das auch bei der Rechtfertigung? Zu glauben, dass die Menschen in der Ukraine „Verräter“ sind ...

... ja, und nicht nur das. In Russland wird verbreitet, die Ukraine befinde sich in falschen Händen und müsse aus den Fängen böser Nazi-Machthaber befreit werden. Und das führt uns wieder zu meiner These zurück: Es

Zur Person

Dr. habil. Danutė Gailienė ist Professorin für Klinische Psychologie an der Universität Vilnius. Nach dem Psychologiestudium an der Universität Vilnius 1974 promovierte sie 1985 in den Fächern Sozialwissenschaften und Psychologie an der Universität Moskau und schloss 2001 ihre Habilitation an der Vytautas-Magnus-Universität in Kaunas ab. Sie initiierte wegweisende Studien zur Psychotraumatologie in Litauen, insbesondere zu den Auswirkungen langfristiger Traumatisierung, verfasste zahlreiche wissenschaftliche Aufsätze und Bücher und ist Mitherausgeberin mehrerer Fachzeitschriften, darunter „European Psychologist“ und „Psychology“.



geht um Dissoziation, das Abschalten der eigenen moralischen Verantwortung und deren Übertragung an Vorgesetzte. Dadurch wird man fähig, andere Menschen wie Dinge zu behandeln.

Der Krieg in der Ukraine zeigt uns erneut, wozu es führen kann, wenn man Menschen „moralisch zerstört“

Heißt das dann auch, dass solche Taten in der Psyche der Täter selbst keine Spuren hinterlassen?

Die Frage ist berechtigt, auch wenn wir zunächst die Perspektive der Opfer einnehmen und nicht vergessen sollten, dass sie stärker geschädigt werden als die Täter. Die Täter haben ihre Bewältigungsmechanismen. Das menschliche Gewissen ist wirklich sehr dehnbar.

Aber ja: Die Taten können auch die Täter selbst schädigen. Gewalt ist gefährlich für die Persönlichkeit. Mit Sicherheit werden viele der Heimkehrer ihr kriminelles Verhalten fortsetzen. Ein erhöhter Alkohol- und Drogenkonsum ist zu erwarten. Sehr typisch ist das Sturz- oder Komatrinken. Alkohol erhöht wiederum die Aggressivität. Aus der Forschung und auch aus unserer eigenen Geschichte wissen wir, dass aktive Kollaborateure der Sowjet- oder NS-Besatzungen häufig alkoholabhängig wurden oder sich das Leben nahmen.

Den Befehlen von Vorgesetzten Folge zu leisten ist dennoch soldatische Pflicht. Wie wichtig erscheint es Ihnen, Soldatinnen und Soldaten zu vermitteln, dass sie letztlich immer noch selbst moralisch urteilen müssen?

Das ist äußerst wichtig, um Taten wie den gerade besprochenen vorzubeugen. Ethische Grundlagen zu vermitteln könnte sich natürlich als etwas anspruchsvoller erweisen als Drill und Disziplin. Darüber hinaus braucht es vorbildhafte Generale und Offiziere. Soldaten achten genau darauf, wie ihre Vorgesetzten sich verhalten, wie sie sprechen und Entscheidungen treffen. Russische Generale erscheinen häufig eher ungehobelt, neigen

beispielsweise oft zum Fluchen und zu Kraftausdrücken. So ein Verhalten wirkt sich immer auf die Atmosphäre in der Truppe aus.

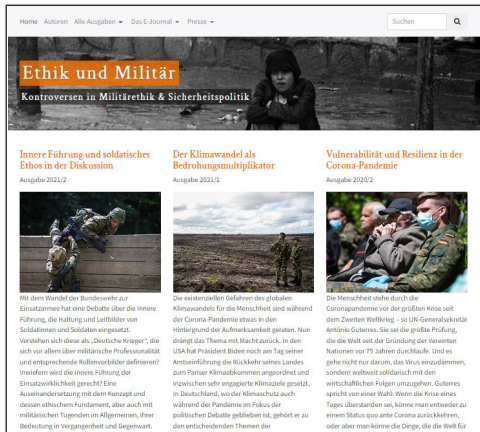
Der Krieg in der Ukraine zeigt uns erneut, wozu es führen kann, wenn man Menschen, wie ich es nenne, „moralisch zerstört“. Regeln durchzusetzen und Soldaten Empathie zu vermitteln – was für manche vielleicht wie ein Widerspruch klingt – wird uns sicher nicht vom Krieg erlösen. Aber es kann ihn zumindest etwas menschlicher machen.

Frau Professor Gailienè, herzlichen Dank für das Gespräch!

Die Fragen stellte Rüdiger Frank.

ALLE AUSGABEN

www.ethikundmilitaer.de



Diese und alle anderen Ausgaben von *Ethik und Militär* finden Sie in **Deutsch und Englisch** auf der Homepage des E-Journals.

Bisher erschienene Ausgaben von *Ethik und Militär*

- 2022/1 Women, Peace and Security
- 2021/2 Innere Führung und soldatisches Ethos
- 2021/1 Bedrohungsmultiplikator Klimawandel
- 2020/2 Corona-Pandemie
- 2020/1 Nukleare Abschreckung
- 2019/2 Ethische Bildung
- 2019/1 Konfliktzone Cyberspace
- 2018/2 Europäische Armee
- 2018/1 Strategic Foresight
- 2017 Terror
- 2016 Innere Führung
- 2015/2 Hybride Kriege
- 2015/1 Militärmedizinethik
- 2014/2 Cyberwar
- 2014/1 Dronen und LAWS
- Ab 15.6.2023 online: Ausgabe 2023/1 zum Thema „Resilienz“**

IMPRESSUM

Das E-Journal *Ethik und Militär* mit der ISSN-Nummer 2199-4129 ist ein unentgeltliches, nicht kommerzielles, journalistisch-redaktionell gestaltetes, digitales Angebot des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften – zebis, Herrengraben 4, 20459 Hamburg.

Direktorin des zebis: Dr. Veronika Bock

Hinweis: Die veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und des Herausgeberkreises wieder.

Herausgeber

Prof. Dr. Andreas Bock, Dr. Veronika Bock,
Prof. Dr. Thomas Elßner, Prof. Dr. Johannes Frühbauer,
Prof. Dr. Fred van Iersel, Prof. Dr. Alexander Merkl,
Norbert Stäblein

Advisory Board

Lothar Bendel, Heinrich Dierkes, Msgr. Bernward Mezger,
Dr. Angela Reinders, Cornelius Sturm, Kristina Tonn

Redaktion

Rüdiger Frank

Verantwortlich gemäß § 55 Abs.2

Rundfunkstaatsvertrag (RStV):

Dr. Veronika Bock, Herrengraben 4, 20459 Hamburg

Kontakt zur Redaktion

Tel.: +49(0)40 - 67 08 59 - 51, Fax 67 08 59 - 3

E-Mail: redaktion@zebis.eu

Diensteanbieter als Rechtsträger des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften – zebis

Katholische Soldatenseelsorge (KS)

Rechtsform

Anstalt des öffentlichen Rechts

Aufsicht

Katholischer Militärbischof für die

Deutsche Bundeswehr

Am Weidendamm 2, 10117 Berlin

Vertretungsberechtigter Vorstand der KS

Direktor beim KMBA

Msgr. Wolfgang Schilk

Diplom-Kaufmann Wolfgang Wurmb

Am Weidendamm 2

10117 Berlin

Kontakt zur KS

Telefon: +49(0)30 - 20 617 - 500

Telefax: +49(0)30 - 20 617 - 599

Info@Katholische-Soldatenseelsorge.de

Erscheinungsdatum: 15.12.2022



ethikundmilitaer.de



zebis
Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften

Herrengraben 4
20459 Hamburg

Tel. (040) 67 08 59 - 55
Fax (040) 67 08 59 - 59

info@zebis.eu
www.zebis.eu